

ASTA ZEITUNG

100

JAHRE

GOETHE

UNI

Gegen

Erzählungen

Uni Frankfurt · Winter 2015

asta 

Bildnachweise

Seite 1 & 56 DPA

Seite 10 – 24, 38, 42, Wikipedia J. Smith

Seite 26 bei Autor*in

Seite 33 pseudokreativ / photocase.com

Seite 7: Wikipedia / John Gould

Die restlichen Bildrechte liegen bei den jeweiligen Autor*innen



**Mitgliederzeitung der
verfassten Studierendenschaft der
Universität Frankfurt a. M.**

Hrsg. AStA der Universität
Frankfurt a.M.

V. i. S. d. P. AStA-Vorstand
(D. Katzenmaier, M. Dorn)

Anschrift: Mertonstr. 26–28,
60325 Frankfurt a.M.

Web www.asta-frankfurt.de

Mail info@asta.uni-frankfurt.de

Redaktion

Matteo Minden, Johannes Fechner,
Martin Eickhoff

eMail

zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Gestaltung

Dominik Heusel, gegenfeuer.net

Druck Bechtle Verlag&Druck

Auflage 46 000

Jahrgang 2015

Lara Elsebach ist Mitglied der HSG Die Flexiblen, Adrian Kinzig ist Mitglied der HSG RCDS, Sahra Stelzenmüller ist Mitglied der Piraten HSG FFM, Franziska Haug ist Mitglied der HSG LiLi

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Mitglieder des AStA oder der Redaktion wieder.

Die Rechte der Artikel liegen bei den Autoren.

Eigentumsvorbehalt Keiner.

Geben Sie diese Zeitung gerne jeder x-beliebigen Person weiter.



- 4 Editorial
- 6 Kein (Zivilisations-)Bruch – nur Höhen und Tiefen
- 10 Der Dorn Goethe – Johann oder der Versuch eines nicht-fragmentierten Lebens
- 14 »Harmonie ist eine Strategie«
- 17 Vorstellung Autonomes Inklusionsreferat
- 20 Jüdisches Mäzenatentum und die Gründung der Frankfurter Universität
- 24 Ich sehe was, was du nicht siehst
- 26 »Urheimische Musik aus den Blutstiefen des Volkes«
- 28 Gedenken an die Reichspogromnacht
- 32 #bildungstreik 2014 – eine Stilkritik
- 34 Thesen zum Bildungstreik 2014
- 38 Die Demokratieentwicklung der Uni Frankfurt
- 40 Gegen Erzählung? The old stories. Ex narrationum cultura.
- 42 Adorno beim Wort nehmen: Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute
- 46 Mensa in der Krise!
- 48 Tierversuche an der Uni
- 50 Viele Fragen – keine Antworten?
- 52 Jenseits des hippokratischen Eids
- 54 Krise als Lebensentwurf
- 55 Die Grüne Hochschulgruppe im Senat
- 55 Selbstdarstellung der Grünen Hochschulgruppe
- 56 Kontakte & Adressen

E

E

D

D

I

I

TT

C

Liebe Leser*innen, diese Ausgabe der AStA-Zeitung möchte das 100. jährige Jubiläum der Goethe Uni als Gegen-Erzählung ent-würdigen. Erzählungen schaffen und setzen ein bestimmtes Bild der Geschichte von Institutionen und Personen. Sie entwerfen Narrationen vom Aufstieg oder Tragödien des Niedergangs und wie der Verdrängende seine Erinnerung durch das Vergessene weiß, so ist das Vergessen die Konstitution der Erinnerung. Aber gegen die konservierenden und die konstituierenden Kräfte des Erzählens kann man die Geschichte als Gegenwart auch neu erzählen, anders erzählen oder die bestehende Erzählung als Dramen erfahren. Und so fallen auch die Versuche der Autor*innen auf diese Seiten und bedienen sich der jeweiligen Techniken. So ist die AStA-Zeitung als einheitliches Werk verschieden.

Zu dem Thema dieser Zeitung erhielt die Redaktion die Erlaubnis die Reden des Herrn Prof. Latasch sowie die des Herrn Prof. Korn, dem Vorstand der jüdischen Gemeinde Frankfurt, abdrucken zu dürfen. Die Redaktion hält diese bemerkenswerten Beiträge für außerordentlich zentral und bedankt sich herzlich hierfür. Die hier behandelten Erzählungen sind unerlässlich für einen differenzierenden Umgang mit der Geschichte der Universität innerhalb der Gesellschaft. Sie eröffnen uns eine Perspektive auf das Werden unserer Selbst im Prozess seines Entstehens. Aufgrund der Länge dieser Beiträge, entschloss sich die Redaktion dazu, dieselben zu unterteilen und in zwei beziehungsweise in drei Teilen abzudrucken. Bei der Unterteilung in die verschiedenen Abschnitte versuchte die Redaktion die Trennung so vorzunehmen, dass einzelne Themenkomplexe nicht zerrissen werden.

Darüber hinaus wollen wir an dieser Stelle den Artikel zur Demokratieentwicklung an der Goethe Uni mit bedenken. Es könnte der Eindruck entstehen, wir unterstellten der Autorin eine chauvinistische oder bösartige Absicht, aber uns ist trotzdem nicht entgangen, wie eine

spontan geäußerte oder unüberlegte Verschriftlichung in ihre Verkehrung umschlagen kann. Wir vermuten und Herr Korn macht das in seinem Beitrag explizit, dass wenn die Vertreibung, Brandmarkung und die konsequente industrielle Vernichtung einer zugeschriebenen »jüdischen Bevölkerung« und anderen Feindbildern nur eine Frage des Glaubens gewesen wäre, dann, so würde der zynische Einwand lauten, wären andere »erträglichere« Konsequenzen gefolgt. Aber die inhärente Logik des Antisemitismus führte einen anderen Zugang zu Selektion mit sich, so dass deutsch-nationale Juden und Jüdinnen, atheistische Veteranen des ersten Weltkriegs nicht wegen ihres Glaubens vernichtet wurden, sondern wegen ihrer Identifizierung als »Juden« ~~und »Jüdinnen«~~: mehr Vorstellung als Vor-Urteil.

Diese Wirkungsmechanismen äußerten sich auch innerhalb der Universitätsstrukturen. So bestanden gerade die antidemokratischen Züge keinesfalls nur in einfacher Ausgrenzung der Akteur*innen. Es waren die Inhalte der Disziplinen, die Bücherverbrennungen und Instrumentalisierung der Universität unter dem Banner des NS. Darum gehen sie eben nicht in den Formalien der Nicht-Ordinarien-Vertretung oder gar als Phase des »satzungsfreien Raum[s]« auf. Ein allzu unbedarfter Blick hierauf vergisst die Umstände sowie Ursachen und führt zu ihrer Verschleierung. Des Weiteren ist der Zugriff der Autorin auf »Geschichte« in manchen Punkten geradewohl prekär. Geschichte ist kein mythischer Ort, an dem es Dinge gegeben »haben soll«. Wenn es auch unmöglich scheint eine objektive Perspektive zu besetzen, so wäre es doch im Mindestmaße liberal, ihre Quellen, wenn auch nur in Andeutung, anzugeben. Denn sonst droht ihr selbst das Schicksal der Mystifikation der Geschichte.

In dieser Ausgabe der AStA-Zeitung befinden sich ferner zwei Beiträge, welche ursprünglich für die vergangene Ausgabe verfasst worden sind. Voran sind es die Ausführungen des Autors Adrian Kinzig zum Bildungsstreik 2014. Diese wurden in der letzten Ausgabe trotz fristgerechter Einsen-

dung nicht abgedruckt, da aufgrund zentraler, dabei höchst fragwürdiger Passagen, innerhalb der Redaktion weitgreifende Diskussionen, eine unkommentierte und vollumfängliche Publikation vorerst unterbanden.

Denn es gibt einen Punkt, an dem eine vermeintliche Stilkritik, zur einer Stilfrage der journalistische Haltung, noch in ihrem um Satire bemühten Extrem, zu einem Grenzfall möglicher Stillosigkeit gerät. Denn zwischen »Stilkritik« und Stillosigkeit steht zu allererst die Zensur der Redaktion – oder: der mündige Leser*. Deswegen haben wir uns entschieden, die besagten Stellen aus dem Artikel entfernt im Editorial dennoch ab-zudrucken: der scheinbar witzig-ironisch anmutende Ausspruch: »Inklusion und eine Inklusiv Bildung! [...] Auch Menschen mit Downsyndrom haben ein Recht auf ein Abitur! Abitur für alle, unabhängig von Begabung und Intelligenz!«, erzeugt bei genauerem Hinsehen und Überlegen eine unerträgliche Ambivalenz zwischen witziger Ironie und sozialdarwinistischer Ressentiments. Genau in diesem Punkt zeigt sich die profunde Bedeutung des Begriffs Behinderung, nämlich nicht behindert zu sein, sondern behindert zu werden. Denn wodurch zeigt sich der Stilkritiker in seiner Stilkritik behindert, durch seine eigene Stillosigkeit oder die seiner Umgebung, die ihm die Möglichkeit zur Unterscheidung in Stilfragen nicht zu Teil werden ließ?

Aber! Vielleicht ist es auch der Irrtum der Redaktion und die Wahrheit über den heutigen Zustand der Gesellschaft, der sich in der »Stilkritik« des stilkritischen Kritikers ausspricht: denn wodurch und wozu ist der Studierende privilegiert? So steckt auch in der wohlmöglich unbeabsichtigten diskriminierenden Haltung gegenüber behinderten Menschen die Suggestion einer Gesellschaft, in der geistige Behinderung nicht zufällig mit mangelnder individueller Intelligenz verbunden wird. So könnte die Einlassung des »Stilkritikers« als eine eingehende Mahnung gegenüber einem Humanismus verstanden werden, der in seinen gut-gemeinten Inklusionsbestre-

bungen die naturalisierenden Selektionsprinzipien, die der kapitalistischen Wirtschaftsform notwendig immanent sind, verbirgt und gleichsam verbürgt.

Der Elitarismus der Studierenden – oder vermag jemand an demselben etwas falsches zu finden - der sich vom Prekariat durch seine berufene Willfähigkeit unterscheidet, noch jeder Anforderung genüge tun zu können, stürzt an dieser Stelle als Chimäre in Krauss zusammen: »Das ist neu: Dilettanten ohne Lampenfieber.«

Zusätzlich ist in dieser Zeitung ein Beitrag der Autorin Laura Elsebach abgedruckt, welcher in der vergangenen Ausgabe unter den Vorstellungen der Hochschulgruppen eingegliedert war. Der Text wurde von der Hochschulgruppe »Die Flexiblen« eingereicht. Er war allerdings als ein normaler Artikel zum Thema »Studienbedingungen« intendiert. Zusätzlich zu diesem Missverständnis, das der Arbeit der Autor*innen nicht gerecht wurde, wollen wir an dieser Stelle den lustigen Mitgliedern der politischen Hochschulgruppe den ‚Flexiblen‘ unser Bedauern mitteilen.

Und natürlich distanzieren wir uns wieder von jeglichen Inhalten der Autor*innen, mögen ihre Argumente noch so kritisch, wohlüberlegt oder doppelbödig sein. Die AStA-Zeitungs-Redaktion erfährt sich, ebenso wie die sich in der letzten Ausgabe selbst-beschreibende Gruppe Platypus, als »vopolitisch«. Die Redaktion verbleibt in der Hoffnung diese Ausgabe möge ihrer Intention gerecht werden und mit der Bitte an die breite Leser*innenschaft, unabhängig ihrer Meinungen und eventuellen politischen Zugehörigkeit, auch im Sinne der Pluralität und Vielfalt, sich durch Beiträge und Artikel an dieser Zeitung zu beteiligen! Denn ein vielfältiger Inhalt hängt ab von der regen Beteiligung der Studierenden, die sich die Arbeit und Mühe machen eigene Artikel zum Thema einzureichen und zu bedenken.

Eure AStA-Zeitungsredaktion

Kein (Zivilisations-)Bruch – nur Höhen und Tiefen

Anmerkungen zu einem
erinnerungspolitischen Muster der
Frankfurter Goethe-Universität



»Freiheit«, »Erkenntnis«, »Holocaust«:
Schlagworte eines Werbeplakats
der Goethe-Universität zum
hundertjährigen Jubiläum.

Die erinnerungs- und geschichtspolitischen Auseinandersetzungen mit der und um die Goethe-Universität seit dem Bezug des IG Farben Campus haben immer wieder eine Geschichtsvergessenheit seitens des Universitätspräsidiums und der Institution Universität als ganze an den Tag gelegt. Doch selbst wenn die Goethe Universität sinnvolle Forderungen umsetzt, bleibt die Form, in der sie dies tut, zu kritisieren. Ihr Umgang mit der eigenen Geschichte im Nationalsozialismus im Allgemeinen und mit der Geschichte des IG Farben Campus im Besonderen folgt einem paradigmatischen Muster: der Einordnung des Zivilisationsbruchs Auschwitz in eine allgemeinere Geschichte. Dieses Muster soll im Folgenden an drei Gegenständen analysiert und kritisiert werden.

7

Der Umzug auf den IG Farben Campus war bekanntermaßen von Anfang an von erinnerungs- und geschichtspolitischen Auseinandersetzungen begleitet. Ein angemessener Umgang mit dem neuen Campus wurde vehement eingefordert, denn an diesem Ort befand sich die Hauptzentrale der IG Farben AG, eines gigantischen Chemiekonzerns, der in mehrfacher Hinsicht am Zweiten Weltkrieg und der Shoah beteiligt war: nicht nur durch die aktive Unterstützung des Nationalsozialismus im Hinblick auf Rohstoffe, Technik und Material, sondern auch durch das Vorantreiben medizinischer Experimente an KZ-Häftlingen, der Beteiligung an der DeGeSch, dem Unternehmen, das Zyklon B herstellte und an die SS lieferte, und schließlich durch die Einrichtung und Finanzierung des Konzentrationslagers Auschwitz III – Monowitz, in welchem bis zu 30.000 Menschen ermordet wurden. Eine Universität, so wurde argumentiert, die einen solchen Ort bezieht, muss sich mit der Geschichte dieses Ortes auseinandersetzen.

Diese lange und zähe Auseinandersetzung hat schließlich einige Erfolge erzielt, wie viele wissen: es gibt Gedenkplatten, das Norbert-Wollheim-Memorial und eine Dauer Ausstellung im IG Farben Haus. Nun, 2014, wurde der Forderung, den Grüneburgplatz in Norbert-Wollheim-Platz umzubenennen, nachgegeben. Den Ort IG Farben Campus, wie wir ihn, entgegen der offiziellen Sprachregelung des »Campus Westend«, nennen,

hat das verändert. Teile seiner Geschichte sind zugänglich gemacht worden. Doch der Umgang mit dieser Geschichte folgt allzu oft dem genannten erinnerungspolitischen Muster.

Erstens:

In der Dauerausstellung des IG Farben Hauses zeigt sich dieses paradigmatische Muster Frankfurter Universitätskultur.¹ Bereits der Titel der Ausstellung lässt es erahnen: Von der Grüneburg zum Campus Westend. Und so beginnt die Darstellung der Geschichte dieses Ortes mit den Obstbäumen von Goethes Onkel, die vom Eigentümer der Grünen Burg gekauft wurden, schreitet fort zum sogenannten »Irrenschloss« des Heinrich Hoffmann, in welchem Alois Alzheimer die nach ihm benannte Krankheit entdeckte und erforschte, springt zur Erbauung des IG Farben Hauses, der IG Farben selbst und ihrer Verstrickung in den Nationalsozialismus bis hin zur Nutzung des Geländes durch die amerikanischen Streitkräfte, um vorerst mit dem sogenannten Campus Westend zu enden. Der »Palast des Geldes«, wie Theodor Heuss einst das IG Farben Haus nannte, wird in dieser Geschichtsschreibung zum »Ort des Geistes«, um es mit den Worten des Architekten Ferdinand Heide zu sagen, der

¹ Wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass diese Ausstellung auch dem Präsidium abgetrotzt werden musste und einen Erfolg darstellt; und hiermit allen ans Herz gelegt wird.

für den Ausbau des Campus zuständig war. Alles Geschehene scheint gleich bedeutend zu sein, eine Geschichte voll Höhen und Tiefen eben. Das zeigt sich auch in dem Duktus in welchem die Frankfurter Universität über ihre eigenen Geschichte redet:

»Was hat diese Universität in ihren vergleichsweisen kurzen 100 Jahren Geschichte nicht alles erlebt und überlebt. [...] Die Entwicklung der Goethe-Universität ähnelt einer Fieberkurve mit heftigen Ausschlägen nach oben und unten. Nur eines verlässt sie nicht: eine offenbar unzerstörbare Lebensenergie.«²

Der Zivilisationsbruch Auschwitz wird bruchlos eingereiht und in seiner Besonderheit übergangen.

Zweitens:

Dass die Universitätsleitung nichts gelernt hat, zeigen neue Auswüchse dieses erinnerungspolitischen Musters. Im Rahmen des Jubiläumsjahres der Goethe-Universität, die 2014 einhundertjähriges Bestehen feiert, macht die Universität mit Plakaten in der Stadt auf sich aufmerksam. Darauf ist neben dem sogenannten Body of Knowledge in großen Lettern zu lesen: Visionäre. Pioniere. Wegbereiter. Darum stehen, arrangiert wie das Ergebnis eines Brainstormings, scheinbar unzusammenhängende Begriffe. Wie genau dieses Brainstorming stattfand, also

² Infobroschüre 100 Jahre Goethe-Universität, S.5

wer wann welchen Einfall hatte, ist bislang ungeklärt. Jedenfalls finden sich auf dem Plakat unter anderem Worte wie Unter den Talaren, Starke Frauen, Riedberg, Sturm und Drang, Jüdische Stifter, Musentempel, Verlorene Denker, Westend und einige mehr; und dann das Wort: Holocaust. Dieses Wort steht da, unter den Obertiteln: Visionäre. Pioniere. Wegbereiter. Man fragt sich, ob sich dieses Plakat vor Drucklegung noch mal jemand durchgelesen hat. Auch hier gilt, was über eine andere diskursive Untat an dieser Universität geschrieben wurde, dass das kaum als schlechtes Wortspiel gelesen werden kann, sondern als »bemerkenswerte Fehlleistung und unerträglichen Hohn auf die Opfer« verstanden werden muss.³ In dieser inhaltsleeren Allgemeinheit gehalten stört sich auch an der Aufführung des Ereignisses Holocaust niemand. Dass Joseph Mengele in Frankfurt promovierte, darüber besser kein Wort, und dass Frankfurts Studierende ausgezeichnetes Engagement an den Tag legten, als es 1933 darum ging sogenannte »entartete Bücher« auf dem Römerberg zu verbrennen, verschweigen wir es lieber. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte folgt Lippenbekenntnissen – und da ist es auch mal notwendig Holocaust irgendwo unzusammenhängend mit dazuzuschreiben. Sie ist aber kein tatsächlicher Versuch die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten.

Drittens.

Eine Kernforderung der Auseinandersetzungen um den IG Farben Campus war die von Überlebenden des KZ Monowitz 2004 vorgetragene, den Grüneburgplatz in Norbert-Wollheim-Platz umzubenennen. Norbert Wollheim, selbst Überlebender des KZ Monowitz, verklagte erfolgreich die IG Farben AG in den 50er Jahren in einem Musterprozess. Zehn Jahre lang hat die Universitätsleitung diese Forderung abgelehnt und alles getan, dass es nicht so weit kommen konnte. Gnädiges Zugeständnis war eine Kommission, die das Norbert-Wollheim-Memorial auf dem Campus einrichten durfte. Doch immer wieder wurde die Forderung nach der Umbenennung von

Studierenden, Überlebenden und dem Fritz-Bauer-Institut vorgebracht. Der letzte Höhepunkt dieser Auseinandersetzung fand 2014 statt. Fast eintausend von der Initiative zur Umbenennung des Grüneburgplatzes in Norbert-Wollheim-Platz gesammelte Unterschriften, darunter von namhaften Professor_innen, Briefe aus der jüdischen Gemeinde und von Überlebenden, Resolutionen vom Studienkreis deutscher Widerstand und eine neu entflammte Debatte darüber in Ortsbeirat und Senat, zwangen das Präsidium schließlich zum Einlenken. Im Juli beschloss der Senat der Goethe Universität, den Ortsbeirat aufzufordern, den Grüneburgplatz umzubenennen. Den Beschluss dazu fasste letzter im September dieses Jahres. Sicherlich ein Erfolg; an den wohl auch kaum noch wer glaubte. Leider »zehn Jahre zu spät«, wie die Jungle World treffend titelte.⁴ Besonders perfide ist, dass die Universitätsleitung ankündigte, die Adresse der Universität mittelfristig zu verlegen, sodass nicht – wie gefordert – der Norbert-Wollheim-Platz adressgebend und damit alltäglich vor Augen geführt werden wird. Außerdem konnte man sich auch in diesem Fall nicht dazu durchringen, dieser einen Umbenennung, die ihr nötige Aufmerksamkeit zu Teil werden zu lassen. Vorgeschlagen wurde ein »Gesamtpaket« – das alte erinnerungspolitische Muster. Umbenannt werden im selben Atemzug andere Plätze und Straßen auf dem neuen Campus nach namhaften Persönlichkeiten aus unterschiedlichsten Phasen der Geschichte der Goethe-Universität. Dass Wollheim dagegen mit dieser Geschichte nichts zu tun hat, stellte selbst das Präsidium einst als Gegenargument fest. Doch, dass Wollheim gerade deswegen, nämlich allein durch sein Verhältnis zu diesem Ort und der Geschichte der IG Farben AG, einen besonderen Umgang verdiene, darauf kamen sie nicht. Erneut wurde die spezifische Geschichte dieses Orts eingereiht in eine Gesamtgeschichte und damit nicht in ihrer Tragweite berücksichtigt.

Die drei Fälle stellen Beispiele dar, anhand derer gezeigt werden kann, was an der

Frankfurter Universität mit Aufarbeitung der Vergangenheit gemeint ist.

Zu betonen ist hingegen die Singularität des Zivilisationsbruchs Auschwitz, die eben als Bruch nicht einfach so in eine Kette von Ereignissen gereiht werden kann, sondern einen eigenständigen Umgang verlangt. Das ist sicherlich keine neue Bemerkung, sondern die fast schon alte Leier, die ungehört verhallt. Dennoch, die Erfolge der letzten Dekade, von unermüdlich kämpfenden (studentischen) Initiativen, Überlebenden und dem Fritz-Bauer-Institut durchgesetzt, haben gezeigt, dass es sich lohnen kann, diese Leier immer wieder anzustimmen.

Weiterführendes:

- Diskus-Heft 1, 2013: *Studieren nach Auschwitz. Texte aus 15 Jahren Auseinandersetzung um die Goethe-Universität und den IG-Farben-Campus.*
- http://www.copyriot.com/diskus/2013-01/13-01_web.pdf
- <http://initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.com/texte/>
- www.wollheim.wordpress.com
- www.wollheim-memorial.de

**NIKOLAS LELLE UND DAVID WEDMANN,
INITIATIVE STUDIERENDER AM IG FARBEN
CAMPUS**

³ Johannes Rhein: Immer wieder das Gleiche. In: Diskus 1/2013: Studieren nach Auschwitz. S. 8

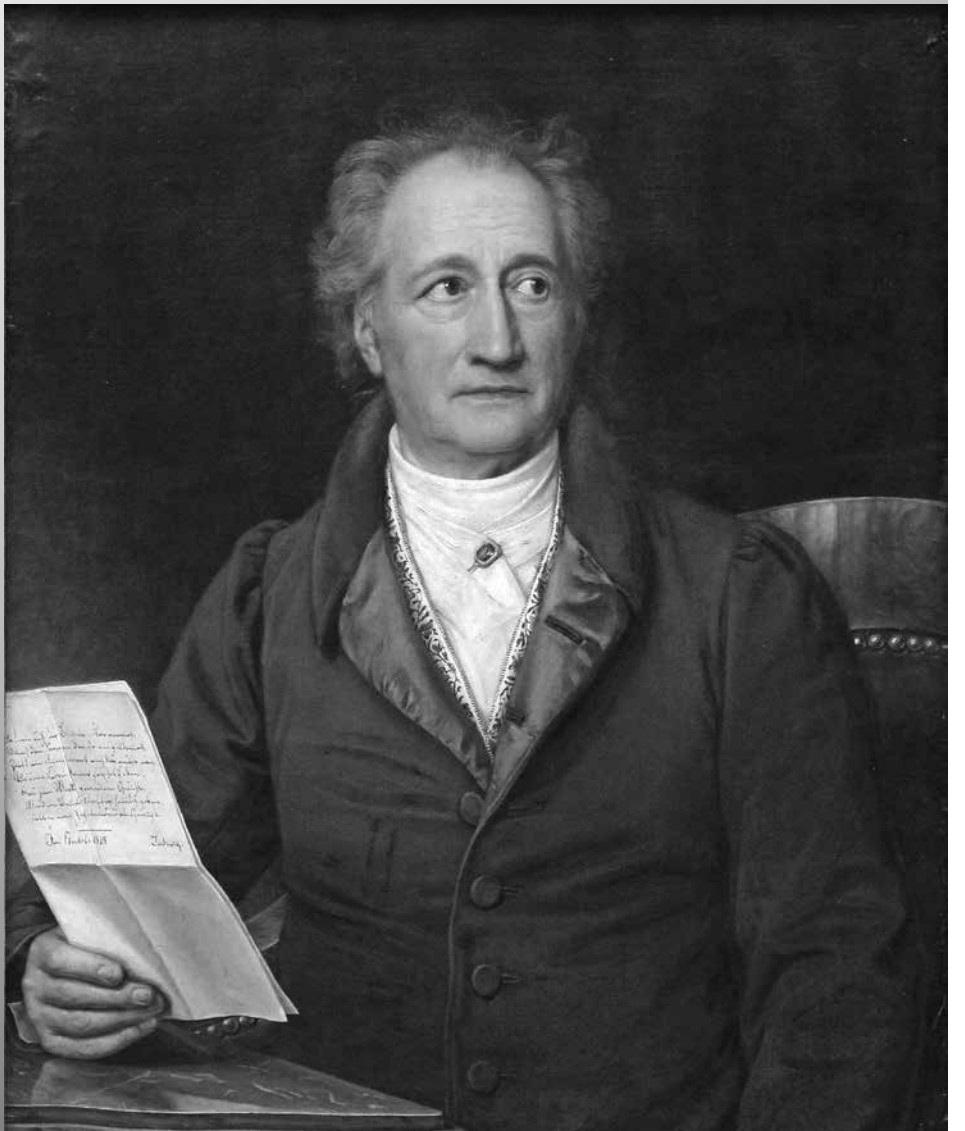
⁴ Max Pichl: »Zehn Jahre zu spät«, in: Jungle World Nr. 31, 31. Juli 2014

Zu betonen ist hingegen die Singularität des Zivilisationsbruchs Auschwitz, die eben als Bruch nicht einfach so in eine Kette von Ereignissen gereiht werden kann, sondern einen eigenständigen Umgang verlangt.

Der Dorn Goethe

Johann oder der Versuch
eines nicht-fragmentierten
Lebens

10



Überall regt sich Bildung und Streben, alles will sie mit Farben beleben.

Die Zitate der
Zwischenüberschriften
entstammen Goethes
Faust, sie sind teilweise
in der Zeichensetzung
und Orthografie leicht
verändert.

Wem läuft es nicht kalt über den Rücken bei der Lektüre von *Über allen Gipfeln ...?* Wer ist nicht ergriffen von dem Schicksal Gretchens und der Zerrissenheit Fausts? Wer fühlt nicht mit Werther? Wer empört sich nicht mit Prometheus? Das schönste Gedicht, das tiefste Drama, der beste Roman, die stärkste Ode. Goethe: everybody's darling, Goethe: unbestritten ein ziemlich geiler Typ.

Wenn es ein verbindendes Element im deutschen Kulturleben der letzten 200 Jahre gibt, einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der alle Strömungen von rechts bis links außen, von Marx bis Heidegger, von Hegel bis Nietzsche, von Honecker über Hitler bis Kohl vereint, dann ist es der Goethe-Kult. Wenn jemand »Ich bin Deutschland« ohne zu lügen sagen dürfte, so meint man, dann müsste es der Weimarer Geheimrat sein. So nimmt es wenig Wunder, dass er von der Stadt Frankfurt lieber noch als der Kauz Schopenhauer, übrigens seinerseits mit Goethe befreundet, oder gar die Frankfurter Schule (außer denen und dem Struwwelpeter gibt es schließlich wenig, was Frankfurt an ‚großen Söhnen und Töchtern der Stadt‘ aufbieten könnte in kultureller Hinsicht; Hegel arbeitete hier immerhin einige Jahre als Hauslehrer – aber auch der war ja Goethe-Fan), gerne als großes kulturelles Aushängeschild herangezogen wird, die Universität sogar nach ihm benannte.

Lass mich nur schnell noch in den Spiegel schauen!

Doch es verhält sich hier so wie mit dem Joyce-Kult in Dublin und dem Dante-Kult in Florenz: So ganz will die Rechnung nicht aufgehen, schließlich verlebte Goethe doch gerade mal seine Jugend in der Stadt, die meisten seiner wichtigen Werke entstanden andernorts. Immerhin äußert er sich in seiner Autobiographie im Gegensatz zu erstgenannten recht versöhnlich über seine »Vaterstadt«.

Selbst wenn Goethe jedoch sein ganzes Leben in Frankfurt am Main verbracht hätte und sein Werk voller Lobeshymnen auf die Stadt wäre: Es stellt sich auch inhaltlich die Frage nach der realen Bedeutung eines Goethe-Bezugs. Wieviel Goethe ist drin, wo Goethe drauf steht? Nimmt man Goethe einfach ganz opportunistisch als Emblem, weil alle Goethe irgendwie gut finden? Ist vielleicht Goethe gar selbst der Seichtigkeit und Unbestimmtheit zu verdächtigen? Oder bedient man sich Goethe zu Unrecht?

Ich will mich bei der Beantwortung dieser Frage auf unsere *alma mater* beschränken: Kann man, 100 Jahre nach ihrer Gründung, davon sprechen, dass sie dem Erbe des deutschen Klassikers gerecht wird? Schmückt sie sich mit falschen Federn oder sind es die echten Lorbeerzweige des Genius?

Um diese Frage beantworten zu können, muss man offensichtlich zunächst die Frage klären: Wofür steht Goethe denn nun eigentlich außer für Deutschland?

Am farbigen Abglanz haben wir das Leben.

Negativ kann man zunächst feststellen: Goethe steht *nicht* für Deutschland. Für den sich zu seiner Zeit entwickelnden Patriotismus hatte er wenig übrig, eine Renaissance deutscher Kultur sieht er nur durch die Übernahme der Errungenschaften der französischen Aufklärung für möglich. Goethe sieht sich vor allem als Kosmopolit. Mit dieser negativen Abgrenzung zu Partikularismen jedweder Art ist eine positive Setzung verbunden, die Goethes gesamtes Schaffen durchzieht: Den Glauben an eine in letzter Instanz gerechte Weltordnung (gr.: ‚kosmos‘), innerhalb der der Mensch aus eigener Kraft mittels seiner Vernunft und seinen Fähigkeiten im Rahmen permanenten Fortschritts das Gute realisieren kann. Das Besondere an Goethes Vorstellung ist dabei, dass die Vernunft dies nur vermittels ihres eigenen Gegenteils vermag, der Zufälligkeit, dem Unvernünftigen, dass ihr ureigenes Ziel die integrative Versöhnung mit ihrem Gegenteil ist.

Goethe sind alle Trennungen zuwider, an ihre Stelle setzt er das Ideal der nicht-erzwungenen, organischen Versöhnung der Gegensätze. Es ging ihm um die Versöhnung von Geist und Natur. Diese soll nicht ‚von oben‘ (top down) erfolgen, indem der Geist die Natur sich anpasst, sondern ‚von unten‘ (bottom up): In der Natur soll bereits ein immanentes vernünftig-geistiges Potential entborgen werden, der Mensch sich der

Er übernahm in seinem Schaffen stets auch soziale Verantwortung. Nicht nur als Künstler und Wissenschaftler ging es ihm um das Ideal der Humanität, auch als Politiker und Staatsbeamter versuchte er ganz konkret seinen Beitrag zum sozialen Fortschritt zu leisten, ohne allerdings Revolutionär zu sein.

12

als human erkannten Natur anpassen. So widerstrebte Goethe die sich damals im Beginn befindliche strikte Trennung von Natur- und Geisteswissenschaft, namentlich die von Isaac Newton etablierte Methode der Reduktion von Naturprozessen auf mechanische, geistlose Gesetze und der damit einhergehenden Abtrennung von Wissenschaft und Lebenswirklichkeit, die sich für ihn insbesondere in der Künstlichkeit der Laborsituation ausdrückte. Seine Farbenlehre, die er selbst als seinen höchsten Verdienst noch vor seinen literarischen Schriften ansah, war der Versuch, dazu ein Gegenmodell zu entwickeln, in dem die Natur nicht nur geistlose, tote Materie, sondern als bereits in sich geistiger Organismus verstanden werden soll. Die Farben sind bei Goethe nicht einfach nur bedeutungslose Resultate mechanischer Abläufe, sondern sie tragen in sich eine objektive geistige Bedeutung. Bereits in der Natur regiert nicht der bloße Zufall, sondern im Keim die Vernunft. Im Genuss der natürlichen Schönheit der Welt genießt der Mensch nichts anderes als die Potentiale des Geistes. Goethe begründete seine Farbenlehre freilich genauso auf empirischen Experimenten wie Newton: Er war nicht Antiaufklärer oder Mystiker, auch kein spekulativer Philosoph, sondern durch und durch dem Geist der Aufklärung verbunden. Die Empirie lag ihm stets näher als trockene Wortklauberei, für die er nur Polemik übrig hatte. In ihrem Namen kritisiert er Newton, der von der Erfahrung nur das gelten lassen will, was sich mathematisch erfassen, also quantifizieren, lässt. Natur wird so gerade nicht erfahren, sondern bloß beherrschbar gemacht, Natur und Mensch verkümmern gleichermaßen.

Auch im idealen Bildungsgang eines Menschen soll kein Element ausgeschlossen bleiben, alle menschlichen Triebe (auch Sinnlichkeit und Leiblichkeit) sollen sich in wechselseitiger Ergänzung vervollkommen. Man kann Goethe – und das macht wohl die Faszination an ihm auch als Mensch aus – nicht vorwerfen, an dieser Stelle nur Wein gepredigt zu haben: Er hat das Ideal vom *uomo universale* auch gelebt. Es ist kaum eine Übertreibung zu sagen: Wenn jemand ein gelungenes Leben in einer misslungenen Welt, ein richtiges Leben im Falschen geführt hat, dann ist es der Weimarer

Geheimrat. Seine wenigen Kritiker nehmen sich oft genug als Neider aus. Er arbeitete nicht nur als Dichter und Schriftsteller, sondern auch als Wissenschaftler in allen möglichen Disziplinen, versuchte sich als Maler, hatte daneben noch Beziehungen mit zahlreichen Frauen ... Sein geistiger Horizont umspannte die gesamte damals bekannte Welt in zeitlicher wie räumlicher Hinsicht – und gleichzeitig kam man nicht behaupten, dass er sich dabei selbst verlor, sondern er bewahrte stets seine Mitte.

Doch es ging ihm nicht um die bloße Selbstveredelung: Er übernahm in seinem Schaffen stets auch soziale Verantwortung. Nicht nur als Künstler und Wissenschaftler ging es ihm um das Ideal der Humanität, auch als Politiker und Staatsbeamter versuchte er ganz konkret seinen Beitrag zum sozialen Fortschritt zu leisten, ohne allerdings Revolutionär zu sein. Ihm widerstrebte nämlich stets, wie so vielen deutschsprachigen Intellektuellen seiner Zeit, der Gedanke, durch einen plötzlichen Umsturz aller überkommenen Verhältnisse wie in Frankreich die Vernunft auf Erden realisieren zu können. Hier wurde derselbe Fehler begangen, den Newton im Umgang mit der Natur beging: Dem Gegenstand wurden abstrakt, von oben herab ihm äußerliche Gesetze aufgezwungen. Dies konnte für ihn nur im Terror enden. Stattdessen wollte er, dem Fortschritts- und Bildungsgedanken verpflichtet, zu einer langsamen, immanenten, organischen Entwicklung der Menschheit hin zum Besseren beitragen. Aus der französischen Revolution, die sie als gescheitert ansahen, zogen seine Mitstreiter und er vor allem die Lehre, dass eine politische und soziale Veränderung von einer kulturellen Veränderung nicht zu trennen ist. Erst sollte in den kulturellen Institutionen ein moralischer, dann ein politischer und sozialer Wandel einsetzen.

**Oh glücklich, wer noch hoffen kann,
aus diesem Meer des Irrtums aufzu-
tauchen.**

Was ist nun genau Gegenstand seiner Kritik? Es sollte deutlich geworden sein: Es ist Goethe keineswegs nur um zeitlose Widersprüche zu tun, die es zu versöhnen gilt. Diese mag es geben. Unmittelbarer Stein des Anstoßes sind jedoch die ganz

konkreten Widersprüche seiner Zeit, der frühen bürgerlichen Gesellschaft. Goethe sieht, ganz am Beginn der Industrialisierung und moderner Staatlichkeit, in diesen den Keim zu gefährlichen Fehlentwicklungen angelegt, auch wenn er gleichzeitig die humanen Potentiale dieser neuen Epoche begrüßt. Denn die bürgerliche Gesellschaft ist die Gesellschaft der Trennungen, der Fragmentierung. Die Arbeitsteilung zwingt die Menschen zur Spezialisierung. Sie entwickeln ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse nur partiell, betrachten die Welt nur von ihrer beschränkten Position aus, von ihren bornierten Interessen her. Scharf getrennt wird auch im größeren Maßstab zwischen politischer und ökonomischer Sphäre, zwischen Geist und Natur, Religion und Wissenschaft, Mann und Frau, Privatheit und Öffentlichkeit etc. Goethe will diese Sphären gerade nicht ins Eins konfundieren, sondern sieht in ihrem produktiven Wechselspiel den Keim einer organischen, harmonischen, maßvollen Entwicklung hin zu harmonischer Einheit. Wenn die Sphären jedoch gänzlich auseinandergerissen werden, gibt es dieses Wechselspiel nicht mehr. Die Sphären verlieren das ureigene Maß, in dem sie sich wechselseitig halten, und werden maßlos. Das beschreibt Goethe etwa in der Ballade *Der Zauberlehrling*, in der bereits das Problem thematisiert wird, dass die entfesselte Technik den Menschen beherrschen könnte statt umgekehrt er sie. Oder in *Faust II*, wo bereits die Gier der Staaten und Individuen nach Geld und die damit einhergehende Produktion von künstlichem Kreditgeld als spezifisches Problem moderner Maßlosigkeit, das in eine (selbst-)zerstörerische Ordnung der Spekulation, des Spektakels und der Krise führt, behandelt wird. Goethe ist dabei keineswegs antimodern oder antiaufklärerisch eingestellt. Er ist sogar eher optimistisch, was die Entwicklungspotentiale der Menschheit betrifft, sieht sogar noch in der Maßlosigkeit und Fragmentierung selbst ein produktives Element. Doch – und das hat nicht zuletzt Adorno in seinem Essay über die Schlusszene von *Faust II* in den *Noten zur Literatur* herausgearbeitet – er ahnt bereits die katastrophischen, barbarischen Möglichkeiten des Fortschrittsprozesses unter dem Banner von abstrakter Vernunft, Kapitalismus

und moderner Staatlichkeit. Aus der dystopischen Szenerie des an den frühkapitalistischen Vorreiterstaat Holland erinnernden »Reich« des *Faust*, in der sich seine Hymne auf den Fortschritt wie blanke Ideologie ausnimmt, kann ihn nur noch das plötzliche Auftreten der himmlischen Heerscharen, angeführt von dem »doctor marianus« Bernhard von Clairvaux, mittelalterlicher Mystiker und glühender Verfechter des Marienkults, mit der ‚Gottesmutter‘ persönlich an der Spitze, erretten. Der Fortschrittsglaube kann nur noch religiös, gar im Rückgriff auf den Katholizismus in seiner ‚heidnischsten‘, mystischsten Gestalt, abgesichert werden, so prekär erscheint er dem gealterten Goethe bereits.

Mein armer Kopf ist mir verrückt, mein armer Sinn ist mir zerstückt.

Die ‚Zeitlosigkeit‘ Goethes besteht genau darin, dass die Probleme, die er beschreibt, sich nicht grundlegend geändert haben. Eher sind zahlreiche seiner düsteren Ahnungen Wirklichkeit geworden. Wir leben heute in einer Welt der universellen Fragmentierung und damit verbundenen Maßlosigkeit, gerade in unserem Alltag als Studierende an der Goethe-Universität. Das System der Wissenschaft, von Goethe & Co. als universelle Kirche der Humanität konzipiert, ist zerbröckelt in eine unendliche Vielzahl von Einzeldisziplinen, die jeweils auch noch intern zersplittert sind. Es gibt dabei nicht einmal Methodenstreitigkeiten, sondern ein bloßes Nebeneinander der Methoden ohne Vermittlungsversuche. Das Leben spielt sich irgendwo zwischen Sexchat und Seminar, Party und Praktikum, flüchtigem Lesen und hektischem Schreiben, Affären und Lebensabschnittspartnerschaften, gerade noch zur Kenntnis genommenen Geburts- und Todestagen, Arbeitsrausch und Burn-out ab. Und es wird immer unklarer, wo dieses ‚irgendwo‘ eigentlich sein soll. Goethe suchte die Einheit durch die Vielfalt hindurch zu erreichen, uns ist nur

die völlige Zerstreuung geblieben, der, bei allem Charme des Fragments gegenüber dem System, nichts Positives abgerungen werden kann. Paradoxerweise leben wir einerseits in einer Welt, die mehr denn je ein relativ geschlossenes Ganzes bildet, ein Netzwerk, in dem alles mit allem zusammenhängt und die kleinsten Vorkommnisse auf der einen Seite des Planeten gewaltige Auswirkungen auf der anderen haben können, andererseits ist es uns mehr denn je verunmöglicht, auf dieses Ganze als Ganzes Zugriff nehmen zu können. Wir werden an allen Ecken und Enden mit Möglichkeiten bestürmt, doch diese ‚Chancen‘ und ‚Angebote‘ werden völlig wertlos, wenn die Zeit fehlt, zu einer wirklichen Persönlichkeit zu reifen, die zwischen den anströmenden Möglichkeiten selektieren und sie als eigene Möglichkeiten ergreifen kann. Wir können jeden Tag tausende Erlebnisse machen – doch können wir auch Erfahrungen sammeln? Und zu allem Übermaß sollen wir unserem Leben in Form eines Lebenslaufs den Anschein einer realen Kontinuität und Sinnhaftigkeit verleihen.

Die Fragmentierung wird etwa ausgedrückt in der Trennung zwischen zwei Campi, in denen Geistes- und Naturwissenschaften eine völlige Parallelexistenz führen (von der Medizin ganz zu schweigen), der Trennung zwischen Stadt und Universität durch einen Zaun, der Reduktion von nicht-fachbezogenen Pflichtseminaren im Lehrplan usw. usf. Das ist natürlich kein spezielles Problem unserer Universität, sondern ein allgemeines.

Goethe steht vielleicht an einem Punkt der Geschichte, an dem noch die reale, konkrete Möglichkeit bestand, den Fortschritt in eine andere, humanere Richtung laufen zu lassen. In einer Wissenschaft, einer Dichtung, einer Lebenskunst, wie sie Goethe repräsentiert. Eine andere Moderne ohne die unfassbaren Schrecken des 20. und auch – man muss es leider bereits sagen – des 21. Jahrhunderts, die statt auf dem Leitbild der

Fragmentierung und Analyse am Leitbild der Versöhnung und Synthese ausgerichtet ist. Diese Möglichkeit wurde nicht ergriffen – besteht die Möglichkeit, sie noch nachträglich zu ergreifen?

Führt mich weg, zu neuem bunten Leben!

In diesem Sinne muss man sagen, dass es gut ist, wenn sich unsere Universität Goethe auf die Fahnen schreibt. Allerdings müsste dieser Bezug in mehr als einem allgegenwärtigen Logo bestehen. Goethe wird so nicht nur zum ‚Klassiker‘, nein auch noch zum bloßen Label degradiert, ohne dass man wüsste, wofür es inhaltlich stehen könnte. Man könnte die vielfach belächelten Goethe-Gartenzweige derart interpretieren, dass in ihnen der große Geheimrat postmodern demontiert werden soll. Aus dem einen Giganten Goethe wird eine Pluralität kleiner, bunter Goethes zum Anfassen und Mitnehmen. Das hat etwas Sympathisches und wäre sicherlich nur in Goethes Sinne. Doch abgesehen von den unterschiedlichen Farben, sehen alle Goethezweige gleich aus – sie sind keine Individuen mit Ecken und Kanten, sondern eben gleichgeschaltete Kleinbürger-Zwerglein. Gerade in der Pluralität. Denn nach Goethe sind es erst die Kontraste (schwarz und weiß, Licht und Schatten), zwischen denen sich die Welt in ihrer Buntheit konstituiert. Die scheinbare Buntheit der kontrastlosen Postmoderne ist in Wahrheit ein langweiliges Grau-in-Grau. Wir sollten uns mit Goethe also nicht mit einer Welt pseudo-bunter Uniformität zufrieden geben, sondern an der Utopie einer versöhnten Ganzheit festhalten, in der sich jedes Fragment gemäß seinem ureigenen Maß entfalten kann. An unserem jeweiligen Platz könnten wir mit Goethe als Vorbild versuchen, unseren jeweiligen Beitrag zur Realisierung dieses Traums zu leisten. Wo, wenn nicht an einer Universität, an einer Goethe-Universität?

VON PAUL STEPHAN

»Harmonie ist eine Strategie«



Dieser Artikel ist eine nachträglich beobachtende Momentaufnahme des Normalvollzugs einer universitären Senatssitzung, in welcher die Geschichte der Goethe Universität samt ihrer Gebäude unter besonderer Berücksichtigung der NS-Vergangenheit Thema war. Dass der Senat sich letztlich dazu entschloss, Plätze der Universität umzubenennen – einen davon in Norbert-Wollheim-Platz – spielt an dieser Stelle nur minder eine Rolle. Vielmehr geht es darum, einen Eindruck des Umgangs und der Rhetorik der Goethe Uni in Bezug auf den Nationalsozialismus zu erhalten – gerade in Zeiten des 100 jährigen Jubiläums.

Die jubelnde Goethe Universität, Lutz Bachmann, und der »Konsens« der Umbenennung

Im Senat der Goethe Universität sollte am 18.06.2014 breit und ausführlich über die seit Jahrzehnten überfällige Umbenennung der Postadresse der Goethe Universität in Norbert-Wollheim-Platz diskutiert werden. Nicht nur studentische Initiativen wie die Gruppe Studierende am IG-Farben Campus, die Norbert-Wollheim-Initiative oder der Asta Frankfurt fordern diese Umbenennung; vor allem tun dies Überlebende des KZ Buna/Monowitz – und dies schon seit über 10 Jahren. Ihre Anliegen wurden strukturell ignoriert, wenn nicht gar öffentlich abgelehnt. Die Forderung der Umbenennung wurde 2004 Dr. Karl Brozik sel. A. als Repräsentant der Jewish Claims Conference in Frankfurt am Main vorgebracht. In einem Brief an Petra Roth vom 27. März 2004 schrieb das Komitee der Überlebenden des Lagers Buna-Monowitz folgendes:

»Unsere Generation, Zeugen und Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung, stirbt aus. Bevor unser Schicksal nur noch Historie ist, wollen wir dafür streiten, dass Geschichtsvergessenheit nicht Platz greift. Wir appellieren an die Verantwortlichen der Stadt Frankfurt am Main, die Umbenennung des »Grüneburgplatzes« in »Norbert-Wollheim Platz« zu veranlassen: in Ehrfurcht vor den Opfern, in Verantwortung für die Zukunft.«

Dafür streiten, dass »Geschichtsvergessenheit nicht Platz greift« wollte das Präsidium der Goethe Uni am 18.06.2014 weniger. Schließlich hatte jenes in einer gesonderten

Senatskommission (zu der diverse Mitglieder des Senats »ausversehen« erst gar nicht eingeladen wurden) ja schon vorab Kompromissvorschläge gemacht. Wo sich die Universität sonst eher bemüht, die Kritische Theorie aus dem Programm der Goethe High Potentials zu streichen, wärmen sie sie in der Benennung kleiner Zufahrtstraßen gern wieder auf. Eine »Horkheimer-Straße« oder ein »Adorno-Platz« klingt ja auch nach sonnigeren Zeiten reflektierter Geister als der Name eines Zwangsarbeiters des hauseigenen Konzentrationslagers. Dass es vielleicht gerade im Hinblick auf die Kritische Theorie wichtig wäre, nach einer geeigneten Form aktiver Bearbeitung der deutschen NS-Vergangenheit zu suchen, will niemand hören...

So sollte dann eine sogenannte Diskussion stattfinden, wie Präsident Müller Esterl in großer Geste angekündigt hatte. Vorbereitet wurde jene, indem den Anwesenden mehrere Fotokopien einer Anhebung der Gedenkplaketten vor dem IG-Gebäude um geschätzte 5 cm präsentiert wurden. Nun klopfte man sich auf die Schultern, lächelte sich bei Kaffee und Keksen zu und bedankte sich brav beieinander für diese große Geste zur Aufarbeitung des deutschen Antisemitismus am IG-Farben Campus. Dass auch hier die Überlebenden von Buna/Monowitz seit Jahrzehnten die komplette Aufstellung dieser Tafel fordern und dies strukturell ignoriert wird, spricht für sich; genau wie der Aspekt, dass solche

Selbstverständlichkeiten überhaupt gefordert und erstritten werden müssen.

Müller Esterl räumte nun 45 Minuten Redezeit für die »ausführliche Diskussion« ein. Prof. Dr. Lutz Bachmann, Philosoph und Dekan des Fachbereichs 08, sollte nun die netten Alternativvorschläge vorstellen, die sich die exklusive Kommission ausgedacht hatte. In patriarchal großväterlicher Geste berichtete er nun 35 Minuten ausführlich über sogenannte »Kompromissvorschläge«. Trotzdem »die ganze Angelegenheit« mit dem KZ und Norbert Wollheim ein »hochemotionales Thema« sei, bat Bachmann um ruhige Gemüter. Die Anwesenden sollten sich nicht aufregen, ruhig bleiben und lieber mal nach einem harmonischen Konsens suchen. Der Patriarch erkannte in seiner Gerissenheit auch sofort, was eine sich zu Wort meldende Frauenrätin zu sagen hatte: Ja, leider ist Norbert Wollheim ein männlicher Überlebender; noch ein Grund, ihn nicht zu wählen. In weiser Voraussicht, dass eine Frauenrätin natürlich nichts anderes zu sagen hätte als das, was er ohnehin schon selber wisse, nahm er ihre Wortmeldung erst gar nicht an, sondern fuhr mit seiner geplanten Rede in charmanter Manier fort.

Die Universität lobte er nun mit sich selbst übertreffenden Euphemismen als eine Institution, die »ungewöhnliche Maßnahmen« in Bezug auf die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bewerkstelligen würden. Gemeint waren die von ihm

Im Jahr des 100-jährigen Bestehens der Goethe-Universität sind es immer noch alte deutsche Professoren, die sich anmaßen darüber bestimmen zu können, wie die Erinnerung an die industrielle Judenvernichtung im Nationalsozialismus und jüdische Überlebende auszusehen hat.

sogenannten »Plaketten« die »das IG-Gebäude schmücken [sic!]
würden, sowie das Norbert Wollheim Memorial, was auf Forderung der Überlebenden, mit Unterstützung der Studierenden entstand. Dass das Gedenken an ein KZ und deren Überlebende ein schmückendes Accessoire sei, ist schon abstoßend genug, doch Lutz Bachmann setzte noch einen Euphemismus oben drauf, als er hervorhob, dass es derartig lieb und bewundernswürdig von der Goethe Uni sei, dass das »Fritz Bauer Institut kostenlos bei uns [sic!] wohnen dürfe«. Die Goethe Uni diene weltweit als Vorbild, so Bachmann, was eine aktive Auseinandersetzung mit einer »schwierigen Zeit« betrifft. Und das die Studierenden das nicht schätzen könnten, und sich jetzt anmaßen, aufzumucken, das sei ja überhaupt nicht nett. Schließlich habe »man sich ja auf eine konsensuale Gesprächskultur« geeinigt, wo Emotionen doch bitte im Interesse rationaler Überlegungen außen vor bleiben sollten.

Nach dieser Lobpreisung »ungewöhnlicher Maßnahmen« forderte Bachmann zwei Gäste zur Rede auf, die dann die 45 Min. der »Diskussion« voll machen sollten. Primäres Rederecht haben im Senat Senatsmitglieder und ihre Vertreter*innen. Doch Bachmann ist ein Freund der Harmonie und gestattet in Ausnahmefällen auch »Auswärtigen« das Wort. Natürlich nur, wenn sie ebenfalls auf Konsens aus sind: nimmer Dissens, bloß kein Streit, könnte sein Motto lauten. So konnte der Rechtshistoriker Prof. Dr. Michael Stolleis – 2004 beteiligt an der Diskussion um die Umbenennung – noch mal vom »Konsens« sprechen, der einmal gefunden wurde und der nicht gebrochen werden dürfe. Konsens meint hier, die Uni habe sich intern schon 2004 darauf geeinigt, nicht zu viel an das KZ Buna Monowitz zu erinnern, denn dann würde es ja heikel werden mit der Exzellenz. Stolleis imaginierte sich lieber einen herrschaftsfreien Diskurs herbei, in dem sich ja schon einmal »alle einig waren«. In sein »wir« bezog er auch die Überlebenden mit ein. Dass dies schlicht falsch ist, zeigt die erneute Forderung der Jewish Claims Conference, des Fritz Bauer Instituts, sowie die des »Treffpunkts« für Überlebende der Shoah und ihre Familien, die

Universitätsadresse umzubenennen. Dass es darüber hinaus auch eine höchst problematische Geste ist, in Bezug auf die Aufarbeitung der Vergangenheit der Goethe Uni vom längst getroffenen »Konsens« zu sprechen, fand kaum Anklang im Präsidium. Stolleis sprach im Zusammenhang mit diesem »Konsens« von »abgeschlossener Geschichte« die nicht wieder aufzurütteln sei. Müller-Esterl und Bachmann nickten bedächtig bei diesen großen Worten. Nach 45 Minuten durfte dann Prof. Dr. Hans-Jürgen Puhle noch mal erläutern, dass die Uni ja eigentlich »nicht so viel mit Wollheim zu tun habe« und er die Aufregung nicht verstehe. Während die Asta Vorsitzende Myrella Dorn eine Rede der Norbert Wollheim Initiative vortrug, wollte Puhle lieber seinen Beisitzern ein Ohr abkauen, statt zuzuhören. Die großen Männer hatten ja schließlich gesprochen und die 45 Minuten waren vorbei.

Nun wurde die »Entscheidung« über die Umbenennung wieder mal vertagt und der Präsident überredete auch den Ortsbeirat, ihre Sitzung zu Norbert Wollheim wiederholt zu verschieben. Auch die, von einigen Senator*innen geforderte nochmalige Senatskommission zur Diskussion der Umbenennung, fand nicht statt. Dazu hätte bis zum 09.07.2014, zwei Wochen vor der nächsten Senatssitzung am 23.07.2014, eine Einladung rausgehen müssen. Jene wurde nie verschickt.

Dies ändert nichts daran, dass die Auffassung von Geschichte als Wirklichkeit, deutschem Antisemitismus und deutscher Vergangenheitspolitik – nicht zuletzt an diesem Tag – auf prekäre Weise präsentiert wurde. Vor allem ein Philosoph wie Bachmann, dessen Wissenschaft im Allgemeinen laut Müller Esterl mit dem Umzug ins IG Farben Gebäude »[...] in den Dienst einer humanen Entwicklung [...] [gestellt]« wurde, hätte vielleicht ein paar reflexivere Gedanken, ungeleitet von Interessenspolitik oder Harmoniesehnsucht, finden können. Dem war leider nicht so. Gegenüber den Überlebenden ist das Verhalten der Leitung der Goethe Universität widerlich genug, nicht mal unter moralisch verschärften Bedingungen (KZ Opfer fordern zum wiederholten male dass ihr »letzter Wunsch« geschehe) ringt sich die Universität der »Dichter,

Denker und Mäzenen« zu einer minimalen Geste durch.

Eine Umbenennung der Postadresse ist ein winzig kleiner Schritt, wenn nicht gar das Mindeste was deutsche Akademiker*innen im Hause des Chemiekonzerns, dessen Tochterfirma Zyklon B herstellte, tun müssten.

Aber im Jahr des 100-jährigen Bestehens der Goethe-Universität sind es immer noch alte deutsche Professoren [sic!], die sich anmaßen darüber bestimmen zu können, wie die Erinnerung an die industrielle Judenvernichtung im Nationalsozialismus und jüdische Überlebende auszusehen hat.

FRANZISKA HAUG



Vorstellung Autonomes Inklusionsreferat

Das Inklusionsreferat für Barrierefreies Studieren, also eine Gruppe von und für Studierende mit Handikap.

Wer wir sind:

Wir, 7 behinderte, chronisch kranke und anders gesunde Studierende, haben das Inklusionsreferat aus dem alten Behindertenreferat heraus gegründet.

Was wir für Euch erreichen wollen:

- Barrierefreies Studium: ob bspw. bessere Verbindungswege für RollifahrerInnen, ob mehr Audiomaterial für von Wahrnehmungsbehinderung Betroffenen, ob Nachteilsausgleiche bei Prüfungen...
- Stärkung der Position von Behinderten Studierenden an der Uni
- selbstorganisierte politische Vertretung und einen Ort des sich Treffens, Austauschens und Kennenlernens
- In unserer Gruppe besteht das Interesse, auf allen Campi und in allen Hauptgebäuden Ruhe zugänglicher zu machen und Behindertengerechter einzurichten.
- Beim Ausbau der Angebote des Studium digitale wollen wir dabei sein, um auch eine Teilhabe an Veranstaltung während der Krankheitsphasen zu ermöglichen.
- Wir planen öffentliche Veranstaltungen zum Thema Behinderung/ Diversity/ Anders-Gesund-sein anzubieten, mit Forscherinnen aus dem Bereich der Diversity Studies
- regelmäßige Filmabende während des Semesters mit anschließender Diskussionsrunde.
- spezifische Lernunterstützung zu den Krankheitsbildern Sehbehinderungen, Schwerhörigkeit, Dyslexie, Tinnitus, Depression ...ADHS und allgemeine Erschöpfungszustände.

Wo wir sind: Raum 1 Stock PEG Gebäude

Wir grüßen Euch herzlich und bitten Euch, mit uns Kontakt aufzunehmen unter inklusionunifrankfurt@gmail.com oder auf facebook

Euer Inklusionsreferat

Jüdisches Mäzenatentum und die Gründung der Frankfurter Universität

18

Der Campus Westend entstand auf dem südöstlichen Teil eines Affensteiner Feld genannten Flurstücks. Das Affensteiner Feld mit Schloss Grüneburg (oben) und psychiatrischer Anstalt (»Irrenanstalt«) auf einem Frankfurter Stadtplan von 1887; die gestrichelten Linien markieren eine Straßenplanung, die so nicht verwirklicht wurde.

Vortrag anlässlich der Eröffnung eines Symposiums zum Thema »Mäzene, Gelehrte, Bürger: Jüdisches Engagement und jüdische Gelehrsamkeit in der Frankfurter Universitätsgeschichte« am 25.5.2014 im Festsaal der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main.

Nur 69 Jahre liegen zwischen der vollständigen rechtlichen Gleichstellung der Juden in Frankfurt am Main im Jahr 1864 und dem unerbittlichen, radikalen Vorgehen der Frankfurter Stadtregierung gegenüber ihren jüdischen Bürgern im Frühjahr 1933. Jahre, in denen sich Frankfurt von der ehrwürdigen Reichsstadt zu einer modernen Großstadt entwickelte und bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs eine im Deutschen Reich beispiellose Blütezeit erlebte.

Verzweifelt und voller Sorge erinnerte der Vorstand der Jüdischen Gemeinde die Mitglieder am 30. März 1933, zwei Tage vor dem sogenannten »Judenboykott«, in einem Offenen Brief an den Beitrag so vieler Gemeindeglieder zum wirtschaftlichen Wachstum der Stadt: *»Wenn keine Stimme sich für uns erhebt, so mögen die Steine dieser Stadt für uns zeugen, die ihren Aufschwung zu einem guten Teil jüdischer Leistung verdankt, in der so viele Einrichtungen vom Gemeinsinn der Juden künden, in der aber auch das Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern besonders eng gewesen ist. Verzagt nicht! Schließt die Reihen!«*

Ja, viele städtische Institutionen waren in den Jahrzehnten zuvor von jüdischen Frankfurter Bürgern teilweise oder vollständig finanziert worden. Bis 1906 wuchs ihr Beitrag zu Stiftungen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen auf 20 Millionen Mark an. Mit Hilfe dieser Spenden waren Netzwerke der sozialen Fürsorge, der Bildung, Kunst und medizinischen Grundversorgung entstanden. Und natürlich hatten sich zahlreiche Freundschaften, menschliche Bindungen und vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Frankfurtern entwickelt. Besonders eng, wie von dem Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde charakterisiert, oder gar krisenfest war das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden jedoch zu keinem Zeitpunkt.

Auch die Erfolgsgeschichte der Universitätsgründung, dieses so eindrucksvolle Wirken jüdischer und nichtjüdischer Frankfurter Bürger für das gemeinsame Ideal einer nah an der beruflichen Praxis orientierten universitären Ausbildung, taugt nicht als Zeugnis einer vollendeten jüdischen Emanzipation. Was hier gelang, ist einzigartig und steht ganz für sich.

Die Entstehungsgeschichte der Frankfurter Universität lässt erahnen, was insgesamt möglich gewesen wäre, wenn die tiefsitzenden antisemitischen Ressentiments hätten zurückgedrängt werden können. Zumal in Frankfurt, der einstigen freien Stadtrepublik, die die Herabstufung zur preußischen Provinzstadt nach dem Deutschen Krieg 1866 so erstaunlich gut gemeistert hatte. Kraftquelle und Impulsgeber war das seit jeher starke Bürgertum. Frankfurt war Messestadt, europäischer Verkehrsknotenpunkt, die Stadt der Königswahl und der Kaiserkrönung. Vor allem aber war sie eine bürgerlich geprägte Stadt. Selbstbewusst traten die Frankfurter schon im Mittelalter für die Reichsunmittelbarkeit ihrer Stadt ein, setzten sich politisch immer wieder gegenüber dem Rat der Stadt durch und entwickelten Frankfurt zum wichtigen Handelsplatz.

Alle Weltläufigkeit der Frankfurter Bürger endete jedoch schlagartig an den Toren des Ghettos, der »Judengasse«. Rat und Bürgerschaft verhinderten Jahrhunderte hindurch die Eingliederung der Juden in die städtische Gesellschaft. Drangsalierung, Gängelung und Abschottung bestimmten den Umgang mit der jüdischen Minderheit. Ein nach Frankfurt entsandter liberaler Beamter, der mit der Ausarbeitung der neuen Stättigkeitsordnung für die Juden befasst war, schilderte 1807 seinen Eindruck von der Situation der Frankfurter Juden: *» (...) kaum irgendwo in Deutschland (herrschte) ein weniger liberaler Geist, und dagegen mehr Vorurtheil (...) unter den höheren Ständen, ja selbst unter der Magistratur, als zu Frankfurt.«*

Die weitgehende Ausgrenzung der seit dem 12. Jahrhundert in Frankfurt ansässigen Juden vom städtischen Leben ließ den Auf- und Ausbau der Stadt als alleiniges Verdienst der nichtjüdischen Bürgerschaft erscheinen. Tatsächlich entstammte jedoch ein erheblicher Teil des Geldes, das die Frankfurter Stadtkämmerer für die öffentlichen Belange Frankfurts investierten, Schattellen Frankfurter Juden. Wie in anderen Städten mit jüdischen Gemeinden, mussten die Juden für das Recht, in der Stadt zu leben, eine Vielzahl von Steuern und Gebühren entrichten. Im Falle Frankfurts waren dies bis weit ins 19. Jahrhundert hinein 34

verschiedene Abgaben. Keine andere Bevölkerungsgruppe wurde so hoch besteuert.

Die »Juddegass« war ein städtischer Mikrokosmos innerhalb Frankfurts. Eine Welt, die Jahrhunderte überlebt hatte und sich den Ruf eines weit über Frankfurt hinaus anerkannten Zentrums des aschkenasischen Judentums und jüdischer Gelehrtheit erworben hatte. Der Begriff der »Gelehrtheit« umfasste jedoch weit mehr als das Studium von Thora und Talmud von frühester Jugend an. Er steht auch für das Streben der Juden, mittels umfassender Bildung und Erziehung zumindest die geistigen Ghettomauern zu sprengen. Ob Unterricht in deutscher Sprache, Einrichtung von Lesegesellschaften oder Gründung von Schulen – jede dieser Maßnahmen sollte der verachteten Minderheit den Weg in die ersehnte Freiheit ebnet. Angezogen von der hervorragenden geografischen Lage Frankfurts, hatte sich zudem eine dem wohlhabenden christlichen Patriziat vergleichbare Unternehmerschicht herausgebildet. Familien wie die Oppenheimers, Erlangers, Königswarters und später die Rothschilds schufen die Grundlage für den Aufstieg des jüdischen Wirtschaftsbürgertums im 19. Jahrhundert.

Zwischen Stadt und Judengasse gab es zwar einen Austausch, jedoch nur in beschränktem Ausmaß. Die Restriktionen und die von Enge und Armut geprägten Lebensumstände in dem von Johann Wolfgang von Goethe so abfällig beschriebenen Ghetto erzwangen den Aufbau eigener Strukturen der Fürsorge. Not und religiöse Pflichten griffen ineinander: Die Notwendigkeit, die Bedürftigen, Alten und Kranken zu versorgen, erhielt durch die im Judentum verankerte Pflicht zur Wohltätigkeit, der Zedaka, einen besonders hohen Stellenwert.

Das gut funktionierende soziale Netz der jüdischen Gemeinde stieß jedoch in Krisenzeiten an seine Grenzen. Ohne kontinuierliches finanzielles Engagement aus privater Hand wäre die soziale und medizinische Fürsorge innerhalb des Ghettos nicht aufrecht zu erhalten gewesen. Private Stiftungen, Schenkungen und Vermächtnisse entlasteten seit dem 18. Jahrhundert die Gemeindegasse. Innerhalb Frankfurts existierte nunmehr eine Parallelstruktur im Sozialwesen. Neben die seit dem Mittelalter

bestehenden christlichen Armenstiftungen traten jetzt erste Stiftungen von jüdischen Bürgern, wie die der Familie Rothschild. Auf lange Sicht verdankte die Frankfurter Universität ihre Entstehung der Überwindung dieser Parallelstruktur, dem stark anziehenden Ausbau der städtischen Wohlfahrtspflege und dem jüdischen Bildungsanspruch. Ausdruck dessen war der regelrechte Gründungsboom im Bereich der Stiftungen, den der Fall der Ghettomauern und die schrittweise bürgerliche Emanzipation der Frankfurter Juden nach sich zogen.

Zunächst profitierten die schon bestehenden jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen vom Aufstieg eines Teils der jüdischen Bürger in die wirtschaftliche Oberschicht Frankfurts. Ob Kliniken, Schulen oder Institutionen der Armenfürsorge – schon bald waren viele von ihnen den entsprechenden christlichen Einrichtungen in Umfang und Ausstattung überlegen. Die dank der Zedaka hohe Spendenbereitschaft der Gemeindeglieder war dafür nur ein Grund. Die einstige Enge des Ghettos hatte hohe Anforderungen an Organisation und Effizienz der Einrichtungen gestellt. Die damaligen Anstrengungen schufen die Grundlage, um für künftige Herausforderungen gewappnet zu sein.

Letztere traten mit der rechtlichen Gleichstellung bald zu Tage. Die jüdische Mildtätigkeit hatte zwar in erster Linie bedürftige Glaubensbrüder und –schwestern im Blick; ihre Religion verpflichtet die Gläubigen jedoch, unabhängig vom eigenen religiösen Bekenntnis Hilfe zu leisten. An vielen Stellen in der Bibel und in der rabbinischen Literatur finden sich Abschnitte wie diese aus dem 3. Buch Mose: »Wenn Dein Bruder zu sinken beginnt und seine Hand schwach wird, so halte ihn aufrecht, auch wenn er ein Fremdling oder Beisaß ist, dass er mit Dir lebe« (3. Buch Mose 25/35) Anders als die öffentlichen Stiftungen, die nur Christen offen gestanden hatten, nahmen sich die jüdischen Fürsorgeeinrichtungen allen Bedürftigen an. Entsprechend groß war der Andrang, den es zu bewältigen galt.

Ein für die Wohlfahrtspflege der Stadt entscheidender Schritt, der dem Stiftungswesen eine neue Ausrichtung gab und unter

den Frankfurter Juden die Hoffnung auf baldige gesellschaftliche Gleichstellung nährte, vollzog sich in der Amtszeit des Frankfurter Oberbürgermeisters Johannes Miquel zwischen 1880 und 1890. Miquel setzte die Zentralisierung der Wohlfahrtseinrichtungen durch und beendete deren konfessionelle Trennung.

Von der jetzt erstmals möglich gewordenen Zusammenarbeit von christlichem Bürgermeister und Vertretern der Jüdischen Gemeinde ging ein Modernisierungsschub aus. Die traditionelle, mildtätige Armen- und Krankenfürsorge wandelte sich zu einer leistungsfähigen kommunalen Sozialpolitik.

Für viele der längst assimilierten jüdischen Bürger bedeutete diese Entwicklung eine weitere Befreiung von den Fesseln antisemitischer Restriktionen. Mehrheitlich liberal, von rational-praktischer Geisteshaltung, hatten zahlreiche Mitglieder dieser Familien schon über Generationen hinweg alles Religiöse hinter sich gelassen. Viele konvertierten zum Christentum, einige heirateten in christliche Familien hinein. Sie alle begrüßten die neuen, kommunalpolitischen Einflussmöglichkeiten und drangen darauf, Verantwortung zu übernehmen. Endlich war es möglich, sich in der eigenen Heimatstadt sozialreformerisch zu engagieren.

Es war eine vergleichsweise kleine Gruppe sehr vermögender Bürgerinnen und Bürger aus zumeist alteingesessenen jüdischen Frankfurter Familien, die mit großzügigen Zuwendungen das Stiftungswesen ausbauten. Darunter Persönlichkeiten wie der Bankier Georg Speyer und seine Frau Franziska, die rund 6 Millionen Mark zu Stiftungszwecken investierten, der deutsch-amerikanische Bankier Charles Hallgarten, der sämtliche interkonfessionellen Wohltätigkeitseinrichtungen unterstützte, die Chemieindustriellen Carl und Arthur von Weinberg, das Vorstandsmitglied der Polytechnischen Gesellschaft und Mitglied des Physikalischen Vereins Moritz Nathan Oppenheim und seine Frau Katharina, die bedeutende Frankfurter Mäzenin Freifrau Mathilde von Rothschild, der Industrielle und Frankfurter Ehrenbürger Leo Gans, der in Frankfurt und Bad Homburg ansässige Bankier Julius Wertheimer oder der

Soziologe Walter Sulzbach, um nur einige wenige Namen zu nennen.

Diese Philanthropen und Humanisten werden in weiten Teilen der wissenschaftlichen Literatur wie im allgemeinen Sprachgebrauch als »jüdische Stifter« bezeichnet, wahlweise als jüdische Mäzene oder Gönner. Die Mehrheit dieser Persönlichkeiten hätte diese Bezeichnung wahrscheinlich abgelehnt. Erst recht, wenn sie damals gehnt hätten, dass das Adjektiv »jüdisch« wenige Jahrzehnte später von den Nationalsozialisten missbraucht werden würde, um sie selbst und ihre Nachkommen auf Grundlage der Nürnberger Gesetze einer menschenverachtenden Klassifikation zu unterziehen. In vielen Fällen ist diese Einordnung aber auch schon lange vor 1933 schlicht falsch, weil die so Benannten teils getauft, teils nicht religiös oder auch aus jüdischer Sicht gar nicht jüdischer Abstammung waren.

Nicht die jüdischen Wurzeln waren die herausragende Gemeinsamkeit der Stifterpersönlichkeiten und Unterstützer der Frankfurter Universität, sondern ihr tiefempfundenes Heimatgefühl. Sie empfanden sich als Deutsche, noch stärker jedoch als stolze, loyale Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt am Main.

Sie alle wirkten auf unterschiedliche Weise, aber mit hohem finanziellem Aufwand an dem dichten Stiftungsnetz mit, von dem Teile vor nunmehr 100 Jahren zu einer Universität zusammengeführt wurden. Einer dieser Mäzene verdient mit Blick auf die Gründung der Universität besondere Erwähnung. Gemeint ist der in Frankfurt geborene, väterlicherseits in England verwurzelte Konzernlenker Wilhelm Merton, Gründer der weltweit vernetzten Metallgesellschaft. Strategische Brillanz, menschenfreundliche Gesinnung und große politische Sensibilität ließen ihn als Ausnahmepersönlichkeit erscheinen. Der 1899 zum Protestantismus übergetretene Merton hatte bereits 1890 das schon legendäre »Institut für Gemeinwohl«, die Keimzelle der späteren Universität, gegründet.

Merton war durch und durch Geschäftsmann, trieb sein Unternehmen von Erfolg zu Erfolg und baute Frankfurt zu einem Zentrum des weltweiten Metallhandels aus. Zugleich verfolgte er mit Sorge die

Nüchtern blickte er 1892 auf die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zurück: »(...) Die Bevölkerung hat sich stark vermehrt und die gegenwärtige Verkehrs- und Betriebsentwicklung, welche den wunderbaren Erfindungen unseres Jahrhunderts folgte, hat tief eingreifende Verschiebungen in den Beschäftigungen, Wohnsitzen und Lebensgewohnheiten hervorgebracht, die von vielem Elend begleitet waren.« Den vermögenden Klassen sei diese Einsicht »noch zu wenig (...) bewusst.«

gesellschaftlichen Folgen der mit Macht voranschreitenden Industrialisierung. Nüchtern blickte er 1892 auf die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zurück: »(...) Die Bevölkerung hat sich stark vermehrt und die gegenwärtige Verkehrs- und Betriebsentwicklung, welche den wunderbaren Erfindungen unseres Jahrhunderts folgte, hat tief eingreifende Verschiebungen in den Beschäftigungen, Wohnsitzen und Lebensgewohnheiten hervorgebracht, die von vielem Elend begleitet waren.« Den vermögenden Klassen sei diese Einsicht »noch zu wenig (...) bewusst.«

Anstatt jedoch noch größere Summen seines enormen Vermögens in noch mehr wohltätige Einrichtungen zu investieren, suchte Merton nach Antworten auf die sich immer drängender stellende soziale Frage. Den Vorwurf der »Humanitätsduselei« wies er entschieden von sich. Scharf kritisierte er all die wohlstuierten Fortschrittsgläubigen, die »sich besonders klug wähnen, wenn sie sagen, das Erdenleben beruhe nun einmal auf Ungleichheit.« Voller Unverständnis prangerte er deren Tatenlosigkeit an: »Wo wären wir denn heute, wenn nicht hiergegen angekämpft würde?«

Seine Überzeugungen gewann er aus unmittelbaren Kontakten zu Arbeitern, seinen Besuchen in Wohltätigkeitseinrichtungen und dem intensiven Austausch mit Fachleuten. Einige von ihnen wurden im Laufe der Jahre zu Vertrauten und Mitstreitern. Darunter Franz Adickes, seit 1890 Frankfurter Oberbürgermeister. Dieser Kreis philanthropisch gesonnener, politisch liberaler Persönlichkeiten bildete eine Kerngruppe, die sich daran machte, die soziale Versorgung Frankfurts grundlegend zu reformieren. Krönung dieses Engagements war die Gründung der Universität.

Es ist dieser sozialreformerische Aspekt, der die Entstehungsgeschichte der Frankfurter Hochschule so einzigartig in der deutschen Universitätsgeschichte macht. Hintergrund war die Analyse Wilhelm Mertons, dass die gerade in Frankfurt so zahlreich vorhandenen sozialen Einrichtungen nicht effektiv arbeiteten. Die Mehrheit der Stiftungen und Vereine wurde aus Mertons Sicht unprofessionell geführt. Das Personal kenne weder ausreichend die Gesetzeslage noch die existierenden Hilfsangebote und sei nicht in der Lage, auf die Bedürfnisse

der einfachen Leute zu reagieren. Es war der entlarvende Blick des erfolgreichen Unternehmers auf das von sozial engagierten Privatleuten, ehrenamtlichen Helfern und akademisch gebildeten Freiberuflern geschaffene Sozialwesen.

Die spätere Gründung der Universität erscheint vor diesem Hintergrund folgerichtig, ja zwingend, um die Effizienz des Stiftungs- und Institutswesens zusätzlich zu steigern. Pläne für einen solchen Schritt hatte es im Laufe des Jahrhunderts immer wieder gegeben. Alle Anläufe blieben jedoch folgenlos. Um die Jahrhundertwende war durch die Fülle an unterschiedlichen Einrichtungen eine Unübersichtlichkeit entstanden, die mögliche Synergien zu verhindern drohte. Adickes und Merton stimmten darin überein, dass eine nachhaltige Optimierung des Sozialwesens nur durch die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten für akademisch geschultes Fachpersonal zu erreichen sein würde. Dieser Ansatz bedeutete den Durchbruch.

Erstes sichtbares Ergebnis war die 1901 vollzogene Umwandlung und Erweiterung des »Instituts für Gemeinwohl« in die »Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften«. Gegenüber Zeitgenossen erläuterte Merton, was er sich von dem neuen Lehrinstitut versprach. Ihm gehe es, »um die Herausbildung sozial und wirtschaftlich geschulter Männer, die in ihrem Berufe in erster Linie praktisch, dann aber durch Wort und Schrift daran arbeiten, dass unsere Gewerbetreibenden sozial, unsere Sozialpolitiker ökonomisch denken lernen.«

Was folgte, war zunächst ein generalstabsmäßiger Umbau des sozialen Versorgungssystems unter Federführung von Adickes und Merton. Letzterer investierte Millionen seines Vermögens in die Verwirklichung seiner sozialreformerischen Vision. Dank ihrer Kompetenz, Seriosität und Überzeugungskraft gelang es den über weite Strecken kongenial zusammenarbeitenden Männern, eine unerwartet große Zahl weiterer Förderer aus dem Kreise des vermögenden Frankfurter Bürgertums zu gewinnen.

In dem Wissen um den in Frankfurt vorhandenen Reichtum erschien Adickes das Erreichte noch ausbaufähig. Mit Zähigkeit arbeitete er daran, die in der

Stadtverordnetenversammlung, im preußischen Abgeordnetenhaus und verschiedenen Zirkeln der Stadt vorhandenen Bedenken gegen eine Universitätsgründung auszuräumen. Seine Argumentation fußte auf der Tatsache, dass Frankfurt ja bereits über große Kliniken, Bibliotheken, naturwissenschaftliche Gesellschaften, den Physikalischen Verein und Medizinisch-technische Institute verfüge.

Adickes war sich sicher, dass sich Frankfurt » (...) zu einem wissenschaftlichen Zentralpunkt des Südwestens« ausbauen lässt. Mehr als das. Frankfurt sollte eine moderne, liberale Universität mit einem unverwechselbaren Profil erhalten - dank privater Stiftungsgelder unabhängig von staatlichen Zuschüssen und damit verbundener Einmischung; durch den Verzicht auf eine theologische Fakultät Studierenden und Dozenten aller Religionen offenstehend und ausdrücklich jüdischen Bewerbern die Chance auf einen Lehrstuhl ermöglichend: der Entwurf einer freien, dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichteten Universität für die Stadt Frankfurt.

Mag die Planung des Mammutprojekts zunächst wenig öffentliche Aufmerksamkeit erregt und sich in Amtsstuben, dem italienischen Landsitz der Mertons, dem Stadtparlament und in Konferenzräumen abgespielt haben, so hinterließ die eigentliche Umsetzung im Laufe der Jahre doch sichtbare Spuren im Gesicht der Stadt. Einige der zahlreichen Stiftungen, Vereine, Gesellschaften und wissenschaftlichen Institute, die umstrukturiert wurden oder völlig neu entstanden, benötigten entsprechende Räumlichkeiten. Es wurden neue Gebäude geplant und Anbauten vorgenommen. Kurzum: Mit der Universitätsgründung wurde die ohnehin vielgestaltige Mainmetropole um ein weiteres Identitätsmerkmal bereichert: Frankfurt war auf dem Weg zu einer modernen Universitätsstadt.

Als im ersten Kriegsjahr 1914 der Gründungsakt der Universität in bescheidenem, betont nüchternem Rahmen vollzogen wurde, war der Zeitpunkt für diesen Schritt im Grunde überreif. Zusätzlich angeregt durch den wirtschaftlichen Höhenflug der Gründerjahre gab es keinen gesellschaftlichen Bereich, den hochmögende Frankfurter Bürger nicht für bedeutsam genug

erachtet hätten, um als Stifter oder Förderer in Erscheinung zu treten. Ob Wissenschaft, Kunst, soziale Fürsorge, Bildung oder Wohnungsbau – Frankfurt belegte in puncto Stiftungen den Spitzenplatz in Deutschland. Angefangen von der berühmten Senckenbergischen Stiftung von 1763 belief sich deren Zahl zur Zeit der Gründung der Universität auf rund 400.

Der komplexe Entstehungsprozess der Universität ist auch in demokratiegeschichtlicher Hinsicht interessant. »Bürgersinn« und »bürgerliche Verantwortung« – beide Begriffe durchziehen die Geschichte des Frankfurter Stiftungswesens. Damals wie heute beeindruckten die Großzügigkeit der Stifter und das Engagement für Belange der Allgemeinheit. Zugleich spiegelt das ausgeprägte Frankfurter Stiftungswesen das große Selbstbewusstsein der Bürgerschaft gegenüber dem Staat wider. Für das wohlhabende Bildungsbürgertum diente eine Stiftungsgründung als Vehikel, um ohne lästige demokratische Umwege politischen Einfluss auszuüben. Anstatt sich auf den mühsamen Weg durch die Hierarchien der ungeliebten Parteien zu begeben, um ein politisches Mandat zu erringen, ermöglichte die Stiftung das Mitgestalten auf direktem Weg.

Das Stiften kam überdies dem Sendungsbewusstsein des Bildungsbürgertums entgegen. Ob wohltätige Einrichtung, Kulturstiftung oder Bildungsinstitut, immer verband sich die Investition in eine Stiftung mit dem Anliegen, bürgerliche Werte zu vermitteln und zur Stärkung der Zivilgesellschaft beizutragen.

Daran mussten gesellschaftlich weiterhin benachteiligte Gruppen wie die jüdischen Bürger ein hohes Interesse haben. Eine Karriere in der Politik, der Verwaltung oder einer Hochschule blieb für sie auch bei noch so großer Einsatzbereitschaft und nachgewiesener Eignung die absolute Ausnahme. Schonungslos beschrieb der Frankfurter Fabrikant Jacob Epstein, wie er die Situation empfand: »Deutschland ist groß und mächtig geworden – und erbärmlich. (...) Der russische Antisemitismus, der sich in Pogromen kundtut, ist nicht so verächtlich als der, der sich bei uns bei Regierung und Verwaltung, in der Gelehrtenwelt und in Direktorien der großen Unternehmen äußert. Es kriecht, es winselt, es stinkt überall.« Das Engagement im Bereich des Stiftungswesens half, die schrittweise Integration in die städtische Oberschicht und die verschiedenen Kommunikationsnetzwerke trotz dieser demütigenden Situation voranzubringen.

Mäzenatentum und soziales Engagement boten zudem die Möglichkeit, sich zwei zentralen Glaubensinhalten des Judentums zu widmen, ohne auf das Wohlwollen der Behörden angewiesen zu sein: der sozialen Fürsorge wie auch insbesondere der Bildung. Je nach

Vorliebe, Interesse oder beruflichem Hintergrund ließ sich an einem gesellschaftlichen Ideal mitwirken und konnten die dafür notwendigen sozialen und bildungspolitischen Strukturen mitaufgebaut werden. Strukturen, die langfristig den Bildungsgrad der Gesellschaft heben und zu einem Bewusstseinswandel in der Bevölkerung beitragen sollten – gerade auch im Hinblick auf Toleranz. Aus jüdischer Sicht erschien der Ausbau des Bildungswesens unabdingbare Voraussetzung für die Überwindung des Antisemitismus. Für religiöse wie nichtreligiöse Juden ein wichtiges Motiv ihrer Spendentätigkeit. Auch war es nicht verpönt, öffentlich als Mäzen wahrgenommen zu werden. Die Geste des Spendens und der erreichte Status waren Spiegelbild des inzwischen erreichten Grades der Emanzipation.

Die Außenwirkung der Stiftungstätigkeit war ebenso wichtig wie die Wirkung in Richtung jüdischer Gemeinde: Wer vermögend war, wollte – religiös oder nicht – zum Wohlergehen bedürftiger Glaubensbrüder und –schwestern beitragen und die Situation der jüdischen Gemeinschaft insgesamt weiter verbessern. Mochte der Grad der Assimilation auch noch so ausgeprägt sein, im Hinblick auf die Grundbedürfnisse der Gemeinde existierte eine grundsätzliche Solidarität. Ob Synagogenbauten, Kultgegenstände oder ein neues Waisenhaus, immer fanden sich Unterstützer, die Sach- oder Finanzmittel zur Realisierung beisteuerten.

Ganz sicher hatte die Stiftungstätigkeit positiven Einfluss auf die Integration der jüdischen Bürger Frankfurts in die nichtjüdische bürgerliche Gesellschaft. Und doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Gründungsprozess der schon bald als »Judenuniversität« verschrienen Hochschule auch von der Vergeblichkeit des Ringens um volle Anerkennung erzählt. Schlimmer noch bestand die Sorge, durch die großzügigen Dotationen wohlhabender jüdischer Bürger oder Stiftern mit jüdischen Wurzeln den grassierenden Antisemitismus zusätzlich anzufachen: »Es darf nicht verschwiegen werden«, so der anonyme Autor eines Artikels in der Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, »dass nicht gerade kleine Teile der Frankfurter Juden aus dem Grunde dem Universitätsprojekt von vornherein misstrauisch gegenüber standen, weil sie von seiner Durchführung ein Anwachsen der antisemitischen Strömungen in Frankfurt befürchteten«

Alle Frankfurter mit jüdischen Wurzeln, ob nun getauft oder orthodox, extrem assimiliert oder der Tradition verhaftet, hofften, die seit der Gründerkrise wieder heftig aufblühenden antisemitischen Hasstiraden würden rasch verglühen. Eine Hoffnung, die sich nicht erfüllte. Spätestens seit den 90er

Jahren waren im privaten und beruflichen Alltag judenfeindliche Bemerkungen oder Vorurteile wieder an der Tagesordnung.

Ein sensibler Gradmesser für die antisemitische Grundstimmung in der Gesellschaft waren spielende Kinder. Der Begriff »Jude« oder hessisch »Judd«, war ein beliebtes, gängiges Schimpfwort und Hänseleien aufgrund eines auffälligen jüdischen Nachnamens ebenso an der Tagesordnung wie die Verspottung mit antisemitischen Gassenhauern. Kinder aus Kreisen des gehobenen assimilierten jüdischen Bürgertums erfuhren häufig erst in solchen Momenten von ihrer jüdischen Abstammung, weil die eigenen Eltern sie ihnen verschwiegen hatte.

Der Frankfurter Arzt Richard Koch erinnerte sich noch gut an die Enttäuschung, die sein Großvater angesichts dieser Atmosphäre empfunden hatte: » Er hatte aus nächster Nähe den Kampf um die Emanzipation miterlebt, der vielleicht nirgends in Deutschland mit solcher Zähigkeit von beiden Seiten gekämpft wurde wie gerade in Frankfurt. (...) Endlich einigte man sich darauf, die Juden wenigstens als jüdische Bürger anzuerkennen. (...) Aber die Widerstände waren nicht gebrochen. Die Feindschaft glimmte wie ein unterirdisches Feuer weiter, und wer sich nicht blind machte, musste sehen, wie bald da, wie bald dort eine giftige Flamme aufzüngelte.«

Die giftige Flamme weitete sich aus zum Flächenbrand, zum Massenmord an Millionen unschuldigen Menschen. In der Vorhalle des Alten Jüdischen Friedhofs an der Rat-Beil-Straße erinnern noch etwa 100 Stiftertafeln an die Frankfurter Mäzene und Wohltäter von einst. Ihre Stiftungen wurden in den Jahren nach 1933 aufgelöst oder mit christlichen zusammengelegt, jüdische Straßennamen beseitigt. Bei weitem nicht alle Stifter hatten das Glück, ihre geliebte Heimatstadt rechtzeitig vor der Deportation verlassen zu können oder früh genug eines natürlichen Todes zu sterben. Das Stifterehepaar Moritz Nathan Oppenheim und seine Frau Katharina verweigerten sich der Demütigung durch die Nationalsozialisten. »Sie wollten«, so schrieb ihr einziger Sohn Paul später, »voller Würde dem Versuch entgehen, sie als Menschen minderen Grades zu brandmarken.« Am 9. Juni 1933 schieden seine Eltern freiwillig gemeinsam aus dem Leben.

VON SALOMON KORN

Das Stifterehepaar Moritz Nathan Oppenheim und seine Frau Katharina verweigerten sich der Demütigung durch die Nationalsozialisten.

»*Sie wollten*«, so schrieb ihr einziger Sohn Paul später, »*voller Würde dem Versuch entgehen, sie als Menschen minderen Grades zu brandmarken.*«

Am 9. Juni 1933 schieden seine Eltern freiwillig gemeinsam aus dem Leben.

23



Vortrag anlässlich der Eröffnung eines Symposiums zum Thema »Mäzene, Gelehrte, Bürger: Jüdisches Engagement und jüdische Gelehrsamkeit in der Frankfurter Universitätsgeschichte« am 25.5.2014 im Festsaal der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main von Salomon Korn, bereitgestellt durch die Forschungsstelle für NS-Pädagogik der Uni Frankfurt.

Ich sehe was, was du nicht siehst

IG Farben Campus,
Norbert-Wollheim-Platz
und die unsichtbaren
Spuren



Am 27. März 2004 forderten Überlebende des KZs Auschwitz III Monowitz die Goethe-Universität und Oberbürgermeisterin Petra Roth auf, den vor dem IG-Farben Haus auf dem IG Farben Campus im Westend befindlichen Grüneburgplatz in Norbert-Wollheim-Platz umzubenennen. Auf den Tag genau zehn Jahre danach, geschichtsvergessen wie eh und je, veröffentlichte das Präsidium der Goethe-Uni eine Pressemitteilung, die auf den jüngsten Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Umbenennung zu reagieren versuchte. Norbert Wollheims Name, Mittelpunkt der Auseinandersetzung, wurde ohne den Zusatz »Platz« nicht einmal genannt. Stattdessen versuchten sie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, die nicht zuletzt auch die nationalsozialistische Universität ins Exil trieb, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Es bedurfte weiterer Briefe von Überlebenden, einiger hundert Unterschriften und dem Engagement Studierender in und außerhalb des Senats der Goethe-Universität bis die Uni schließlich im September 2014 einlenkte und der Umbenennung zustimmte, um sie dann als ihren Vorschlag medial zu vermarkten. Geschickt band sie die Umbenennung in das Jubiläumsjahr ein und verkündete ein »Gesamtpaket« im Rahmen dessen bestimmte Orte und Straßen auf dem IG Farben Campus umbenannt werden sollen; hier bruchlos eingereiht findet sich dann auch der Norbert-Wollheim-Platz.

Zehn Jahre zu spät, wie wir finden. 2004 forderten die Überlebenden in ihrer Resolution die Universität und die Stadt auf »schnellstmöglich alle nötigen Schritte einzuleiten, um die Umbenennung umzusetzen, damit dieses Zeichen der Erinnerung auch für die Generation der Überlebenden noch sichtbar wird«. Das hat man nicht getan. Die Mühlen der Bürokratie mögen langsam mahlen, im Frankfurter Beispiel sollte man aber von bewusster Sabotage sprechen; nur das jüngste Beispiel dieses Umgangs mit der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Auf dem IG Farben Campus finden sich heute einige Spuren, die gegen die Universität durchgesetzt werden mussten: zwei Gedenkplatten vorm IG Farben Haus, eine Dauerausstellung und das Norbert-Wollheim-Memorial. An allen diesen Gegenständen könnte man zeigen wie die Uni versucht das Gedenken zu konterkarieren. Hier aber nur ein Beispiel: Während das Memorial sich ganz explizit auf dem gesamten Bereich vor dem IG Farben Haus erstreckt und dieser damit Gedenkort ist, identifiziert die Uni das Memorial nur im von ihr großzügiger Weise zur Verfügung gestellten Pförtnerhäuschen, liebevoll Pavillon genannt. Aktiv unterstreicht sie das immer wieder, indem sie diesen ausgewiesenen Gedenkort zuknallt mit Kunst aller Art, und dem Memorial damit noch die letzte Aufmerksamkeit raubt.

Die Nutzung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno sowohl im Rahmen der GU100 Feierlichkeiten, als auch in der Umbenennungsdebatte zeigt die

Widerwärtigkeit der ganzen Diskussion auf. Das weder Adorno noch Horkheimer sich über eine Vermarktung ihrer als Aushängeschilder (auf Linienbussen) für die Universität freuen würden - geschenkt. Es geht jedoch bei der Vermarktung insbesondere im Rahmen des von Präsident Werner Müller Esterl vorgeschlagenen Gesamtpaket zur Umbenennung um mehr. Gegen den Shoah-Überlebenden Norbert Wollheim, der die IG-Farben verklagte, werden die beiden (jüdischen) Remigranten in einer vollkommenen Verdrehung ihrer eigenen Positionen in Stellung gebracht. Als »Alibi-Juden« dienen sie der Selbstinszenierung der Universität als eine Institution, die sich nicht nur erfolgreich ihrer eigenen Geschichte stellt, sondern durch die Remigration eben jener und anderer geflohener Wissenschaftler_innen Absolution erfahren hat.

Nichts bleibt übrig von den Umständen unter denen die Mitarbeiter des IfS fliehen mussten, dem Tode Walter Benjamins, der permanenten kritischen Auseinandersetzung mit der post-nazistischen deutschen Gesellschaft, oder den Umständen der Rückkehr an die Universität Frankfurt - die erst durch Eigeninitiative zustande kam. Die NS-Geschichte der Universität, erwähnt sei exemplarisch das »Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene«, aber auch die Geschichte des neuen Standortes, dem IG-Farben Haus, verschwindet oder endet als Randnotiz.

Der Bruch in der apologetischen Darstellung der (Erfolgs-)Geschichte der Universität, der durch die Erinnerung an Norbert-Wollheim und somit der Opfer der Shoah erreicht wäre, musste unmittelbar überdeckt werden. Es ist offensichtlich, dass weder das Gedenken an die Ermordeten noch die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes, den die Universität nun einnimmt, erwünscht ist. Wird der Versuch unternommen beides nicht mehr nur am Rande, sondern offen und öffentlich zu thematisieren setzt ein Reflex ein, der es den beteiligten Entscheidungsträger_innen ermöglicht noch die absurdesten Argumente vorzubringen und unglaubliche Zeit und Energie in die Sabotage eben dieses Anliegens zu stecken. Es sei nur darauf hingewiesen, dass der »großartige« Vorschlag zu einem Gesamtpaket für die Umbenennungen bereits eine Woche nach dem ursprünglichen Entschluss des Ortsbeirates zur Umbenennung vorlag.

Wir sollten uns trotzdem freuen, dass die Umbenennung kommen wird. Das ist eine politische Errungenschaft, die durch das Engagement von Studierenden und Überlebenden und Studierenden erreicht wurde. Zu einem Zeitpunkt als die Umbenennung vom Tisch zu sein schien.

Aber es ist noch lange nicht alles gut. Der Ort IG Farben Campus stellt uns weiterhin vor Probleme. Auf dem Rest des Campus gibt es nichts, was die Geschichte dieses Ortes thematisiert, von der Geschichte der Universität im Nationalsozialismus gar nicht erst zu sprechen. Und nach wie vor

fehlt eine Auseinandersetzung damit, was es heißen kann nach Auschwitz zu studieren; an diesem Ort im Besonderen, und im Allgemeinen.

Die Universität braucht kann sich also nicht auf der Umbenennung ausruhen. Die Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der Vergangenheit ist noch lange nicht vorbei: nicht am IG Farben Campus und nicht in Deutschland.

LISA GEHRLEIN, NIKOLAS LELLE, DAVID WEDMANN, ARMIN BERNSEE, ARMIN MAHDAVI NARAGHI, MARTIN GEHRLEIN UND LENA DIERKER FÜR DIE INITIATIVE ZUR UMBENENNUNG DES GRÜNEBURGPLATZES IN NORBERT-WOLLHEIM-PLATZ

Weitere Informationen zu den Hintergründen der erinnerungspolitischen Kämpfe um Aufarbeitung liefert die Diskus-Ausgabe »Studieren nach Auschwitz«, die die Zeitschrift in Kooperation mit der »Initiative Studierender am IG Farben Campus« 2014 veröffentlichte. Die Initiative hat einen umfangreichen Blog, über den sie über aktuelle Veranstaltungen und Ereignisse berichtet:

<http://initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.com>

facebook.com/wollheimplatz

»Urheimische Musik aus den Blutstiefen des Volkes«

– Der NS-Musikwissenschaftler Joseph Maria Müller-Blattau

Während die Universität sich und ihr hundertjähriges Bestehen feiert, muss auf die nicht des Feierns würdigen Seiten ihrer Geschichte hingewiesen werden. Im Bereich der deutschen (Un-)Geisteswissenschaft, genauer in der Musikwissenschaft, lässt sich der wenig rühmliche Fall des Musikwissenschaftlers Joseph Maria Müller-Blattau (1895–1976) finden. Er lehrte in den dreißiger Jahren in Frankfurt, war einer der »produktivsten« Musikwissenschaftler jener Jahre¹ und reüssierte mit seinen rassistischen und antisemitischen Musikschriften.

Müller-Blattau wurde 1935 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt zum ordentlichen Professor für Musikwissenschaft berufen. Es war seine erste ordentliche Professur und er hatte sie bis 1937, als er an die Universität Freiburg berufen wurde, inne. Als Vertreter einer völkischen Musikwissenschaft beschäftigte er sich mit der »deutschen Musik« und dabei besonders mit dem sogenannten Volkslied.

Seine Gedanken zum deutschen Volkslied, die er im Vorwort zu seiner Monographie *Germanisches Erbe in deutscher Tonkunst* – 1938 in der Reihe *Deutsches Ahnenerbe* der SS erschienen – mitteilt, bilden den Kern seines musikwissenschaftlichen Denkens, auch weit über den Bereich des Volkslieds hinaus. Das Volkslied bewahre – so schreibt er – einen ewigen und allgemeinen »urheimischen Grundstoff«, der »alle musikalische[n] Lebensäußerungen unseres Volkes begeisternd und beseelend durchdringt und als innerste Kraft in den Werken unserer großen Meister zutage tritt.« Dieser »Grundstoff« gehe »aus der mythischen Vorzeit unserer Rasse [hervor] und kann zu Recht als *germanisch* bezeichnet werden«. Er sei »Abbild und Ausdruck eines in der Volksgemeinschaft beschlossenen eigentümlichen geschichtlichen Seins und Lebens« und dürfe »darum zugleich als das eigentümlich *Deutsche* in unserer Musik gelten.« Da im Volkslied der »Grundstoff« »aufs treueste« bewahrt und überliefert sei, könne im Wesen des Volkslieds »das ewige, un- und übergeschichtliche Wesen unserer Rasse und unseres Volkes in seiner lebendigen Äußerung« erfasst werden. Die gesamte Geschichte der deutschen Musik nähre sich

von diesem »urheimischen Grundstoff« und gewinne von ihm ihren Sinn. Dieser »Grundstoff« werde zwar, zumal in der Kunstmusik, geformt und umgeformt, aber bleibend sei nur, »was den Zusammenhang mit dem Wurzelechten bewahrte«.² Als Teil der deutschen Musik, was auch immer das genau sein soll, und als bleibendes Werk könne nach Müller-Blattau also nur gelten, was in Verbindung zu diesem ominösen Grundstoff – überliefert durch das Volkslied – und so zu der »deutschen Rasse« respektive zum »deutschen Volk« stehe.

Den Grundstoff, verstanden als musikalisches Material, versucht Müller-Blattau aus überlieferten Liedern zu extrahieren. So schreibt er in seinem Aufsatz *Das Horst Wessel-Lied* von 1934:

»Nur *das* Lied kann Volkslied werden, in dem sich Wort und Weise zu untrennbarer Einheit verbinden. Das bedeutet im Kern, daß die echte Volksliedweise der Melodie unserer eigenen, der deutschen Sprache entspringt. Sie ist Nachtönen, Klangwerdung ihres volkhafte[n] Lebens. So war seit Urzeiten die Volksliedweise begründet in einer Grundgegebenheit unserer Sprache, dem Heben der Stimme im Ansingen und dem Senken der Stimme im Ausklang. Unsere ältesten deutschen Lieder aus dem Mittelalter, in denen noch die urgewaltige Kraft germanischer Vorzeit nachklingt, leben einzig aus dem Auf und Ab, aus dem Steigen und Sinken des Tonfalles. Sie sind in Doppelzeilen gegliedert, die musikalisch der alten germanischen Langzeile entsprechen.«³

Mit dieser Auffassung des Grundstoffs als spezifisch germanisches Auf und Ab der Melodie und der Gliederung in Doppelbeziehungsweise Langzeilen versucht Müller-Blattau dann eine lineare Geschichte von finnischen Runen über Kirchenlieder des Mittelalters bis hin zum Horst Wessel-Lied, in dem er das Wiederaufleben der germanischen Musik sieht und das »zum unverlierbaren Besitz des Volkes, zum Volkslied geworden« sei,⁴ zu konstruieren.

Auch in seiner *Geschichte der deutschen Musik*⁵ aus dem Jahr 1938 konstruiert und bewertet Müller-Blattau die Geschichte der deutschen Musik anhand der Leitideen

des »germanischen Grundstoffs« und der »Rasse«. Diese Monographie »soll die Sendung der *Musik* in der Geschichte des *deutschen Volkes* aufzeigen und den Weg bahnen zur Erkenntnis des *Deutschen in der Musik*« und dabei der »klärenden Forschung und deutenden Darstellung die völkische Wertung«⁶ hinzufügen. Und diese völkische Wertung bleibt auf den folgenden dreihundert Seiten keine leere Drohung. Müller-Blattau sieht die »deutsche Musik«, die für ihn die Einheit von Kunst- und Volksmusik auf der Basis des Volkslieds ist,⁷ immer durch Einflüsse von Außen gefährdet; Stets drohe »Überfremdung«, »die alles Eigen-deutsche unterdrückt«.⁸ Dieses Prinzip zieht sich durch vom frühen Mittelalter, als die römische Kirchenmusik die deutsche Musik bedrohet hätte, über Renaissance, Barock und Klassik, als italienische, »welsche« Einflüsse die Gefahren gewesen seien, bis ins 19. Jahrhundert, als »jüdische Kritiker und Unternehmer« das deutsche Publikum von der Musik entfremden würden:

»Zersetzend aber wirkten besonders die Fremdrassigen [gemeint sind die »fremdrassigen« Kritiker, im Gegensatz zu den deutschen, *Anmerkung A. A.*], denen das Gefühl für eine große schöpferische Leistung abging und die einzig unter persönlichen Gesichtspunkten urteilten. [...] Das Sinfoniekonzert als reine kapitalistische Wirtschaftsform wird zumal in Großstädten wie Berlin und Hamburg seit 1881 von einem Unternehmer getragen. Willen zur deutschen Kultur darf man von ihm (anders als bei den Fürsten oder bei den bürgerlichen Kennern) nicht erwarten. Sein Einfluß wirkt in die Programme, in die Besetzung, in die Kritik. Aber die Zeit war, trotz Wagners schneidigem Angriff, noch nicht reif, um die verheerende Wirkung des ‚Judentums in der Musik‘ recht zu erkennen.«⁹

Hier kann Müller-Blattau – nach schon fast tausend Jahren deutscher Musikgeschichte – nun endlich auch mal seinem Antisemitismus frönen; alle Motive sind dabei: Der zersetzende Kritiker, gefühllos, zur schöpferischen Leistung nicht fähig, nur auf die persönlichen Interessen bedacht, der kapitalistische Unternehmer,

der überall Einfluss nehme, keinen Zugang zur Kunst habe und bloß seinen Profit sehe; ganz anders als die guten deutschen Fürsten und Bürger, die – feudale Macht hin, kapitalistische Ausbeutung her – wenigstens Deutsche seien und 'was von Kunst verstünden. Auch die geheimnisvolle Andeutungstechnik gehört zum beliebten Repertoire des Antisemitismus, mit welcher Müller-Blattau über anderthalb Absätze über fremdrassige Zersetzer schwadroniert bevor am Ende erst das Wort »Judentum« (und das auch nur im Titel einer Wagnerschen Hetzschrift fällt, – woraufhin die geneigte antisemitische Leser*innenschaft, vorher schon vor Vorahnung feixend, sich stolz auf die Schulter klopfen darf, weil sie ja schon immer wusste, um wen's hier eigentlich geht. Schließlich darf zu schlechter Letzt der Hinweis Müller-Blattaus nicht fehlen, dass damals die Zeit, »die verheerende Wirkung des Judentums« zu erkennen, *noch* nicht reif war. Dies aber, so darf vermutet werden, jetzt – in der »neuen Zeit« (Goebels) – »endlich« soweit sei.

So verwundert es auch nicht sonders, dass es bei Müller-Blattau »nicht die Aufgabe einer deutschen Musikgeschichte«¹⁰ sei, sich mit Mendelssohn und Mahler, geschweige denn Schönberg, zu befassen. So sagt Müller-Blattau über Felix Mendelssohn, dass sein *Elias* »glatt[,] alttestamentarisch[)]« (was

sich freilich nicht bloß auf das Sujet des Oratoriums, sondern besonders auf Mendelssohns jüdische Herkunft bezieht) und rückwärtsweisend sei.¹¹ Weiterhin schreibt er: »Künstler [...] haben es im Leben und Schaffen am schwersten – wenn sie ehrlich und wahrhaft sind. Kein besseres Gegenbeispiel gibt es, als den im Leben so glücklichen und so gefeierten Mendelssohn«¹², der folglich unehrlich und unwahrhaft sein muss. Über den »artfremden« Gustav Mahler schreibt er: »Sehr zu Unrecht hat ihn eine artfremde Presse verhimmelt, ja sogar versucht, ihn zu einem zweiten Beethoven zu stempeln. Eine kurze Zeit der Besinnung genügte – nun ist sein Schaffen in die Vergessenheit versunken.«¹³

Doch für Müller-Blattau gibt es auch immer »deutsche Helden«, die den »welschen« und »jüdischen« Einflüssen durch Rückgriff auf den »urdeutschen Grundstoff« des Volkslieds widerstünden, so wie Wagner oder die »großen Meister: Bach, Beethoven, Bruckner.«¹⁴ Und am Ende seiner deutschen Musikgeschichte sieht Müller-Blattau dann auch die »Erfüllung« im Nationalsozialismus. »Die nationalsozialistische Revolution führte eine neue Volksliedzeit herauf. Das Dritte Reich ist nicht nur erkämpft, sondern auch ersungen worden.«¹⁵ Durch die neuen Volkslieder, wie dem von Müller-Blattau geschätzten »Horst Wessel-Lied«, sei »das

Wurzelreich unserer deutschen Musik mit neuem kräftigem Leben erfüllt« worden.¹⁶ Auf diesem »Wurzelreich« fuße die gesamte deutsche Musik, sodass er sich nun auch wieder große, deutsche Kunstmusik erhoffen könne. Und ähnlich wie er seinen Text »Das Horst Wessel-Lied« begann, beendet er dann auch die *Geschichte der deutschen Musik*: Die »deutsche Tonkunst« gehöre »zu den eigentümlichsten Lebensäußerungen des deutschen Wesens«; der »deutsche Geist« werde »auch in Zukunft in immer neuen Werken sich verkörpern. Immer aufs neue wird sich in der Musik Wesen und Schicksal unseres Volkes spiegeln und gestalten.«¹⁷ Seine »wissenschaftlichen Erkenntnisse« über Volk, Rasse und Lied setzte Müller-Blattau auch in seiner künstlerischen Praxis um. So sang er für den Rundfunk, mit dem er sich seit seiner Frankfurter Zeit beschäftigte, mehrere Lieder ein. Auch in diesen bekannte er sich zum Nationalsozialismus, so sang er das Lied »Erde schafft das Neue« von Heinrich Spitta mit den Versen: »Himmliche Gnade / Uns den Führer gab, / Wir geloben Hitler / Treue bis ins Grab.« Nach 1945 versuchte Müller-Blattau sich dann als Opfer des Nationalsozialismus zu stilisieren¹⁸ und konnte in Saarbrücken ab 1952 bis zu seiner Emeritierung 1963 wieder eine Professur bekleiden.

ADRIAN ALBAN

1. Thomas Phleps: »Es geht eine helle Flöte...«. Einiges zur Aufarbeitung der Vergangenheit in der Musikpädagogik heute« in: *Musik & Bildung*, Jhg. 27, Nr. 6 (1995), S. 66.

2. Alle Zitate dieses Absatzes aus: Josef Müller-Blattau: *Germanisches Erbe in deutscher Tonkunst*, (= *Deutsches Ahnenerbe*, Abt. 2, Nr. 12) Berlin 1938, S. 5 f. (Hervorhebungen im Original)

3. Joseph Müller-Blattau: »Das Horst Wessel-Lied. Wege des Volksliedes I«, in: *Die Musik*, Jhg. 26, Nr. 5 (Februar 1934), S. 322. (Hervorhebung im Original)

4. Ebd. S. 328.

5. Während in der sowjetisch besiegten Zone dieses Buch auf der *Liste der auszusondernden Literatur* stand, wurden in dem Exemplar der Bibliothek des Instituts für Musikwissenschaft der Universität Frankfurt (Signatur M 504) die allzu offen rassistischen und antisemitischen Passagen kurzer Hand überklebt und die letzten

vier Seiten vollständig herausgelöst. Der völkische Tenor blieb dabei freilich erhalten. So z. B.: »Es ist kein Zweifel, daß bei einem Volk, das so ganz aus den ursprünglichen Kräften seines Blutes [überklebt] lebte, Gesang ganz unmittelbar auch mit äußerer rhythmischer Bewegung verbunden war.« (Josef Müller-Blattau: *Geschichte der deutschen Musik*, Berlin 1938 [überklebtes Exemplar 1944], S. 12.) In gewisser Weise kann das auch als Beispiel der deutschen »Vergangenheitsbewältigung« gelten, nach der es schon in Ordnung geht, weiterhin rassistische, völkische und antisemitische Ansichten zu vertreten, man aber doch lieber so Begriffe wie »Rasse«, »Blut«, »Boden« etc. vermeiden sollte.

6. Ebd. S. 7. (Hervorhebungen im Original)

7. Vgl. ebd. S. 88 et passim.

8. Ebd. S. 132 et passim.

9. Ebd. S. 299 f.

10. Ebd. S. 254. Das Zitat bezieht sich an dieser Stelle zwar nur auf Mendelssohn, kann aber im Sinne Müller-Blattaus getrost auch auf Mahler und Schönberg übertragen werden (letzterer wird in der *Geschichte der deutschen Musik* nicht einmal erwähnt).

11. Ebd. S. 253.

12. Ebd. S. 253 f.

13. Ebd. S. 302.

14. Ebd. S. 306.

15. Ebd. S. 307.

16. Ebd.

17. Ebd. S. 310.

18. Vgl.: Michael Custodis: »Theodor W. Adorno und Joseph Müller-Blattau: Strategische Partnerschaft«, in: *Archiv für Musikwissenschaft*, Jhg. 66, Nr. 3 (2009), S. 187.

Gedenken an die Reichspogromnacht

Paulskirche, 9.11.2014

– Es gilt das gesprochene Wort! –

28

Ansprache von Prof. Dr. Leo Latasch

»Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst« sagt (von) Petra Fuchs, et al.

Am 9. November 1938 um 23:55 Uhr wurde von Heinrich Müller, damals stellvertretender Chef des Amtes Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei, ein geheimes Fernschreiben gesendet:

»An alle Staatspolizeistellen und Staatspolizeileitstellen: Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören.

Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20–30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen im Laufe dieser Nacht. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Staatspolizei auf jeden Fall sicher zustellen«.

Aus der Biographie von Prof. Simon Isaac: »Mein Leben«, ein berühmter Mediziner, seit 1925 Chefarzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses der Israelitischen Gemeinde in Frankfurt.

»Am Morgen des 10. November 1938 sagte mir unsere Haushilfe, dass die Westend-Synagoge brennen würde. Kurz danach erhielt ich einen Anruf von unserem Verwaltungsleiter, der mich bat, sofort in die Klinik zu kommen. Auf dem Weg dorthin kam ich an 3 brennenden Synagogen vorbei, die Feuerwehr stand daneben und unternahm gar nichts. Jüdische Geschäfte waren zerstört, die Schaufenster zerschlagen, die Einrichtung zertrümmert. Überall sah man Gruppen von Menschen, die von Haus zu Haus zogen, um weiter bei jüdischen Nachbarn und Bürgern zu demolieren und zu rauben.

In der Klinik erfuhr ich, dass zahlreiche jüdische Menschen in den Morgenstunden

verhaftet wurden und in die Festhalle verbracht worden waren. Jüdische Bürger wurden auf den Strassen misshandelt, wo immer man ihrer habhaft wurde.

Gegen Mittag näherte sich der Mob dem Krankenhaus. Wir konnten verhindern, dass sie die Stationen verwüsteten, sie begnügten sich mit der Plünderung des Safes in der Verwaltung und entwendeten 15.000 RM.

In den nächsten Stunden suchten immer mehr Juden Zuflucht in der Klinik. Um 14:00 Uhr teilte mir eine Schwester mit, dass sich gerade einer der Oberärzte mit Gift umgebracht hätte.

Die Gestapo hatte nach ihm gesucht, er entzog sich der Verhaftung durch Selbsttötung. Meine Frau informierte mich, dass die Gestapo auch nach mir suchte, ich meldete mich einfach nicht. Abends kam von Goebbels die Order, die Aktionen einzustellen. Am nächsten Tag wurde ich von der Gestapo verhaftet aber (erstaunlicherweise) nach Durchsuchung unserer Wohnung ohne Misshandlungen freigelassen.

Am 11. November 1938 gelang es mir, einen Großteil meiner Ärzte zu befreien, es dauerte aber noch einige Tage, da einige von Ihnen bereits ins Konzentrationslager deportiert waren. Nach Rückkehr aus dem KZ, beging ein weiterer Arzt Suizid.

Ab 10. November kontrollierte die Gestapo alle Ein- und Ausgänge des Krankenhauses, SS-Ärzte überprüften die Diagnosen und die jüdischen Patienten, die man als nicht sofort behandlungsbedürftig empfand, wurden sofort verhaftet und deportiert«. (Simon Isaak, gelang 1939 die Flucht mit seiner Familie nach England, wo er 1941 starb. Auch er wurde durch den britischen Generalkonsul Smallbones gerettet, wie viele andere Juden auch).

Der 09. November 1938 war der Beginn vom Ende der jüdischen Ärzteschaft in Deutschland. Es begann nach der existentiellen auch die physische Vernichtung.

Im Deutschen Reich gab es 1933 ca. 8000 jüdische Ärzte von insgesamt 52.000 Ärzten, jeder zweite Kinderarzt war jüdischen Glaubens. Mithin waren 15% aller Ärzte jüdisch, wobei der Bevölkerungsanteil der Juden um weniger als 1% lag. Für die Nationalsozialisten waren Mediziner wichtige Stützpfiler im biologisch-ideologisch gearteten Aufbau eines gesunden Volkskörpers, »Volkschädlinge« waren zu entfernen. Jüdische Ärzte bildeten insofern daher ein besonderes Ziel als es den Nationalsozialisten auch um eine berufsspezifische Verdrängung bzw. Vernichtung ging.

Die deutsche Ärzteschaft war deutlich mehr als die Durchschnittsbevölkerung nationalsozialistisch organisiert. 45% aller Ärzte traten nach 1933 in die NSDAP ein. Bereits 1933 folgt eine Verordnung nach der anderen, alle mit dem Ziel der Auflösung, ja der Vernichtung jüdischer Ärzte: **März 1933** beginnt der Deutsche Ärztevereinsbund sowie der Hartmannbund, jüdische Mitglieder aus Vorständen und Ausschüssen zu entfernen.

Die NSDAP inszeniert am **1. April 1933** den sog. Judenboykott, wobei jüdische Arztpraxen als bevorzugtes Ziel dienen. Schmierereien, Plakate mit der Aufschrift »meidet jüdische Ärzte« aber auch teilweise massive Sachbeschädigungen sind an der Tagesordnung.

SA-Trupps holen in Berlin jüdische Ärzte selbst aus Operationssälen heraus und verschleppen sie in eine ehemalige Kaserne. Dort werden einige so misshandelt, dass sie an den Folgen noch vor Ort versterben, man schlug sie tot.

Eine Woche nach dem Boykott (**April 1933**) wird das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verkündet. Beamtete jüdische Ärzte und Hochschullehrer werden aus universitären, kommunalen, sowie staatlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens entlassen.

Mit der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom **22. April 1933** wird den jüdischen

Ärzten im gesamten »Deutschen Reich« die Kassenarztztätigkeit verboten.

Im **Mai 1934** wird dann allen Ärzten mit jüdischen Ehepartnern die Kassenzulassung entzogen.

Ab **Februar 1935** ist die Approbation, also die Zulassung als Arzt, an den Ariernachweis gekoppelt.

Ab **Oktober 1936** erhalten im öffentlichen Dienst Beschäftigte keine Beihilfen und Unterstützungen

mehr für Kosten, die durch Inanspruchnahme jüdischer Ärzte entstehen.

Diese Aktionen führten zu mehreren Auswanderungswellen von jüdischen Ärzten. Nach Schätzungen ist die Anzahl der noch aktiven jüdischen Ärzte im gesamten Reichsgebiet 1937 auf rund die Hälfte, also ca. 4000, zurückgegangen, 1938 liegt die Zahl bei ca. 3000.

Dass es sich bei der Auswanderung der jüdischen Ärzte nicht um eine freiwillige Emigration, sondern um eine **erzwungene Flucht** handelt, lässt sich auch daran ablesen, dass die nationalsozialistischen Finanzgesetze zu einer systematisch betriebenen Verarmung der »sog. Auswanderer« führen.

Bevor sie Deutschland verlassen, haben sie mindestens folgende Abgaben zu leisten:

- 1) Reichsfluchtsteuer (ca. 25 % des gesamten Vermögens)
- 2) Dego-Abgabe (Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank)
- 3) Judenvermögensabgabe.

Sofern dies als nicht ausreichend erscheint, kann laut dem Reichsbürgergesetz das gesamte Vermögen jederzeit beschlagnahmt und zwangsversteigert werden.

Zum **30. September 1938** entziehen die Nationalsozialisten ausnahmslos allen jüdischen Ärzten die Approbation. Von diesem Moment an sind sie nur noch als sog. Krankenbehandlungler ausschließlich für jüdische Patienten zugelassen. **Ende 1938** verbleiben noch ca. 400 von ca. 8000 jüdischen Ärzten, die mit einer Sondergenehmigung als Krankenbehandlungler jüdische Patienten ärztlich versorgen dürfen.

Die Quälereien endeten jedoch nicht nach der Reichs-Pogromnacht, bereits in den folgenden Tagen wurde Jagd auf Ärzte gemacht. So wurden z.B. in Leipzig alle jüdischen Ärzte des israelitischen Krankenhauses verhaftet und in verschiedene KZs deportiert. Einige begingen dort Suizid, andere überlebten und wurden nach einigen Wochen wieder entlassen, weil sie »bereit« waren, auszuwandern. Dies ist natürlich ein Euphemismus: Auswanderung ist das Ergebnis einer Entscheidung, eine Willensentscheidung, hier ging es ums nackte Überleben.

Den NS-Schergen war die Rolle von jüdischen Ärzten in der jüdischen Gemeinschaft bewusst und verhafteten z.B. in Berlin

massenhaft Ärzte, um so den jüdischen Kranken die medizinische Hilfe zu entziehen. Von 276 jüdischen Ärzten in Frankfurt am Main gelang es insgesamt 157 Ärzten auszuwandern.

In der Zeit von 1939 bis 1941, kommt es zu Wellen von Deportationen, deren primäres Ziel anfangs noch nicht gänzlich auf Ausrottung und Vernichtung der Juden aus war. Es geht weiterhin darum Druck auszuüben, um damit die Menschen zum Verlassen des Landes zu zwingen.

Geld ist immer noch wichtiger als die Materie Mensch, wer umgehend auswandert, unter Aufgabe seines Vermögens, kann meist noch dem Terror eines Konzentrationslagers entkommen.

Am **19. Oktober 1941** wird dann ein generelles Auswanderungsverbot erlassen, die Tötungsmaschinerie beginnt. Nunmehr werden innerhalb eines Jahres fast alle noch in Deutschland verbliebenen Juden deportiert und im Verlauf ermordet. Dies betrifft ab 1943 auch in Mischehen lebende jüdische Partner, die dann in Auschwitz ermordet werden.

Zunehmend werden immer mehr jüdische Ärzte in die Vernichtungslager deportiert, im KZ Theresienstadt sollen teilweise 600-1000 jüdische Ärztinnen und Ärzte interniert gewesen sein. Sie behandeln weiter mit dem wenigen, was ihnen - wenn überhaupt - verbleibt, denn im Lager gibt es keine medizinische Versorgung, zumindest nicht von den SS-Ärzten. Wer von SS-Ärzten »versorgt« wird, ist danach tot.

KZ-Häftlingsärzte zählen zu den sog. Funktionshäftlingen, die die SS als Gehilfen beschäftigen.

Ihre ärztliche Tätigkeit im Lager wird dazu missbraucht, die erkrankten Häftlinge für eine weitere wirtschaftliche Ausbeutung wiederherzustellen, weil sonst diese zur Ermordung selektiert werden. Auch hieran müssen die Ärzte mitarbeiten. Viele scheitern an diesem moralischen Dilemma und begehen Suizid. Untrennbar mit ihrer Arbeit verbunden, ist die Selektion und Ermordung von Kranken, deren Arbeitsfähigkeit die SS für nicht wiederherstellbar hält. In den dortigen Krankenrevieren finden auch die zahlreichen medizinischen Verbrechen statt.

Eine der erschütterndsten Beschreibungen der Grausamkeiten liegt uns von Dr. Nyiszli vor, die dieser bereits 1947 unter dem Titel »Im Jenseits der Menschlichkeit«, veröffentlicht. Miklos Nyiszli praktiziert als Gerichtsmediziner und Allgemeinarzt. Ende Mai 1944 wird er mit seiner Frau und 15-jährigen Tochter in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert und einen Tag nach seiner Ankunft im IG-Farben werksnahen Konzentrationslager Monowitz zu schwerer Zwangsarbeit herangezogen. Ende Juni 1944 wird er als Arzt in den Häftlingskrankenbau nach Auschwitz-Birkenau überstellt und eine Woche darauf als Pathologe des ersten Lagerarztes Dr. Josef Mengele in den neu-eingerichteten Sektionsraum von Krematorium I eingewiesen. Nyiszli wird im Nebenlager Ebensee am 5. Mai 1945 aus der Gefangenschaft befreit.

In seinem Nachwort schreibt er: »Meine Augen begleiteten 2 Millionen Menschen bis zur Gaskammer. Ich war Zeuge wie Menschen auf Scheiterhaufen verbrannt wurden. Auf Befehl eines fanatischen sich für ein Genie haltenden wahnwitzigen Arztes öffnete ich Leichen von Hunderten von Opfern. Ich badete die Leichen von Krüppeln und Zwergen in Kaliumchloridlösung und kochte sie in Bottichen, damit die sachgemäß präparierten Skelette in die Museen des Dritten Reiches gelangen konnten als Beweis für die Notwendigkeit der Ausrottung niederer Rassen. 6 Monate nach seiner Befreiung erfährt er, dass Frau und Tochter auch überlebt haben. »Jetzt hat das Leben wieder einen Sinn. Es ist jemand da, für den man leben kann«.

Weder in der Ärzteschaft noch in der deutschen Gesellschaft findet nach 1945 in den darauffolgenden 4-5 Jahrzehnten eine Auseinandersetzung um die nationalsozialistischen Medizinverbrechen statt.

Stattdessen müssen überlebende Ärzte der Shoa fassungslos mit ansehen, wie ehemalige SS-Ärzte zu Ruhm und Ehre kommen und selbst am Holocaust beteiligte berühmte medizinische Institutionen sich einen »Persilschein« ausstellen.

Als Alexander Mitscherlich und Fred Mielke 1947 zum ersten Mal ihr Buch »*Diktat der Menschenverachtung*« veröffentlichen, ist dies das erste Dokument über die Nürnberger Ärzteprozesse.

Von diesem Buch sind 25.000 Exemplare für die Verteilung an deutsche Ärzte vorgesehen, zusätzlich soll auch eine Zusammenfassung in ärztlichen Zeitschriften erfolgen. Zur Verteilung kommt es jedoch nie, denn die Auflage wird komplett von der Westdeutschen Ärztlichen Landesvertretung aufgekauft, um sie für die kommenden Jahre wegzuschließen.

Redaktionsmitglieder der *Deutschen Medizinischen Wochenschrift* weigern sich, den Bericht in der Ständeszeitschrift zu veröffentlichen.

Der erste antisemitische Skandal nach der Entlassung der Westzonen aus dem Besatzungsstatut fand im Sept. 1949 in Offenbach statt. Der Offenbacher Magistrat hatte Herrn Dr. Lewin in geheimer Abstimmung rechtskräftig zum Chefarzt der Frauenklinik gewählt. Der SPD-Oberbürgermeister Rebolz stellt danach die Frage: »Soll es nun bei diesem Abstimmungsergebnis bleiben? Schließlich müsse man mit den Ressentiments seiner Rasse rechnen. Er würde mit dem Rachegefühl eines KZlers seine Arbeit antreten, man könne die Frauen Offenbachs nicht einem Dr. Lewin anvertrauen. Die vorher geheime Abstimmung wird als »vorläufig« erklärt, Lewin wird nunmehr abgewählt. Nachdem sich die Abteilung für politische Affären beim US-Landeskommissar für Hessen einschalten, leiden plötzlich alle an erheblichen Gedächtnislücken. Es dauert fast noch 1 Jahr, bis Dr. Herbert Lewin Chefarzt an der Städtischen Frauenklinik in Offenbach wurde, wo er 1965 emeritiert und erst dann zum ordentlichen Professor ernannt wurde. (Moi)

Anders dagegen bei ehemaligen SS-Ärzten. Viele dieser Ärzte führen ihre Praxen bis in

die Neunzigerjahre weiter oder setzen ihre Karriere ungebrochen fort.

Ernst Klee schreibt in seinem Buch »Deutsche Medizin im Dritten Reich« 2001: (Zitat): »Statt eines Vorworts: Auschwitz ein Ernährungsparadies. Darauf muss einer kommen. Einer schaffte dies, Prof. Dr. Heinrich Kraut vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund ab 1937 im Ausschuss für Gesundheitspflege und Ernährung der Bergarbeiter, ab 1937 NSDAP-Mitglied«.

In den Nürnberger Prozessen wird Heinrich Kraut als Gutachter für die Verteidigung sowohl im Flick und Krupp Prozess und später auch über die Beschäftigung von Insassen des Konzentrationslagers Auschwitz als Zwangsarbeiter durch die I.G. Farben (über die es im Auschwitz-Monowitz Prozess in den Nürnberger Prozessunterlagen hieß: »in Monowitz werden KZ-Häftlinge eingewechselt, verbraucht, vernichtet«) u.a. aussagen, dass nach seiner Berechnung das Essen von KZ-Häftlingen deutlich mehr Kalorien als die eines normalen deutschen Arbeiters gehabt hätte. Nach seinen Phantasieberechnungen entfielen auf einen »Arbeitstag« 3080 Kalorien, wo doch nur ein Bedarf von 2100 Kalorien bestehen würde, also eine eindeutige Überernährung. In Wirklichkeit bekamen die Häftlinge täglich einen dreiviertel Liter »Buna-Suppe« und Abends einen Wasser-Eintopf und eine Brotration. In der Suppe war, wenn überhaupt, verkochtes tuberkulöses oder vom Tierarzt verworfenes Fleisch.

Kraut wird 1951 Honorarprofessor in München, 1956 ist er Gründungsdirektor des eigenständigen Max-Planck Instituts in Ernährungsphysiologie und wird Präsident der deutschen Gesellschaft für Ernährung, 1963 ihr Ehrenpräsident. Von 1968 bis 1973 ist er Präsident, später Ehrenpräsident der von ihm mitbegründeten Deutschen Welthungerhilfe. 1973 erhält er das große Bundesverdienstkreuz mit dem Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik. Im gleichen Jahr stiftet die Deutsche Welthungerhilfe den Professor Heinrich Kraut Preis für Entwicklungshelfer.

1992 verstirbt er im Alter von 99 Jahren. Im Ulmer Deutschen Brotmuseum gibt es das Heinrich-Kraut Archiv für Welternährung.

Auschwitz-Monowitz hatte im Übrigen eine verbindliche Währung. Wer sich eine Goldkrone herausreißen ließ, bekam als Gegenwert eine Brotration.

Der Historiker Ernst Klee bemerkt in seiner Veröffentlichung, dass ihm bei seinen Recherchen kein NS-Täter begegnet sei, »der Schuld bekannt hätte«. Nahezu alle waren sie zumindest »innerlich« Gegner der Nazis, hatten niemals Rassenhygiene gefordert oder Menschenversuche befürwortet und sind ihren humanitären Pflichten als Mediziner oder Wissenschaftler stets nachgekommen. Und das versicherte man sich gegenseitig.

Mengeles Chef, Othmar Freiherr von Verschuer, leitete seit 1942 das Kaiser-Wilhelm-Institut (später Max-Planck-Institut) für

Menschliche Erblehre in Berlin. Er sorgte für Mengeles Anstellung in Auschwitz, Mengele hatte ihm regelmäßig Blutproben, Augenpaare und andere Körperteile von Häftlingen geschickt. Bereits 1946 wurde er als Mitläufer entnazifiziert und schrieb im gleichen Jahr über Mengele: »Ein Assistent meines früheren Frankfurter Instituts wurde gegen seinen Willen als Arzt an das Lazarett des Konzentrationslagers Auschwitz kommandiert. Von seiner Arbeit ist uns nur bekannt, dass er sich bemüht hat, den Kranken ein Arzt und Helfer zu sein«.

Noch 1944 liest sich dies aber ganz anders. Da berichtete Verschuer der Deutschen Forschungsgemeinschaft: »Als Mitarbeiter in diesem Forschungszweig ist mein Assistent Dr. Mengele eingetreten. Er ist als Hauptsturmführer und Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz eingesetzt. Mit Genehmigung des Reichsführers SS werden anthropologische Untersuchungen an den verschiedensten Rassengruppen dieses Konzentrationslagers durchgeführt.«

Bereits 1951 wurde Verschuer Professor für Genetik in Münster, 1952 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie und 1954 Dekan der Medizinischen Fakultät.

Ganz anders erging es dem jungen deutschen Arzt Hartmut Hanauske-Abel. Als er in der ärztlichen Fachzeitschrift »The Lancet« 1986 Material über die Vergangenheit der deutschen Ärzte veröffentlichte, wurde er dafür vom höchsten deutschen Ärztenfunktionär Karsten Vilmar persönlich angegriffen und verlor seine Arbeitsstelle.

Drei Präsidenten der Bundesärztekammer nach 1945 waren Mitglieder in der SA oder SS gewesen.

1993 wollte sich einer von ihnen, Hans Joachim Sewering, zum Präsident des Weltärztebundes wählen lassen. Erst der Protest aus dem Ausland verhinderte jedoch seine Wahl. Mit über fünfzig Jahren Abstand scheint die Vergangenheit offenbar weit genug entfernt, die alten Eliten haben sich überwiegend verabschiedet, und so nahmen sich nun auch die großen Institutionen der Thematik in diversen Publikationen an. Die Objektivität lässt allerdings noch zu wünschen übrig:

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (genannt DFG) hatte auch nach 1945 keine Schwierigkeiten mit der weiteren Finanzierung von verurteilten Verbrechern: Eugen Haagen, 1943 Leiter des Hygieneinstituts der Reichsuniversität Straßburg, führte im KZ Natzweiler Fleckfieberversuche an Häftlingen durch. Haagen wurde in Lyon 1954 zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung erreichte jedoch, dass er bereits einige Monate später wieder frei war u.a. mit der Begründung »er sei ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft!«. Von der DFG wurde seine Virusforschung weiterhin gefördert.

Die kompletten Personalaktenbestände der Straßburger Reichsuniversität, deren

Forscher unter anderem mit dem KZ Natzweiler kooperierten, wurden 1962 vom Bundesarchiv an das Bundesverwaltungsamt übergeben. Seit 1984 gelten alle 238 Akten als »verloren«.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ließ ihre Vergangenheit gleich dreimal darstellen, 1968 in der Veröffentlichung »Forschungsförderung in drei Epochen«, die von Medizinhistorikern als »Verharmlosungsopus« bezeichnet wird und erneut 1999, in der Auftragsarbeit »Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich« durch den Historiker Notker Hammerstein. Auch diese Publikation versuchte vor allem, die Beteiligung und Verantwortlichkeit der DFG an rassenhygienischen und menschenverachtenden Forschungen zu minimieren. Internierung, Zwangssterilisation und Vernichtung wurden zu »Fürsorge und Vorsorgepflicht der öffentlichen Hand für Geschädigte«, verharmlost.

Die Kaiser-Wilhelm Gesellschaft selbst wurde nach 1945 von der Max-Planck-Gesellschaft übernommen (Auflösung 1969). Max Planck persönlich schrieb als Präsident des Kaiser-Wilhelm-Instituts bereits 1933 an Innenminister Frick: »Dem Herrn Reichsminister des Innern beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, dass die Kaiser-Wilhelm Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften gewillt ist, sich systematisch in den Dienst des Reiches hinsichtlich der rassenhygienischen Forschung zu stellen«. Ernst Rüdin, der Nazipsychiater dem selbst die Schweiz 1945 das Bürgerrecht entzieht, ein Arzt der in seinem Rassenwahn Menschen wissenschaftlich der Vernichtung zugeführt hat, wird vom Max-Planck eingewaschen.

Der mehrfach international ausgezeichnete Genetiker Benno Müller-Hill, schreibt zu einer seiner Untersuchungen für die er bereits im Vorfeld mit mehreren Klagen bedroht wurde: »Als ich 1981 nach den DFG-Akten suchte, wurde ich von DFG-Mitarbeitern belehrt, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Dritten Reich nicht DFG hieß, und dass mir der Zugang zu den Akten verwehrt sei: DFG-Akten seien prinzipiell nicht einsehbar«.

Der Nachlass etwa von Adolf Butenandt, ehemaliges NSDAP-Mitglied und als Biochemie-Experte von seinem Vertrauten Verschuer für die Auschwitz-Forschung konsultiert, ist für sog. »normale Benutzer« noch bis zum Jahre 2025 gesperrt. Butenandt wird schnell entnazifiziert, 1953 nimmt er am ersten Bundesgesundheitsrat teil. 1960 wird er Präsident, 1972 Ehrenpräsident der Max-Planck-Gesellschaft. Drei Jahre später wird Butenandt Ehrenbürger der Stadt München. Von den 82 Wissenschaftlern, die seit 1933 aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verjagt wurden, finden gerade zwei zu der Max-Planck-Gesellschaft zurück.

Erst 2001 beauftragt die Deutsche Forschungsgemeinschaft endlich eine unabhängige Forschergruppe zur »Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970«, die nach siebenjähriger Arbeit im Januar 2008 vorgestellt wurde. Hier wurden erstmalig die tatsächlichen

Wer unsere Loyalität zu Israel nicht versteht oder missdeutet, der hat in Wirklichkeit unsere Ängste und Unsicherheit, (die eben aus der Shoa resultieren) nicht verstanden. Israel ist für alle Diaspora Juden so etwas wie eine psychische, aber auch durchaus reale Bürgschaft fürs Überleben. Dies hindert uns nicht, uns dem Land gegenüber in dem wir leben, ebenso loyal zu verhalten.

Verstrickungen und Mitbeteiligungen beim Namen genannt.

Dass heute dennoch über viele Forschungen und Zusammenhänge berichtet wurde, und nicht die dreizehn in Nürnberg verurteilten Mittäter zu sadistischen Alleintätern stilisiert wurden, ist vor allem einzelnen Historikern wie Ernst Klee und Robert Jay Lifton zu verdanken. Entgegen dem »Mainstream« beschrieb Lifton in »*Ärzte im Dritten Reich*« nicht die grausame **Singularität** einzelner mordender Ärzte, sondern das großflächige Übergehen zahlreicher Ärzte vom Heilen zum Töten.

Spät begann die Aufarbeitung in der deutschen Ärzteschaft wobei diese bis heute immer noch nicht abgeschlossen ist. Die hessische Landesärztekammer war Vorläufer und beauftragte Ende der 80'er eine Aufarbeitung ihrer Vergangenheit.

Noch immer gibt es 76 Jahre nach der Reichspogromnacht Landesärztekammern, die die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit regelrecht verhindern, und man findet immer wieder Gründe, um eine solche Untersuchung nicht zu beginnen. Es gibt aber auch positive Unterstützung.

Seit 2006 vergibt die Bundesärztekammer zusammen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung einen Forschungspreis, der sich mit der Rolle von Ärzten im Dritten Reich beschäftigt.

Auch einige der medizinischen Gesellschaften wie die Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde, die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie, die Ophthalmologen u.a. haben in den letzten Jahren ehrliche wissenschaftliche Untersuchungen durchführen lassen. Dem folgten auch medizinische Fakultäten u.a. Freiburg, Marburg, Bonn und Gießen.

»**Wer ein Haus baut, will bleiben und wer bleiben will, erhofft sich Sicherheit**« hat mein Freund und langjähriger Vorstandkollege Prof. Dr. Salomon Korn 1986 anlässlich der Eröffnung des Jüdischen Gemeindezentrums in Frankfurt gesagt.

Wir fühlen uns angekommen. Dennoch bleibt unser Haus selbst 76 Jahre nach der Reichspogromnacht noch ein fragiles Gebäude, unser Leben hier ein fragiles Gebilde. Ereignisse der letzten Monate sowohl in Frankfurt als auch in vielen deutschen Großstädten haben uns mehr als erschreckt, weil wir uns in

unserer scheinbaren Geborgenheit plötzlich der längst geglaubten Realität, der Fratze des Antisemitismus, gegenüber standen. »Juden ins Gas« wurde gerufen, eine Melodie, die wir alle nur zu gut kannten, wenn auch nur aus den Erzählungen unserer Eltern. Dazu gehören aber auch sog. »Schimpfworte« in unseren Schulen wie »Scheißjude«, die sich schon lange nicht mehr unter Singulärereignisse katalogisieren lassen.

Judentum in Deutschland hat aber eine Zukunft. Wir haben viel Zuspruch bekommen, die Politik hat sich eindeutig und unmissverständlich positioniert, auch die Kirchen und die Presse haben sich sofort engagiert. Ein wenig mehr Empathie von Seiten der Gesellschaft hätte uns wirklich gut getan.

Wer unsere Loyalität zu Israel nicht versteht oder missdeutet, der hat in Wirklichkeit unsere Ängste und Unsicherheit, (die eben aus der Shoa resultieren) nicht verstanden. Israel ist für alle Diaspora Juden so etwas wie eine psychische, aber auch durchaus reale Bürgschaft fürs Überleben.

Dies hindert uns nicht, uns dem Land gegenüber in dem wir leben, ebenso loyal zu verhalten.

Gerade in diesen unsicheren Zeiten, wäre Verständnis für diese, unsere Empfindsamkeit von hohem Wert.

»Nie wieder« geht leicht von den Lippen, aber »nie wieder« hat eine Geschichte, auf die man noch in 100 Jahren »Rücksicht« wird nehmen müssen.

Ich jedenfalls möchte nicht auf diese Möglichkeit zurückgreifen müssen, die die Juden am 9. November 1938 nicht hatten und diejenigen, die es mal wieder versuchen wollen, werden hoffentlich an der Demokratie dieses Landes scheitern.

Wir sind hier, wir haben gebaut, wir wollen bleiben und wir werden bleiben.

#bildungstreik 2014

eine Stilkritik

Kommt ein Flugblatt geflogen: Studenten sind politisch; das war schon immer so. Ihr größtes Werbemedium seit Jahrhunderten ist, noch vor dem Internet, das Flugblatt. Doch manche Ideen sind so hanebüchen, dass man sich selbst als Student schämt, dass sie in den allgemeinen Umlauf gelangen. Zu diesen gehört auch folgendes Flugblatt zum Thema »Bildungstreik«, welches derzeit vor allem in linken Kreisen kursiert. Eine Stilkritik von Adrian Kinzig

32

Rein optisch versprüht das Flugblatt den Charme der 90er Jahre. Etwa 1790. Wie schön konservativ die Linke doch manchmal ist. Es ist klar: Layouten ist schwierig, dafür braucht man Zeit und Geduld, selbst bei einer DIN-A5-Seite voller Kleingedrucktem. Die Überzeugung: der Student ist motiviert und politisch, das Blatt wird er in seiner Freizeit studieren.

Außerdem zählen die Inhalte weit mehr als das Aussehen. Ein Blick in das politische Programm ist verblüffend: Man kann kaum glauben, dass bei diesen Problemen kein Mensch auf die Straße geht!

Beginnen wir mit der Überschrift: »#bildungstreik« ist ein Titel im Geiste der Gegenwart. Für ein Hashtag ist der Titel zwar lang, aber Studenten haben die Zeit. Zugegeben, das Wort »Bildungstreik« ist eher für die kleinen, noch nicht ganz so aufmerksamen Schüler gedacht. Die verstehen den Rest noch nicht, aber dem Oxymoron werden sie garantiert Aufmerksamkeit schenken.

Die Studenten hingegen lächeln bei dieser feinen Anspielung auf das Gedicht »Dunkel war's, der Mond schien helle«. Wir wissen schließlich alle, dass bei einem Streik die Arbeit niedergelegt wird, um dem Arbeitgeber zu Schaden. Beim »Bildungstreik« hingegen ist dies geradezu genial umgesetzt, frei nach dem Motto: »Schaut her, wir tun uns selbst so lange weh, bis sich etwas ändert«. Jedoch bleiben letzte Zweifel, ob das tatsächlich bis zum Schluss durchdacht ist.

Weiter im Text: ein Satz, zwei Nebensätze, drei Zeilen. Die Weisheit »in der Kürze liegt die Würze« wird mit Absicht gebrochen, der Intellekt des Lesers darf nicht beleidigt werden. Er wird schon nach Wiesbaden fahren, schließlich sind dies dringende Probleme, die ihn betreffen.

Demokratisierung! Mehr davon, eine gute Idee! Das Beste wird es sein, die Bevölkerung

über die Gehälter der Professoren und die Ausstattungen der Bibliotheken zu befragen. Doch mir scheint, die Bevölkerung ist doch nicht adressiert mit dem demokratischen Ansatz. Naja, okay, wir wissen ja, was gemeint ist. Studenten an die Macht! Immerhin gehen ganze 14% der Studierendenschaft ihre eigene Vertretung wählen; da ist es doch nur fair, wenn diese noch mehr Macht bekommt. Schließlich gehören die ASTen zu den effizientesten Behörden in der Republik! Sie werden von der Elite, den Studenten gebildet! Oder so ähnlich.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass gerade die großartigen ASTen sich als Organisatoren präsentieren. Im übrigen auch Lobenswert politisch Korrekt, mit Sternchen und einer Extranennung einer femininen Form. Leserlichkeit ist, wie bisher, kein Kriterium. Es ist wichtiger, die weibliche Student, Entschuldigung, Studierendenschaft zu adressieren. Und die Schüler*innenenschaft natürlich auch. Diese noblen Ziele werden unter Garantie nicht für schulfreie Tage missbraucht. Und die Lehrerschaft (Schade, hier fehlt der korrekte Ausdruck) wird dies bestimmt unterstützen.

Jetzt folgt endlich der programmatische Teil:

Mehr Geld! Professorengehälter erhöhen! Gebt ihnen das Geld wieder, dass ihnen die letzten 15 Jahre gestrichen wurde! Und mehr Geld für einen schöneren Campus! Abschaffung des Kooperationsverbotes! Mehr Macht dem Zentralstaat! Französische Verhältnisse! Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems! Wozu brauchen wir differenziert ausgebildete Fachkräfte? Warum nicht allen ein Studium schenken? Die Einheitsschule ist der beste Weg in eine faire Gesellschaft. Wenn alle gleich sind, hängt die Zukunft nicht von den Mitteln der Eltern ab!

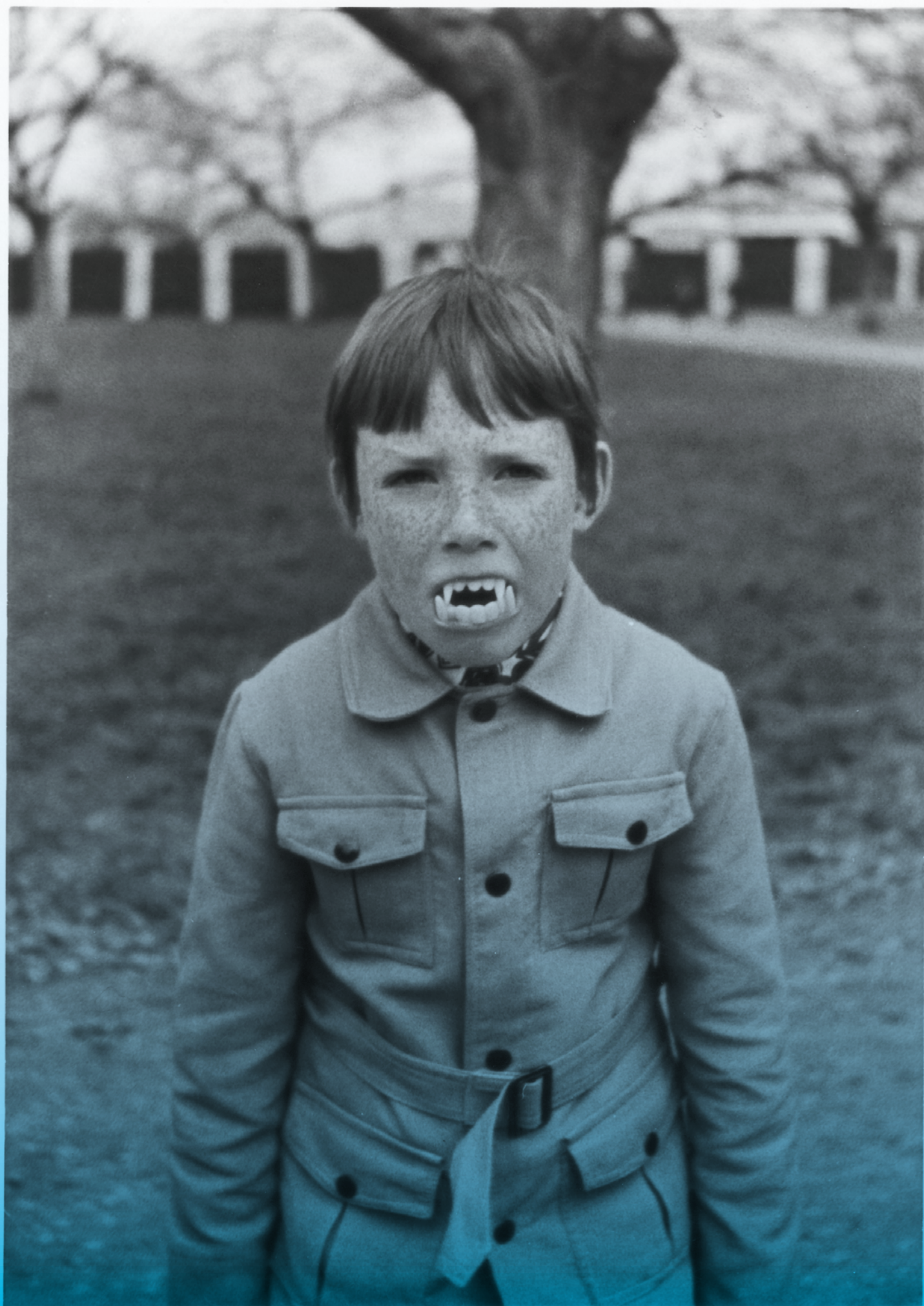
Kassenauslagerung der LSV rückgängig machen! Denn die LSV ist ein Grundpfeiler der Demokratie und die gesamte hessische Bevölkerung ist empört über das dreiste Vorgehen der Regierung! Schüler führen IMMER sauber Buch!

Demokratisierung von Bildungsorten! Demokratie für alle Studenten! Und zwar nur für sie!

Zusammengefasst: Dieser ganze Aufstand steht für Bildungsdiebstahl der übelsten Sorte! Wie auch immer man Bildung klaut... Egal, vergessen wir den mündigen Bürger! Scheiß Politiker!

Noch einmal darüber nachgedacht: Besser nicht mitbrüllen. Viel lieber ruft man entgegen:

RUHE DA DRAUSSEN!



Thesen zum Bildungsstreik 2014

»Aber die Gründe für unsere Verachtung des Studenten sind ganz anderer Art. Sie betreffen nicht nur sein wirkliches Elend, sondern seine Gefälligkeit gegenüber jedem Elend, seine ungesunde Neigung, glückselige Entfremdung in der Hoffnung zu konsumieren, angesichts allgemeiner Interessenlosigkeit das Interesse auf seinen eigenen Mangel zu lenken.«

SITUATIONISTISCHE INTERNATIONALE (1966)

»Die gedachte Tendenz des Rechts hat auch bei der Einräumung des Streikrechts, das den Interessen des Staates widerspricht, mitgewirkt. (...) Griffen doch vordem die Arbeiter sogleich zur Sabotage und steckten die Fabriken an.«

WALTER BENJAMIN, ZUR KRITIK DER GEWALT (1921)

34

»Bildung ist der wichtigste Bestandteil unserer Gesellschaft – denn sie ist Grundpfeiler des Zusammenlebens, fördert Zufriedenheit und ist zukunftsfördernd. Durch individuelle und zur Selbstbestimmung ermächtigende Bildung kann jede*r von uns kritisch reflektieren, Konflikte friedlich lösen und sich selbst verwirklichen.«¹

Mit diesen Worten beginnt der offizielle Aufruf zum bundesweiten Bildungsstreik 2014. In einigen Städten Deutschlands sind anlässlich dessen wohl etwa 10.000 Studierende, Schülerinnen und Lehrbeauftragte auf die Straße gegangen. Dass dieser Abschnitt wörtlich genauso auch im Parteiprogramm der SPD stehen könnte, verwundert nicht, wenn man sich die Aufrufenden ansieht. Jusos, Grüne, Gewerkschaften, Schülerinnenvertretungen und die Landes-AStenKonferenz. Wenn man so will, der deutsche linksliberale Mainstream. Wenn eine »Streik«- oder »Protest«-Bewegung nun auch noch von diversen Hochschulpräsidenten und Professorinnen begrüßt und die

Anliegen unterstützt werden, dann dürfte es sich lohnen, diese allgemeinen Anliegen der gesellschaftlichen Mitte als solche ernst zu nehmen.

Beim Betrachten der Materialien, die zum »Streik« produziert wurden, fällt auf, dass es zwei sich scheinbar widersprechende Stoßrichtungen gibt. Erstens die Vorstellung, Bildung sei einer gesellschaftlichen Allgemeinheit verpflichtet, nicht den Einzelnen. Zweitens die Idee, der Einzelne könnte sich durch »Bildung« in dieser gesellschaftlichen Allgemeinheit verwirklichen (also etwa das, was sich auch in der eingangs zitierten Passage findet). Ich werde im Folgenden dafür argumentieren, dass – solange die beschworene Gemeinschaft die Gesellschaft des Kapitals ist – diesen Spagat nur schafft, wer die Kapitalinteressen unwiederbringlich zu seinen eigenen gemacht hat und diese mit antikapitalistischer Geste offensiv zu propagieren bereit ist – eine höchst paradoxe Konstellation, die man in Deutschland leider allzu gut kennt.

I. Konstruktive Kritik – »Wier sint diñ Äliete 2014«²

Vom kämpferischen Impetus, den das Wort Streik mit sich bringt, ist nichts übrig. Es wurde nicht großflächig zum Bestreiken von Tätigkeiten im Bildungssektor aufgerufen, auf Handzetteln wurde daran gemahnt, keine Sachbeschädigungen zu verursachen und es fand – was früher noch ein beliebtes Mittel studentischen Protests war – keine Besetzung von Gebäuden, sondern maximal »die Nutzung des Foyers« statt. Diese oder ähnliche Protestformen, die mit deren pseudo-revolutionären Gestus schon häufig Gegenstand berechtigter Kritik waren, sind verschwunden. An ihre Stelle sind ganz objektiv konkrete, konstruktive Vorschläge an Uni und Land getreten, wie sich die Universitätslandschaft Deutschlands verbessern könnte.

Die beiden oben zitierten Sätze pointieren präzise, worum es den Protestierenden im Kern geht.

¹ www.bildungsstreik2014.de/de/beitrag/aufruf

² Plakat eines Demonstranten in Rostock, der sich offenbar für eine bessere Elitenförderung einsetzt.

Dass »Bildung wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft«³ ist, verrät unintendiert die Identifikation mit der Gemeinschaft, die im Folgenden noch genauer nachgewiesen und interpretiert werden wird. – Damit ist eigentlich schon alles in den Sand gesetzt. – Bildung ist wichtig für die Gesellschaft, nicht für den Einzelnen. Auch wenn der entsprechende Gedankengang an dieser Stelle noch nicht ausformuliert ist, ist das bürgerlich-liberale Bild eines gebildeten, nur sich selbst und dem eigenen Erfolg verpflichteten Subjekts schon verworfen, sobald Bildung in den Dienst der Gemeinschaft gestellt ist – und mit dem Subjekt sein Glücksversprechen, für dessen Einlösung eigentlich zu kämpfen wäre. Ganz ausdrücklich richten sich die Aufrufe gegen »Konkurrenz« und beschwört dagegen Solidarität und die »gesellschaftliche Verantwortung«⁴ von Bildungsinstitutionen.

Wahr daran ist, dass in unserer heutigen Gesellschaft, die wesentlich durch die Vergesellschaftung des Kapitals bestimmt ist, Bildung tatsächlich die Funktion zukommt, diese Gesellschaft zu erhalten, gar ein »wichtiger Bestandteil« derselben zu sein. Spätestens seit der »Digitalen Revolution«, die im 20. Jahrhundert eine gegenüber der Massenproduktion des Taylorismus bzw. Fordismus veränderte Produktionsweise hervorbrachte, sind un(aus)gebildete Massen, die eine Reservearmee (Marx) von doppelt-freien Lohnarbeitern darstellen, ineffizient geworden. Die arbeitslosen Reservisten sind vielmehr Verwalter ihres eigenen Humankapitals und gezwungen, noch die letzten albernen Lebenslaufkosmetika und Selbstgeißelungen mitzumachen, um halbwegs eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Längst sind die Einzelnen gezwungen, die Bedürfnisse des Kapitals, also die Spirale der Wertverwertung G-W-G, zu internalisieren und das Interesse von Staat und Kapital zum eigenen Interesse zu machen. Bildung, ihrem aufklärerischen Begriff nach eigentlich die Subjektwerdung des Einzelnen gegen selbstgeschaffene, entmündigende Verhältnisse (Kant), verkommt dabei zur (Selbst-)Zurichtung für den Zweck des Kapitals: eine reibungslose, möglichst schnelle⁵ und alle Bereiche des Lebens in sich hineinziehende Selbstverwertung des Werts.

3 Alle Hervorhebungen in allen Zitaten sind – sofern nicht anders angegeben – von mir.

4 Aufruf des Protestplenums Frankfurt. Vgl. <http://bildungsstreik2014.de/de/beitrag/jingle-und-aufruf-des-frankfurter-protestplenums-1>

5 Genau genommen ist die Utopie des Kapitals naheliegenderweise eine Umlaufzeit=0. Also eine Akkumulation des Wertes, die sich sofort vollzieht, statt den Umweg der Vermittlung über den Markt zu gehen. Aus G-W-G' soll G=G' werden, was nur durch eine Auslöschung der Zeit zu verwirklichen wäre. Vgl. Marx, Kapital Band II (MEW 24), S. 127.

Diese Entwicklung führt zu einer Verschiebung in der Art, wie die Zumutungen des Alltags empfunden werden. Eine Arbeiterklasse, die auch in Zeiten florierender Wirtschaft in ökonomischem Elend versinkt, ist im Verschwinden begriffen. Stattdessen bezahlt jeder Einzelne die Garantie seiner Subsistenz mit der Erfahrung objektiver Überflüssigkeit für den gesellschaftlichen Betrieb. Hatte das Denken der Aufklärung und des Humanismus versucht, den Einzelnen ins Zentrum zu rücken, offenbarte die Realität schon sehr bald die objektive Übermacht des Allgemeinen bzw. des sich verallgemeinernden Kapitals. Adorno bemerkt in der Negativen Dialektik: »Die Wahrheit, die den Menschen aus dem Mittelpunkt der Schöpfung verjagt und ihn seiner Ohnmacht gemahnt, bekräftigt, als subjektive Verhaltensweise, das Gefühl der Ohnmacht, veranlaßt die Menschen, mit ihr sich zu identifizieren und verstärkt damit weiter den Bann der zweiten Natur.«⁶

Der Bildungsstreik nun hat nicht eine Welt im Blick, in der »die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung der Freiheit aller bedeutet« (Marx), sondern gibt sich alle Mühe, das schlechte Allgemeine mit konstruktiver Kritik im zur zweiten Natur gewordenen Kapitalinteresse zu bestätigen. So lässt der schon zu Beginn zitierte Aufruf verlauten: »alle an Bildung Beteiligten stoßen (...) täglich auf Probleme, die eine optimale Bildung, sowohl sozial als auch fachkompetent, einfach nicht ermöglich[en]«. Optimale soziale- und Fachkompetenz: So klingt ein Plädoyer für mehr Zeit für freiwillige Softskillkurse. Auf einem Plakat eines Demonstranten in Hohenheim stand allen Ernstes das Folgende: »Mit Technik von Vorgestern für die Landwirtschaft der Zukunft forschen? Wie soll das gehen?« – als wäre das sein Problem.

Die auf einem Moby-Aufkleber zu lesende Forderungen nach »Ausbildung für alle« und »Inklusion statt Exklusivität« bedient ebenfalls dasselbe Ticket. Diese wohl als Forderung der Verbesserung der Situation Diskriminierter gemeinten Parolen, zielen auf die Eingliederung aller Menschen in den kapitalistischen Betrieb: und davon profitiert eben primär die Gesellschaft, nicht

6 Adorno, Negative Dialektik, Frankfurt am Main, 2003, S. 75f.

notwendig die betroffenen Individuen. Darüber hinaus scheint man es mit der Parole, die sich auch vernehmen lässt, Bildung solle genau keine Ausbildung sein, entweder nicht zu ernst zu nehmen oder, was wahrscheinlicher ist, den Protestierenden fehlt völlig die Phantasie, um sich eine emphatische Bildung, ein Erwachsenwerden, das kindliche Erstaunen, ohne das sich keine Erkenntnis, ja vielleicht nicht einmal eine Erfahrung machen lässt, auch nur vorzustellen.

Den Nagel der konstruktiven Kritik treffen dann aber die Interviewten im Leipziger Fernsehen auf den Kopf, wenn etwa die Rektorin der Uni Leipzig als Argument gegen Kürzungen anführt: »Wir wollen auch mal junge Leute, die Unternehmen Gründen. Es geht um Arbeitsplätze« oder wenn die Sprecherin der Konf. Sächsische Studierendenschaft analysiert: »Wir haben immer noch den Anspruch wirtschaftlich und wissenschaftlich mitzuziehen mit den anderen großen Hochschulstandorten in Deutschland, hinken dann aber hinterher, wenn es darum geht, die ganze Sache auch auszufinanzieren«. Konstruktive Kritik, Affirmation und Verinnerlichung des zur zweiten Natur gewordenen kapitalistischen Ganzen mit widerständigem Gestus. Willkommen in Deutschland.

II. Selbstverwirklichung – Individuum und Kollektiv – Dialektik der Konkurrenz

Die Hochschulen sollen in die kapitalistische Gesellschaft eingebunden sein, was nebenbei exakt den Forderungen des Wirtschaftsministeriums entspricht, wenn es eine engere Zusammenarbeit mit Unternehmen forciert, weil der Standort Deutschland eben qualifizierte Arbeitskräfte benötigt⁸.

»Hochschulen dürfen kein von der Gesellschaft abgetrennter Raum der Ausbildung sein und sollten generell keine bloßen Ausbildungsstätten, sondern

7 <http://www.leipzig-fernsehen.de/Aktuell/Leipzig/Artikel/1357253/Riesen-Demo-gegen-Hochschulkuerzungen/>

8 In Deutschland (bzw. früher in Preußen) gab es schon immer eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als etwa in Frankreich.



Forschungsinstitutionen sein, die der Gesamtgesellschaft dienen. Primäres Ziel von Hochschulen sollte die gesellschaftliche (Weiter-)Entwicklung sein – *nicht die beste Vorbereitung auf den Arbeitsplatz.*⁹

Sieht man davon ab, dass es eine höchst schräge Vorstellung ist, Ausbildungsbetriebe befänden sich außerhalb der Gesellschaft (vielleicht schlägt sich hier die Ungeduld gegenüber Azubis nieder, die nur demjenigen Daseinsberechtigung zuspricht, der unmittelbar Wert zu schaffen scheint), ist das Auffälligste das Bild der Universität, die der »Gesamtgesellschaft« dient, nicht aber dem Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt. Man traut dem Staat oder dem Land, an das man seine Appelle richtet, wohl mehr (Volks-)Fürsorge zu, als den Arbeitgebern.

Bildung in den Dienst der gesamtgesellschaftlichen Weiterentwicklung zu stellen, verspricht, so die zu Beginn zitierte Passage, »sich selbst verwirklichen« zu können. Das scheint paradox, denn warum sollte das Engagement fürs Kollektiv ausgerechnet die Selbstverwirklichung des Einzelnen garantieren? Das Wettern gegen Konkurrenz, die Parole »Kein Leben für den Lebenslauf«¹⁰, der Wunsch, Bildung solle der Gemeinschaft, nicht dem Markt dienen und die Affirmation des Staates, die sich in der Rhetorik von ausfinanzierten Bildungsstandorten niederschlägt, offenbart eine bedenkliche Entwicklung, die dem Streik eine (von den Streikenden natürlich nicht gewollte, aber unvermeidbare, weil strukturell angelegte) gefährliche Dimension verleiht.

Der heute herrschende, bitterernste Konkurrenzkampf zieht zwei Konsequenzen nach sich. *Erstens* weckt er in den Individuen den Wunsch nach Unmittelbarkeit. Die auf den Märkten ausagierte Vermittlung zwischen partikularen Interessen soll einer Verschmelzung aller zum Kollektivsubjekt weichen – das bekräftigt der Ruf nach »Solidarität«, wie er sich in allen Aufrufen findet. Diese wäre aber erst zu haben, wenn die materiellen Interessen der Menschen nicht objektiv antagonistisch verfasst wären, wofür der Staat aber garantiert. Die Ablehnung des Marktes und die Sehnsucht nach der Verschmelzung von Individuum, Kollektiv und Staat finden

sich erschreckend ausdrücklich¹¹, während das Verschmelzen der subjektiven Interessen ohnehin offenkundig wird – nicht erst, wenn gegen die »Spaltung« von Studierendenschaft und Gesellschaft agitiert wird. Solange die Gesellschaft objektiv antagonistisch verfasst ist, ist die subjektive Versöhnung nichts als konformistische Revolte, ihr Telos die Volksgemeinschaft. Dass es eigentlich dem Begriff der Freiheit entspräche, ganz partikulare, individuelle Interessen und Vorlieben ausleben zu dürfen, was nur ohne Staat und Kapital möglich wäre, davon wollen die Streikenden nichts wissen: »Inklusion statt Exklusivität« lautet die Parole, die sich vom Versprechen zusehends zur Drohung wandelt.

Zweitens zwingt die Konkurrenz die Einzelnen, sich die Anforderungen der Wirtschaft einzuverleiben, um denselben gewachsen zu sein. Diese Entwicklung ist überall zu beobachten. Adorno schreibt davon, dass sich die Spannung zwischen Subjektivität und äußeren Formen unter der ungebrochenen Herrschaft der Institutionen verkehren zu »dem sich als ohnmächtig erfahrenden Bewußtsein, das nicht mehr sich zutraut, die Institution (...) zu verändern, zur Identifikation mit dem Angreifer«¹². Beim Bildungstreik äußert sich diese neben der konstruktiven Kritik beispielhaft darin, was die Protestler als negative Auswirkung der Kürzungen empfinden: »Lange Wartezeiten bei Sprechstunden, eingeschränkte Prüfungsmöglichkeiten und Massenprüfungen sind die Folge«¹³ – also ein nicht reibungsloser Ablauf des Universitätsbetriebs.

So treibt die marktvermittelte Konkurrenz ihrer eigenen Abschaffung entgegen. Die Menschen internalisieren die Interessen des Kapitals und lehnen den Markt in gleichem Maße ab. Das furchterregende Telos ist das praktisch-Werden der totalen Ablehnung des Marktes, die durch völlig entmenslichte Subjekte exekutiert wird, die sich die Anforderungen des Kapitals zur

Natur gemacht haben und jede individuelle, aufklärerische Regung im Keim ersticken. Der Nationalsozialismus wird manchmal bezeichnet als die Aufhebung des Kapitals auf dessen eigener Grundlage. Analog fordern die Studierenden: Wir wollen keine Konkurrenz – sondern gute, sichere Jobs¹⁴. Lohnarbeitsverhältnisse sind ohne Markt(-konkurrenz) rein logisch eigentlich nicht zu denken – wenn überhaupt, dann nur in autoritären Staaten, in denen der Souverän unmittelbar die Arbeit und das Überleben garantiert. Das ist das am Horizont aufscheinende Ziel aller gegen den Markt agitierenden Protestbewegungen, die Staaten und damit notwendig auch das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis nicht kritisieren können.

III. Postnazismus¹⁵

Ganz knapp: Es ist gute, deutsche Tradition, die Klassen, Parteien und Interessengruppen, die es in der Bevölkerung gibt, zum deutschen Volkskörper zu verschmelzen und die Vermittlung, die abstrakte, mathematische, analytische Instanz, aus demselben auszuschließen bzw. sie unschädlich zu machen. Egal ob Kaiser Wilhelm vor dem ersten Weltkrieg keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kennt, wenn es darum geht, die deutsche Kultur und Tradition vor der abstrakten, systematischen Denkweise der Angelsachsen zu verteidigen¹⁶ oder ob die BRD mit der »Du bist Deutschland«-Kampagne eine riesige Inklusionsoffensive startet: die deutsche Einheit hat nichts damit zu tun, den Einzelnen die tatsächlich freie Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Selbstverwirklichung mit dem Voranbringen der Gemeinschaft zu identifizieren (wie die Streikenden es tun) antizipiert das

14 »(...) erzählte AStA-Vorsitzende Claudia Reichelt (Name geändert). Dazu habe die Bologna-Reform immer negativere Auswirkungen: *Der Bachelor-Abschluss reiche keineswegs aus, um einen Job zu finden*; in den Master-Studiengängen gebe es aber viel zu wenig Plätze. Die Hochschulen müssten wieder weg vom wirtschaftsorientierten Kundenprinzip kommen, das nur zu Druck und sinkender Qualität führe. »Bildung muss wieder etwas Freies sein und nicht der Wirtschaft dienen«, betonte Reichelt. Das Studium müsse sich der Lebenswirklichkeit der Studierenden anpassen – mit Auslandssemester, Jobs und auch mal einem nicht bestandenen Seminar.« – <http://www.fnp.de/rhein-main/Bildungsdemo-fuer-mehr-Geld;art801,911763>

15 Die abstrakten Überlegungen, die im Folgenden zur Sprache kommen, stammen hauptsächlich von der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg. Vgl. dies. »Das Konzept Materialismus« (2009), Freiburg

16 »Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. (...) Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jeden Volkes auf nationale Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat...« (Erklärung der SPD-Fraktion, 4.8.1914 – zur der Zustimmung zu den Kriegskrediten)

9 Vgl. Anm. 1

10 Schriftzug auf einem Schild auf der Demo in Wiesbaden

11 Explizit: »Das derzeitige Verständnis von Universität und Bildung führt dazu, dass sämtliche Aspekte des Lehrens, Forschens und Studierens dem Ziel der bestmöglichen Chancen auf dem (Arbeits-) Markt dienen. Jegliche Kritik daran, am gesamtgesellschaftlichen Zustand und den Entwicklungen findet logischerweise keine Beachtung. Die prägenden Muster der Hochschule, die nur auf den ökonomischen Nutzen zielt, sind Konkurrenz und Wettbewerb. Statt also gesellschaftliche Entwicklung zu fördern, steht der Wettbewerb im Mittelpunkt.« & »Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss aufgehoben werden. Der Bildungs-Föderalismus, der einst die Unabhängigkeit der Länder in Bildungsfragen garantieren sollte und somit einem vereinheitlichten Staat entgegenwirken sollte, hat sich zu einem Föderalismus der Konkurrenz entwickelt. Statt unabhängig zu agieren, buhlen die einzelnen Länder um die Spitze der Bildungselite« (Aufruf Protestplenum) Hier wird ganz offen damit kokettiert, den Markt für eine neue Form der Staatsunmittelbarkeit zu überwinden

12 Adorno, ebd, S101

13 Aufruf Protestplenum

tatsächliche Verschmelzen im Volkskörper. Dies ist aber – man hört es in Deutschland nicht gerne – schon geschehen, indem die Deutschen die Utopie des Kapitals, also sich *sofort* zu akkumulieren und dafür nicht den Umweg über die Zirkulationssphäre zu brauchen, in *jedem Einzelnen* zu verwirklichen versuchten, indem sie die wertschaffende Arbeit zur rassistischen Eigenart des deutschen Volkes erklärten. – Die Rede ist selbstverständlich vom Nationalsozialismus. – Dies konnte nur geschehen durch die Ermordung der Juden. Einerseits um sich das »Geheimnis« der sofortigen Wertverwertung anzueignen, welches man in den finstersten Zirkeln der Weisen von Zion vermutete. Andererseits musste, um die Selbstverwirklichung der deutschen Soldaten der Arbeit¹⁷, die ihr Leben (wie für Soldaten üblich) ganz der Sache des Volkes verschreiben, zu ermöglichen, dasjenige vernichtet werden, was den geschaffenen Wert der deutschen Arbeit an sich rafft: die Zirkulation, der Markt, die Juden. Die Klassen, das Patriarchat, die objektiven Gegensätze innerhalb der Deutschen, wurden nivelliert, verschmolzen, versöhnt, indem sich Kapitalisten wie Arbeiter, Hausfrauen wie KZ-Aufseherinnen, Bauern wie Richter mit ihrer Funktion im Verwertungsprozess abfanden und ihre Selbstverwirklichung durch Selbstpreisgabe der eigenen Individualität an die Sache der Gemeinschaft zu erreichen suchten: die schlechte Aufhebung des liberalen Konkurrenzgedankens, der wenigstens partikulare, unterschiedliche Interessen noch zur Voraussetzung hatte.

Nach '45 schreibt sich diese Denkweise und diese Konstitution der Deutschen fort, wie Horst Köhler¹⁸ gegen seine Intention auf den Punkt brachte: »Arbeit, Kapital und Nachhaltigkeit gehören zusammen. Bei uns. Und überall«.

Von Juden spricht heute natürlich keiner der Streikenden. Allerdings ist in der Ablehnung des Marktes und das Selbstverwirklichen durch Beförderung des Gemeinwohls genau diese vom NS produzierte Denkweise eingeschrieben: »Die prägenden Muster der Hochschule, die nur auf den ökonomischen Nutzen zielt, sind Konkurrenz und Wettbewerb. Statt also gesellschaftliche Entwicklung zu fördern, steht der Wettbewerb im Mittelpunkt«¹⁹. Damit ist das antisemitische Ticket längst gelöst – auch wenn die Demonstrierenden selbst davon nichts wissen und die antisemitische Projektion

17 So »adelte« Hitler seine arbeitenden Volksgenossen. In der Kaserne sind die körperlichen Bedürfnisse der Soldaten vollständig gedeckt, gleichzeitig opfern sie – aus Überzeugung – alles, ihr Leben eingeschlossen, ihrer Pflicht dem Souverän/dem Staat gegenüber. Die Volksgemeinschaft funktioniert entsprechend.

18 <http://www.faz.net/aktuell/politik/berliner-rede-2009-die-glaubwuerdigkeit-der-freiheit-1590692.html>

19 Aufruf des Protestplenums Frankfurt

nicht in ihnen, sondern der gesellschaftlichen Einrichtung gründet. Es offenbart sich hier, wie anschlussfähig emotional nachvollziehbarer, aber notwendig falscher, Protest und (post-)faschistische Denkmuster sind. So fordert, in trauriger Analogie zur Verortung der Maxime der Wertverwertung in der deutschen Natur²⁰, ein Redner bei der Vollversammlung am IG-Farben Campus, die den Auftakt zum Bildungsstreik darstellte, die Anerkennung eines »Menschenrechts[!] auf Ausbildung[!]«.

Ist das gemeinsame Ziel verinnerlicht, geht der Ruf nach Versöhnung leicht von den Lippen; statt der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und dem objektiv möglichen Ende jeder Armut, wird eine unmenschliche Gemeinschaft eingefordert, in der alle auf »solidarische« Weise die Pein der falschen Gesellschaft, deren Ziele und Fortbestand man bruchlos affirmiert, ertragen können sollen. »Das mehrgliedrige Bildungssystem, das auf Selektion und nicht auf Inklusion setzt, spaltet nicht nur Lernende untereinander, sondern die gesamte Gesellschaft in eine selbst ernannte Elite und die dahinter Zurückbleibenden«²¹ – das ist aus einer Rhetorik vom Klassenkampf geworden, die (zugegeben) heute in Zeiten der »klassenlosen Klassengesellschaft« (Adorno) auch keine Entsprechung mehr hätte.

IV. Was bleibt

- »Bildung ist der wichtigste Grundbaustein des Lebens, wir sind die Wurzel der Gesellschaft, warum wird ausgerechnet bei uns gespart?« (Interview einer Protestierenden)
- »Ohne Bildung sind alle doof, Ich doof, Uni doof, Bücher doof.« (Plakat in Rostock)
- »Bildungsklausur im ganzen Land – unsere Antwort Widerstand«
- »Mehr Geld für unsere Bildung«

Viel vom eben Beschriebenen ist in den Bildungsstreikprotesten nur angelegt, längst nicht explizit. Nicht alles ist verloren; ist Reflexion kein leeres Wort, so kann diese auch zum Umdenken führen, wenn man merkt, dass man sich verrennt. Längst dürfte aber einleuchten, warum die Sozialdemokratie die Eingliederung der Arbeiterklasse in den NS-Volksstaat nicht verhindern konnte, sondern eher befördert hat. Es gibt gute Gründe für finanzstarke Universitäten. Diese sind aber nicht *mit*, sondern *gegen* Staat und Kapital durchzusetzen. Eine größere Auswahl an Studienfächern, mehr Möglichkeiten für kluge und interessante Leute, eine Anstellung im Mittelbau zu erhalten, (potentiell) bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte, größere öffentlich zugängliche Bibliotheken; ganz allgemein: größere Chancen auf eine Nische, in der man in der Universität gegen

20 Deutsche Arbeit=Schaffende Arbeit

21 Vgl. Anmerkung 1

sie denken kann. Manches davon mögen die Streikenden im Kopf haben, ihre Analysen gehen an der Sache, für die zu kämpfen wäre, jedoch vorbei. Sie wollen kritische Veranstaltungen und bessere Prüfungsmöglichkeiten, wollen eine andere Rolle der Uni in der Gesellschaft. Das ist Unfug. »Bildung« kann man nicht akkumulieren, sie kann auch nicht gestohlen werden. Erst recht kann man Bildung nicht demokratisieren. Wenn man etwas lernen möchte, dann kann es eben sein, dass man jemandem, der mehr weiß als man selber, zuhören muss.

Aller Agitation gegen Lebensläufe zum Trotz, handelt es sich bei den Protestlern um Studierende. Ginge es auch nur einer von ihnen um Denken, Erwachsenwerden oder eine verbindliche Kritik des bestehenden Unrechts, sie hätten sich nicht einschreiben müssen. Natürlich benötigt jeder ein Auskommen und wer etwas findet, was er nicht hasst, und dafür studieren muss, der geht eben studieren; eine Soziologie-Einführung bei Prof. Hofmeister dagegen braucht eigentlich niemand. Die Uni, sofern nicht unmittelbare Berufsausbildung in Kooperation mit Unternehmen, bereitet auf das Geldverdienen im wissenschaftlichen Tagesgeschäft vor. Da sind ein paar Kenntnisse kritischer Theorien hilfreich. Bestenfalls kommt aber, wenn man den Service-Gedanken, der den oben zitierten Forderungen innewohnt, nicht ablegt, das Nachbeten auswendig gelernter Sätze und Meinungen heraus. Nie die Freiheit zum Objekt, nie die für Erkenntnis notwendige Erfahrung.

Ein Letztes: Emphatisches Denken, anders als kritisch nicht möglich, kann niemals konstruktiv sein, sondern nur das terroristische Zusammenfallen von notwendig falschem Bewusstsein und Realität zu verhindern suchen. Die notwendig falsche Vorstellung, die Vermittlung sei das Übel der Welt; der Markt und die Parteien drängen einen Keil in die unmittelbare und richtige Gemeinschaft, würde erst wahr, wenn unter den Charaktermasken der »Agenten des Wertgesetzes« (Adorno) kein menschliches Wesen mehr wäre, das die Maske trägt. Dass dies noch nicht der Fall ist, ist objektiver Grund zur Hoffnung.

HANS-GREGOR BACKFISCH

Die Demokratie- entwicklung der Uni Frankfurt

38



Seit 100 Jahren gibt es die Goethe Universität Frankfurt nun. An vielen Stellen wird sie dieses Jahr lobpreisen und gefeiert. In diese Feierlichkeiten – und für die Sachen drumherum – floss auch offensichtlich viel Geld. Doch wie wird gefeiert? Was wird gefeiert? Die Geschichte der Uni Frankfurt ist mehr als die Lobpreisenden auf den Feierlichkeiten besingen – sie ist aber auch mehr als andere besingen. Ein großer Fehler besteht schon dabei, dass die Feierlichkeiten auf dem verkehrten Campus stattfinden. Das soll jetzt nicht als Statement für oder gegen einen Campus gesehen werden. Im Gegenteil gehört jeder Campus – egal ob Riedberg, Niederrad, Ginnheim und Westend – zu der Geschichte der Universität. Doch die Universität trägt in Bockenheim ihre Wurzeln, denn dort war es wo alles begann. Und dies ist die Geschichte wie alles

begann: Geschichte oder Geschichten, das frage ich mich oft, wenn es um Erzählungen über die Vergangenheit unserer Uni geht. Erfreulicherweise habe ich in diesem Semester einiges zur Geschichte erfahren können – was die Geschichten zum Teil ihrer Kreativität entlarvt.

Doch fangen wir von vorn an. Die Universität Frankfurt wurde 1914 vom damaligen Oberbürgermeister Franz Adickes und dem Gründer einer Metallfirma, Wilhelm Merton, herbeigeführt. Sie schufen eine Stiftungs-Ordinarienuniversität. Aufgrund ihres Sonderstatus hatte die damalige Uni Frankfurt wenig Ansehen unter den anderen Universitäten.

In den damals leitenden Gremien waren Vertreter*innen der Stadt, der Stifter*innen und der Ordinarien der Universität aktiv. Nicht-Ordinarien und Studierende wurden nicht beteiligt. Der große Rat und das Kuratorium (in denen diese Gruppen saßen) bestimmten über Finanzen, Satzungsfragen, Berufungen, Forschungsgebiete und vieles mehr.

Obwohl andere Statusgruppen, außerhalb der regulären Ordinarien, von Seiten der Uni keine Mitsprache hatten, soll es zumindest eine nicht-Ordinarienvertretung gegeben haben.

Auch das Bild vom Umgang zwischen Studierenden und Ordinarien sollte nicht verklärt werden. Während heute von Zeiten gesprochen wird, in dem die Studierenden zum Professor ehrfürchtig aufblickten, forschten damals die Studierenden mit den Lehrenden Seite an Seite. Und, so heißt es in dokumentierenden Schriften zur Universität, dieses Gemeinsame wurde später versucht wieder zu erreichen, weil es als Verlust angesehen wurde.

Doch weiter im Text: Mit der Machtergreifung der Nazis brachen auch an der Universität Frankfurt dunkle Zeiten an. Unliebsame Ordinarien (aufgrund ihres Glaubens oder auch ihrer Einstellung zum Regime/ zu den Handlungen der NSDAP) wurden aus der Universität gejagt. Es wurden Parteifunktionäre an allen leitenden Positionen und in den Gremien eingesetzt. Teilweise wurden Gremien abgeschafft. Eine offizielle

Gleichschaltung mit allen Universitäten scheiterte an Satzungsdiskussionen und dem eintretendem 2. Weltkrieg. Die Universität bewegte sich insatzungsfreien Raum.

Nach dem zweiten Weltkrieg kehrten einige Personen aus dem Exil zurück. Der große Rat und das Kuratorium wurden wieder gegründet und es wurde zu der Sitzung vor der Machtübernahme der NSDAP zurückgekehrt.

Der damalige Kultusminister Stein sprach sich dann bereits 1947 für eine Beteiligung der Studierenden in den Gremien der Universitäten aus. Es wurde sich eine gemäßigte Politik erhofft und die Gewinnung der Studierenden für die Republik wurde bezweckt.

Es wurden verfasste Studierendenschaften eingeführt.

Doch viele Studierende waren noch sehr rechts gesinnt und ließen das auch in ihrer Politik deutlich werden, sodass die verfassten Studierendenschaften bald wieder abgeschafft wurden.

Erst in Richtung der 60er Jahre gehend machte sich ein Wandel breit. Unabhängige Studierendenschaften gründeten sich. Die Jugend wurde immer stärker politisiert und deutlich mehr linke Studierende engagierten sich.

Teilweise das Engagement der Studierendenbewegungen, zum guten Teil aber auch Erfahrungen von konstruktiver Zusammenarbeit mit den Studierenden, und schließlich die finanzielle Notlage der Universität führten schließlich zu einer stärkeren Demokratisierung. So wurde bereits in den 50ern das Land mit in die universitäre Finanzierung und somit auch in die Gremien einbezogen. Ende der 60er Jahre übernahm das Land die Universität komplett. Durch die Einflussnahme des Landes gewann auch das Hessische Hochschulgesetz für die Uni Frankfurt an Bedeutung. Was heute ein Problem ist sorgte damals für die Möglichkeit der Mitbestimmung, denn mitte/ ende der 60er Jahre wurde dort festgeschrieben, dass auch Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter und die damals noch bestehenden nicht-Ordinarien beteiligt werden sollten (später auch die technisch-administrativen Mitarbeiter).

Es gab in der Universität große Uneinigkeit wie diese Beteiligung aussehen sollte. Die Vertreter der Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen wollten eine Drittelparität, die Ordinarien präferierten ein 40:20:20:20 Modell (wobei sie die 40% Vertretung haben wollten).

Würde ich das hin und her – was aber sehr lesenswert ist – hier näher auseinandernehmen wollen, würde aufgrund der Länge dieser Artikel nicht abgedruckt werden. Ich beschränke mich deshalb darauf hinzuweisen, dass schließlich eine Beteiligung stattfand und es am Ende irgendwann in dem Modell der Gruppenuni mündete.

Die Beteiligung auf dem Weg zur, und im Rahmen der, Gruppenuni sah so aus, dass die Vertreter eine nahezu ähnliche Sitzzahl erreichen konnten. Diese war jedoch an eine 50% Hürde gekoppelt. Ein Aspekt den man

sich kaum vorstellen kann bei der heutigen Wahlbeteiligung. Es benötigte 50% Wahlbeteiligung in der jeweiligen Statusgruppe um alle Sitze zu bekommen. Das wurde schon damals kaum bis gar nicht erreicht, doch zumindest waren die Wahlergebnisse 3 bis 4 mal so hoch wie sie es heute sind.

Die Arbeit des Senats, der in der ganzen Geschichte der Uni Frankfurt eine eher stiefkindliche Rolle zu spielen scheint, wurde damals in regelmäßige Ausschüsse zerteilt. Oberstes Organ wurde der Konvent, der auch den Rektor wählte und über Satzungsfragen entschied.

Doch dieses Konzept der Uni hielt nicht lange. Bereits in den 90ern strebte die Landesregierung aus CDU und FDP eine stärkere Wirtschaftlichkeit der Universitäten, mehr Effizienz und eine stärkere Einbindung von externen Personen an.

Am Rande: Es wurde zwar schon früh im Hessischen Hochschulgesetz eine Präsidialverwaltung verankert, der Präsident spielte somit eine wichtige wichtige Rolle, aber seine Rolle war stark verbunden mit den Gremien. Auch das sollte sich nun ändern – aber ich versuche weniger zu spoilern.

Zu Beginn des neuen Millenniums wurde dann Rudolf Steinberg neuer Unipräsident. Er wollte eine Rückkehr zur Stiftungsuniversität. Er strebte dabei an das Konzept aus den 50ern wieder anzuknüpfen. Die Entwicklung, welche die Uni damals nahm, empfand er nicht gut. Deswegen ging er wieder ein halbes Jahrhundert zurück und wollte von da aus eigene Reformmaßstäbe setzen. Er wollte mehr Effizienz sähen, Managementstrukturen schaffen und – so behauptet er in seinem Buch – auch den Senat stärken.

Obwohl das Konzept der Wiederkehr zur Stiftungsuni sehr umstritten war, wurde es beschlossen.

Das Ergebnis war ein erneuter Einbezug der Stifter, bei gleichzeitiger Stärkung von externen Gremien wie dem Hochschulrat. Zudem entwickelte sich ein Demokratieverfall der einer Wasserrutsche durchs Schwimmbecken hindurch ins Erdreich gleicht. Konnten 1914 zumindest die Ordinarien noch mitbestimmen, lag nun das letzte Wort beim Präsidenten.

Diese Veto-Macht gegenüber Senatsentscheidungen, um nun ins Heute zu gehen, wurde vom bald scheidenden Universitätspräsidenten, Müller-Esterl, erstmals verdeutlicht.


So kündigte er nicht nur sein Veto an im Falle der Wahl von Studiendekanen. Er erhob auch ein Veto im Bezug auf den Beschluss, dass Lehramtsstudierende, wissenschaftliche Mitarbeiter und technisch-administrative Mitarbeiter Stimmrecht in der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL) bekommen sollten. Der Einbezug anderer Statusgruppen in neuen Gremien kann nun durch das Veto einer Person verhindert werden.

Das war die demokratische Entwicklung der Uni Frankfurt in Kürze. Es ließe sich deutlich mehr schreiben, doch die Zeichenzahl ist ausgereizt.

SANDRA STELZENMÜLLER

Gegen Erzählung? *The old stories.*

Ex narrationum cultura.

A photograph of a crowd of people at night, looking towards a large, multi-story building. The scene is illuminated by a bright blue light, likely from a fireworks display. The building has many windows, some of which are lit. The crowd is in the foreground, with their heads and shoulders visible. The overall atmosphere is festive and celebratory.

Feuerwerk zum 100.

Ex narrationum cultura. Wir erzählen uns Geschichten. Über uns selbst, unsere Umwelt. Über die Universität in Frankfurt und den Begriff im Allgemeinen. Wir erzählen diese Geschichten schlecht. Der ehemalige Rektor der Universität, Rudolf Wiethölter, sagt: Wir können einfach nichts mehr richtig erzählen.

Old man's talk? Kulturpessimismus? Immer auch, wenn Linke sprechen, wenn links gesprochen wird. Wenn wir das als Antwort begreifen, sind wir fertig, bevor wir angefangen haben, bevor gedacht wurde. Das ist zwar üblich, aber nicht produktiv. *Matters of grave importance deserve answers with style*, so Wilde. *Let's get into it*.

Wir können nichts mehr richtig erzählen. Wenn es daran etwas zu deuten gibt, dann ist es die Frage, was mit *Erzählen* gesagt wird. Unbestreitbar, dass geredet wird. Unbestreitbar, dass die Uni sich GU100 erzählen will. Woran scheitert das Erzählen in der Gegenwart und wie scheitert es auf eine Weise, die es möglich macht, zu sagen, uns sei, wie der Wiethölter-Satz impliziert, die Fähigkeit zu erzählen *in toto* flöten gegangen?

In einer Beschreibung, die den Aufstieg der Ideologie des Individualismus verfolgt, nimmt Louis Dumont eine Unterscheidung von Clifford Geertz zwischen flachen und dichten Beschreibungen von Kulturen auf und bringt ein *dichtes* Denken gegen einen reduktiven, rationalen Diskurs in Stellung, der sprachliche Vieldeutigkeit zersplittert und ‚eindeutig‘ macht (235). Nimmt man den Begriff auf, hieße das: Geschichten, die etwas anderes bezeichnen sollen als eine Anreihung von Botschaften, sind *dicht* oder *komplex*. Das heißt: sie gehen in einer Analyse ihrer semantischen Oberflächenstruktur nicht auf. Dass sie nicht aufgehen, heißt, dass ein Rest bleibt, der über den aktualisierbaren Sinngehalt hinausweist. Das hat nichts mit Mystik zu tun. Im Gegenteil. Es hat etwas damit zu tun, dass wir in Sprachen hineinwachsen, die bereits eine Entwicklung hinter sich haben müssen, damit die einzelnen in ihnen erwachen können (Lacan). Es hat etwas damit zu tun, dass wir immer zu etwas Stellung beziehen und damit *positioniert* sprechen, wenn wir sprechen. Erzählen ist bezogen auf Standorte, Sprachstrukturen und kulturelle Erinnerungen, zu denen es sich in Stellung bringt. In eine Stellung, die mehr als nur eine Position verrät, weil sie immer auch eine Haltung produziert. Erzählen ist affektiv, performativ und informativ. Indem eine Erzählung inkompatible Logiken verfolgt und ineinander verstrickt, wird sie dicht: auch der informative Gehalt lässt sich nicht einfach auf bestimmbare Aussagen reduzieren, durch den sein Sinngehalt erfasst wäre. Weil in die semantischen Gehalte affektive und performative Momente Einzug erhalten, ist die Semantik über sich selbst hinaus aufgeladen. Das war der theoretische Teil. Er sichert nur ab, was ohnehin einleuchtet: *Gute Geschichten sind dicht oder komplex*.

Vergleichen wir das mit dem, was die

Universität sich und uns in ihrer GU100 Kampagne über sich erzählen möchte, fällt insbesondere der Mangel an Mehrdeutigkeiten auf. Sicher gab es die düstere NS-Zeit. Die war eben eindeutig schlecht. Danach aber gab es die intellektuelle Hochzeit, die Proteste der Studierenden, die das soziale Leben revolutionierten, heute gibt es Forschung mit Hochglanz auf Weltniveau.

Diese Erzählung ist flach oder eindimensional. Es gibt nichts, was über den Gehalt von Botschaften hinausreicht und diese Botschaften sind werbeförmig abgekarrtet. An der Erzählung entzündeten sich zwei Kritiken:

Die eine Kritikform besteht darin, die flache Erzählung der Universität ins Gegenteil zu spiegeln: Hundert Jahre sind dann kein Grund zu feiern, sondern zur Trauerarbeit. Wie in der Selbsterzählung der Universität steht das Ergebnis der Erzählung, steht die Botschaft bereits fest, bevor das erste Wort gesprochen (oder *horribile dictum*: gedacht) ist. Die Uni ist scheiße, jetzt her mit den Gründen! Damit wird nicht nur das wahnhaftige Bild eines monolithischen Gesamtkonstrukts übernommen, es fehlt vor allem an einer Strategie ambivalenten Erzählens, das Brüche, Ambiguitäten und komplexe Wertungen so verschränkt, das ein Bild entsteht, das sich nicht einfach in einem Satz zusammenfassen lässt.

Die zweite Devaluationsstrategie besteht darin, gegen Erzählung anzugehen. Weil jede Erzählung immer etwas konstruiert, also eine produktive oder phantastische Leistung darstellt, kann keine Erzählung *Geltung* beanspruchen. Damit wird aber nicht nur an einem imaginären authentischen Wahren festgehalten, sondern der Kern von Geschichten selbst wird verfehlt. Keine Geschichte beansprucht *Geltung*. Erzählen heißt nicht: Wahrheit abbilden, sondern Kultur erzeugen. In diesen kulturellen Räumen entsteht dann die Möglichkeit einer Einschreibung in etwas, das über sich hinausweist (eine komplexe Erzählung), dessen Implikationen für die Beteiligten auch gar nicht bis ins Letzte zu überblicken sind. Während die erste Form der Gegenerzählung das Flache der kritisierten Erzählung imitiert, verkennt die Haltung *Gegen Erzählung* worum es in Geschichten geht. Wir dürfen davon ausgehen, dass sie ihren Sancho Pansa im Gepäck hat.

Die Literaturzeitschrift *otium* ging aus dem Studentenprotest 2009 hervor. Mit den Protesten teilte sie die Analyse, dass es mit Bildung ein Problem gibt und sich dieses Problem verschärft, weil die Um- und Unstrukturierung der Universitäten an den Kern von Bildung, nämlich an die geistigen Vermögen, rührt. Dem gegenüber stand ein Unbehagen gegenüber der Wahl (oder besser: der Beschränkung) der protestierenden Mittel. Poetische Strategien, Strategien zur Erzeugung von Komplexität (und das heißt: von inneren Widersprüchen, Ambiguitäten, Wahnsinn) wurden nicht wahrnehmbar verfolgt. Während die Bildung zu Grabe getragen wurde, war der Begriff schon so entleert,

das nur noch ein Phantom im Sarg lag. An die Stelle von Ablehnung sollte Auseinandersetzung treten, eine, die die eigene Haltung als mindestens ebenso zweifelhaft ansieht, wie das, gegen das sie sich entwirft. Eine Auseinandersetzung, in der der Ausgang der Geschichte nicht immer schon klar ist, wenn eine Partei zu reden ansetzt. In der das erste, was auseinandergesetzt wird, der eigene Status als Partei ist. Die Aufgabe, die damit in der Welt war, ist nicht zu erfüllen. Sie ist nur zu bearbeiten. In dieser Arbeit begreift sich *otium*.

Eine Gegenerzählung darf nicht der negative Reflex zu den Fehlern des universitären (konsensuellen oder hegemonialen) Erzählens werden, darf sich nicht auf die Spiegelung von Kardinalsfehlern beschränken. Eine neue Erzählung muss die Möglichkeiten komplexer Geschichten für die Gegenwart zurückgewinnen.

Erst in einem Überschuss von Komplexität lässt sich eine defuturisierte Zukunft futurisieren, lassen sich geschlossene Räume öffnen, depotenzierte Möglichkeiten potenzieren. Nur in einer überschüssigen Komplexität lässt sich etwas sagen, wenn alle direkten Aussagen zu Werbebotschaften oder politischen *talking points* degradiert sind. Nur in einer über sich selbst hinausweisenden Komplexität können wir uns einem Konsens entziehen, der liberal und integrativ ist und alles absorbiert, sobald er es vereinfacht und damit verstehbar gemacht hat. Ein Konsens, in dem Abweicheung nicht mehr bekämpft, sondern neutralisiert wird.

Zurück zur Kultur: »Die Wassernot lehrt beten und zaubern« (Aby Warburg). Die Unmöglichkeit von Abweichung sollte komplexes Erzählen lehren. Die Aufgabe einer Literaturzeitschrift wäre demnach die Möglichkeiten komplexen Erzählens für die Gegenwart auszuloten, der Gegenwart eine Erzählung zu geben, die weder groß (*le maudit grand récit*), noch eindeutig ist, in der sich vielmehr die Einzigartigkeit von Zeitfolgen mit ihrem immanenten Überschusspotential verschränkt. Rudolf Wiethölter ist mittlerweile 85 Jahre. Er sagt: »Ich liebe meine alten Geschichten.« Und: »Oh, vielleicht komme ich nachher noch... na, was soll's.«

Er kommentierte auch das Feuerwerk am. Es fand am falschen Tag statt, einem, an dem die Universität kein Jubiläum feierte. Die 50 Jahre Feier sei ohnehin besser gewesen. Damals gab es einen interdisziplinären Wissenschaftskongress. Niemand kann sich dem Gefühl entziehen, dass das maßlos antiquiert klingt. Das ist ein Problem für uns.

OTIUM – ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR UND GEGENWARTSBILDUNG

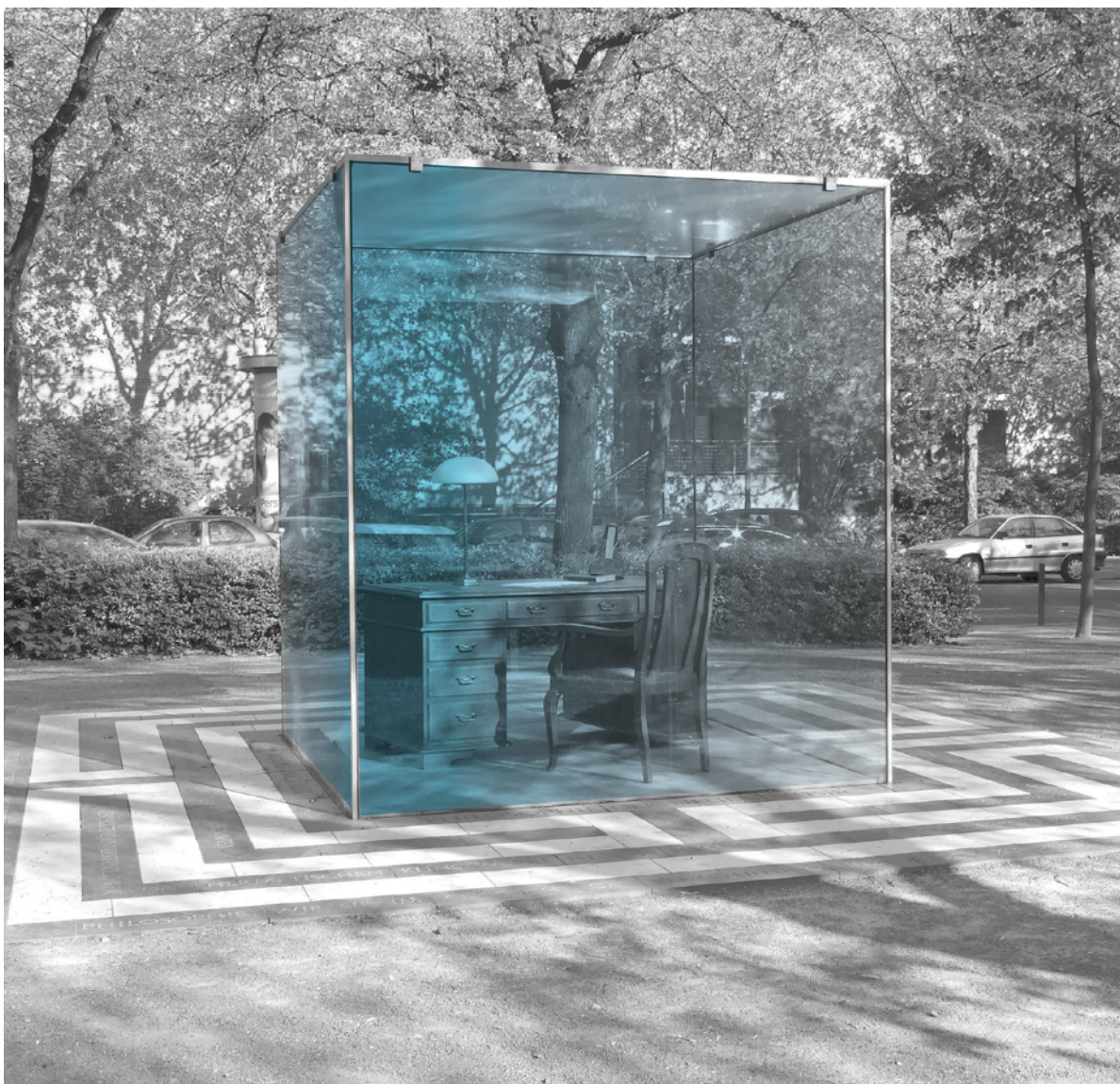
erscheint zwei Mal im Jahr. Die zehnte Ausgabe (2014) bespricht das X.

Die Kopplung von uneinholbarer Unbestimmtheit mit der Möglichkeit eines Treffers.

Adorno beim Wort nehmen:

Zur Bekämpfung
des Antisemitismus heute

42



Der 23. Juli 2014 war für alle, die sich für eine Aufarbeitung an der Goethe-Uni einsetzen, ein historischer Tag: Nach zehn Jahren Streit und Kampf beschließt der Senat die Umbenennung des Grüneburgplatzes in Norbert-Wollheim-Platz. Ein wichtiger Schritt zur Konfrontation mit Geschichte und Gegenwart. Nebenbei beschließt der Senat zusätzlich eine Horkheimer-Straße und einen Adorno-Platz. Laut Uni-Präsident Müller-Esterl geht es um »historische Verantwortung für die eigene Geschichte« und das Ehren von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, »die bis heute Weltgeltung genießen und zugleich für alle Hochschulmitglieder identitätsstiftend sind«.

Der 23. Juli 2014 war für alle, die sich für eine Aufarbeitung an der Goethe-Uni einsetzen, ein historischer Tag: Nach zehn Jahren Streit und Kampf beschließt der Senat die Umbenennung des Grüneburgplatzes in Norbert-Wollheim-Platz. Ein wichtiger Schritt zur Konfrontation mit Geschichte und Gegenwart. Nebenbei beschließt der Senat zusätzlich eine Horkheimer-Straße und einen Adorno-Platz. Laut Uni-Präsident Müller-Esterl geht es um »historische Verantwortung für die eigene Geschichte« und das Ehren von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, »die bis heute Weltgeltung genießen und zugleich für alle Hochschulmitglieder identitätsstiftend sind«.

12 Tage davor: Am 12. Juli nehmen mehr als 2000 Teilnehmer*innen bei einer sogenannten Pro-Palästina-Demonstration in der Frankfurter Innenstadt teil. Darunter Nationalist*innen, Hamas und die anti-imperialistische Linke, die minutenlang »Kindermörder Israel« durch ein Polizeimikrofon skandieren und ihre faschistoiden Haltungen verbreiten. Die Tage danach: Die Bildungsstätte Anne-Frank in Frankfurt und die jüdische Synagoge im Baumweg werden mit Nazi-Sprüchen beschmiert, Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Frankfurts wird mit Mord gedroht und Jüd*innen werden sogar angegriffen. Die Liste ließe sich weiterführen. Für Frankfurt, Deutschland und darüber hinaus.

Täglicher Antisemitismus, völlig sichtbar, der sich in einer zutiefst perfiden Direktheit entblößt. Der Beschluss zur Adorno-Straße fällt genau in diesen Zeitraum. Theodor W. Adorno sagte unter dem Titel »Erziehung nach Auschwitz« (Adorno 1959) folgende entscheidenden Worte zu einer Aufarbeitung, die sich als Aufklärung versteht: »Jede Debatte über Erziehungs Ideale ist nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, dass Auschwitz nicht sich wiederhole.« (Adorno 1959). Wer einen Adorno-Platz

ernstlich begreift, der muss sich mit dem gegenwärtigen Antisemitismus hier vor Ort und überall sonst beschäftigen. Denn »Aufklärung über das Geschehene muss einem Vergessen entgegenarbeiten, das nur allzu leicht mit der Rechtfertigung des Vergessenen sich zusammenfindet« (Adorno 1959).

Deshalb will der nachfolgende Essay Adorno beim Wort nehmen und sich mit der Bekämpfung des Antisemitismus heute auseinandersetzen. Im Nachfolgenden soll eine Auseinandersetzung stattfinden, wie sich der aktuelle Antisemitismus – trotz Direktheit – einer Kritik entzieht, worin sich israelbezogener Antisemitismus und legitime Kritik am Staat Israel unterscheiden und, wie schließlich am Beispiel der sogenannten »Friedensbewegung 2014« ersichtlich, Antisemitismus politisch rechts und (pseudo)links belebt wird.

»Man darf ja gegen Juden/Israel heute nichts sagen...«

Ralf Michalowsky, Chef und Sprecher der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen, bietet symptomatisch für viele Gleichgesinnte in diesem Land einen solchen Schleier, indem er erklärt, dass »die hysterischen Warnungen vor einem neuen Antisemitismus in Deutschland von Israels Vorgehen in Gaza ablenken sollen« (Hollstein 2014). Die Taktik der Antisemit*innen wirkt. Denn eine Vielzahl von Nachrichtenartikeln, Blog-Beiträgen oder Kommentaren in sozialen Netzwerken lassen sich – so scheint es mir – auf diese Argumentationsstruktur ein und beteiligen sich an Diskussionen zur gegenseitigen Aufrechnung von Opfern auf Seiten Israels und Palästinas, um wiederum auf die Legitimität der Pro-Palästina-Demos oder sogenannter »Israelkritik« schließen zu können. Im Eingehen auf diese Argumentationsstruktur können Zionist*innen und Gegner*innen des Antisemitismus nur

verlieren, da die Spielregeln zur Bewertung und Beurteilung von antizionistischer Seite bereits vorgegeben sind.

Eine weitere Verschleierung der antisemitischen Verhältnisse findet über die Konstruktion eines fiktiven gesellschaftlichen Tabus statt. Dabei werden antisemitische Haltungen gefördert, indem das Tabu »man darf ja gegen Juden/Israel heute nichts sagen« konstruiert wird. Theodor W. Adorno stellte dazu bereits richtig fest: »Es wird sozusagen gerade aus dem öffentlichen Tabu über dem Antisemitismus ein Argument für den Antisemitismus gemacht, denn, wenn man nichts gegen die Juden sagen darf, dann läuft die assoziative Logik weiter in der Weise: dass an dem, was man gegen sie könnte, auch schon etwas dran sei« (Adorno 1964).

Zur Bekämpfung der Verschleierung des Antisemitismus müssen demnach alle antisemitischen Argumentationslogiken abgelehnt werden, deren Ziel es ist, antisemitische Haltungen und Handlungen über eine Diskussion um Israel-Palästina zu verbreiten. Den Antisemit*innen geht es dabei nicht um den Konflikt als solchen, sondern um die Akkumulation ihres Hasses.

Zwischen legitimer Kritik an Israel und israelbezogenem Antisemitismus

Doch wie kann zwischen legitimer Kritik an Israel und israelbezogenem Antisemitismus unterschieden werden? Die »bekanntesten Kriterien« (Riebe o. J.) wurden von Natan Sharansky im so genannten »3-D-Test« (Sharansky 2004) entwickelt, bei dem er zwischen Dämonisierung, Doppelstandards und Delegitimierung unterscheidet, um oft verbreiteten Antisemitismus von tatsächlicher Kritik an der Handlungsweise der Staatsregierung Israels zu unterscheiden. Dämonisierung: Nach Sharansky meint Dämonisierung den Versuch, Israel als

»Die Herren Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski, das englische und das saudische Königshaus« (Teidelbaum 2014) sind die regierende Finanzoligarchie, die deutschen Medien sind von »Washington aus« (Elsässer 2014) gelenkt und ähnlich wie in der Nazi-Zeit gleichgeschaltet, Deutschland ist ein »ein von den USA besetztes Land« (Elsässer 2014) und schließlich, wie so oft bei den Montagsdemonstrationen, wird im lautstarken Kollektiv das »Ami go home« (Elsässer 2014) verkündet.

»Inbegriff des Bösen« (Sharansky 2004) darzustellen. Beispiele dafür sind die häufig anzutreffenden Vergleiche Israels mit dem Nationalsozialismus und der palästinensischen Flüchtlingslager mit Auschwitz. Sichtbar sind Dämonisierungen, wenn der türkische Ministerpräsident Erdoğan erklärt, dass die Israelis »Hitler in Sachen Barbarei übertroffen haben« (Reuters 2014) oder in subtilerer Abwandlung, wenn von »Völkermord« (Anker/Kraetzer 2014), dem »Ausschlachten« (Elsässer 2014) durch Israel oder »Kindermörder Israel« (Anker/Kraetzer 2014) gesprochen wird und damit Nazi-Terminologien verwendet werden.

Doppelstandards: Darüber hinaus geht es um die Selektivität der Kritik an Israel gegenüber anderen Staaten. »Mit anderen Worten, erzeugt ähnliche Politik anderer Regierungen die gleiche Kritik, oder wird hier ein doppelter Standard eingesetzt?« (Sharansky 2004) Alleine der Begriff »Israelkritik« lässt auf jene Selektivität schließen, da es rein von der Nomenklatur keinen gleichwertigen Begriff gibt, der solch allgemeine Verwendung hat wie der der Israelkritik. Deutschlandkritik, Frankreichkritik, Chinakritik, ... – die Liste ließe sich unbegrenzt fortführen und unterstreicht das Fehlen eines gleichwertigen Begriffes an anderer Stelle. Zusätzlich lässt sich gegenwärtig beobachten, dass alle existierenden internationalen Konflikte in den Hintergrund verschwinden und es Israel sei, die den »Weltfrieden bedrohen und den dritten Weltkrieg herbeiführen wolle« (Riebe o. J.). Die Kriege in Zentral- und Westafrika oder der immer noch viele Menschenleben raubenden Bürgerkrieg in Syrien sind nur noch zu Nebenschauplätzen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung geworden.

Delegitimierung: Laut Sharansky handelt sich nicht um Kritik, sondern um Antisemitismus, sobald das Existenzrecht des Staates Israels angezweifelt wird. Darunter fällt auch, wenn – wie aktuell bei vielen Pro-Palästina-Demonstrationen – ein Existenzrecht eines Staates Palästina gefordert wird, ohne dies im gleichen Zuge für Israel einzufordern. Denn »wenn andere Völker das Recht darauf haben, sicher in ihrem Heimatland zu leben, dann haben auch die jüdischen Menschen ein Recht darauf, sicher in ihrem Heimatland zu leben« (Sharansky 2004). Umgekehrt bedeutet dies, dass sobald das Existenzrecht nur für ein Land, explizit Palästina, gefordert wird, der Staat Israel delegitimiert und das universelle Recht der jüdischen Bevölkerung auf ein sicheres Leben gezielt angegriffen wird.

Sharansky empfiehlt schließlich die Analogie der 3-D-Brille. Nur in der Beurteilung der drei Punkte könne eine ernsthafte Beurteilung von legitimer Kritik am Staat Israel und israelbezogenem Antisemitismus stattfinden. Denn »wenn wir nicht die richtige Brille aufhaben, werden wir dieses uralte Übel nicht erkennen können, geschweige denn dagegen angehen« (Sharansky 2004).

Die Quellen des Antisemitismus: Woher kommt der Hass?

Der aktuelle Antisemitismus bedeckt sich – wie oben dargestellt – in seiner Israelbezogenheit. Auch wenn deshalb oft vom »Antisemitismus ohne Antisemiten« (Kahane o.J.) gesprochen wird, halte ich eine grundsätzliche Debatte um den Antisemitismus gerade in der Verbindung mit den Subjekten für dringend notwendig. Für eine tatsächliche Untersuchung des Antisemitismus besteht hier leider nicht der Raum. Denn eine genaue Untersuchung des Antisemitismus würde eine Auseinandersetzung mit »sozialen, psychologischen, und philosophischen Implikationen« (Horkheimer 1946) voraussetzen.

Friedensbewegung 2014: Die politische Belegung des Antisemitismus

Aus diesem Grund konzentriere ich mich auf die Entwicklung des Antisemitismus innerhalb politischer Bewegungen am Beispiel der »Friedensbewegung 2014« (Neumann 2014). Diese sogenannte Friedensbewegung ist für viele durch die aktuellen Montagsdemonstrationen wahrnehmbar, die seit etwa April bundesweit in verschiedensten Städten stattfinden. In Wahrheit steht dahinter das Verständnis einer rechtsextremen Bündnisstrategie, die Gemeinsamkeiten zwischen politischen Lagern betont bzw. konstruiert, mit dem Ziel, die politische Macht, national-völkisch zu definieren. Mit anderen Worten: Rassismus und Antisemitismus werden salonfähig gemacht – links, rechts und in der gesellschaftlichen Mitte. Damit diese Strategie nicht sofort als Querfrontstrategie entlarvt wird, bekommt sie einen pazifistischen Anstrich: Frieden. Ziel dieser Strategie ist es, über die Konstruktion von Gemeinsamkeiten zwischen dem rechten und traditionell linken Lager eine politische Kooperation zu schaffen. Inhaltlich geht es aus rechtsextremer Sicht um scheinbar gemeinsame Punkte im Kampf gegen Globalisierung, Imperialismus und Kapitalismus. Diese Bündnisstrategie scheint aufzugehen: Auch wenn es sich bei den Montagsdemonstrationen bisher nicht um eine quantitativ große Bewegung handelt, sind sie doch in ihrer

Zusammensetzung ernst zu nehmen. Vertreter*innen der Linkspartei sind, auch wenn sich die Bundespartei von den Montagsdemonstrationen distanziert, regelmäßige Besucher*innen. Hinzu kommen Nationalist*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und vom scheinbaren Pazifismus-Wunsch dieser Gruppe interessierte Bürger*innen.

Wie zeigt sich dieser Antisemitismus?

Im Gegensatz zum israelbezogenen Antisemitismus, offenbart sich in den Querfront-Aktivitäten ein struktureller Antisemitismus, der sich aus einer scheinbaren Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft ableitet. Jürgen Elsässer, Ex-Linker, zählt zu den führenden Köpfen der Montagsdemonstrationen, und erklärt die Ergebnisse seiner sogenannten kapitalismuskritischen Analysen folgendermaßen: »Die Herren Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski, das englische und das saudische Königshaus« (Teidelbaum 2014) sind die regierende Finanzoligarchie, die deutschen Medien sind von »Washington aus« (Elsässer 2014) gelenkt und ähnlich wie in der Nazi-Zeit gleichgeschaltet, Deutschland ist ein »ein von den USA besetztes Land« (Elsässer 2014) und schließlich, wie so oft bei den Montagsdemonstrationen, wird im lautstarken Kollektiv das »Ami go home« (Elsässer 2014) verkündet.

Was auf den ersten Blick wie eine verkappte Darstellung eines Populisten wirkt, ist auf den zweiten Blick eine systematische Kapitalismusverkürzung zur Konstruktion antisemitischer Sündenböcke.

(Pseudo)Links und rechts: Wie passt das zusammen?

Die Aussagen Elsässers stehen symptomatisch für den Inhalt der Montagsdemonstrationen. Auf individuelle Unterschiede zwischen vereinzelt Montagsdemonstrationen kann und soll hier nicht eingegangen werden (z.B. auf die Verschwörungstheoretiker*innen, die davon ausgehen, dass Deutschland kein demokratischer Staat, sondern eine von der Finanzoligarchie geführte GmbH sei), da es um die grundsätzliche Haltung hinter dieser Form politischer Agitation geht. Die zentrale Frage angesichts der Aussagen Elsässers lautet, wieso (Pseudo)Linke an diesen Demonstrationen teilnehmen. Grundlage dafür ist, dass das »bürgerliche Denken den Juden zum Sinnbild und Repräsentanten für die raffende Natur des liberalistischen Wirtschaftssystems macht« (Adorno/Horkheimer 1944). Die jüdische Bevölkerung ist eine aus »historischen Gründen besonders prädestinierte Projektionsfläche« (Pohl 2009), da beispielsweise für die christliche

Bevölkerung das Zinsverbot herrschte und Teile der jüdischen Bevölkerung in einem Zeitraum Geld- und Zinsverleih koordinierten. Allerdings ist hier zentral, dass erstens nur sehr wenige Jüd*innen und zusätzlich auch Lombard*innen und Armenier*innen wesentlich stärker im Geld- und Zinsverleih arbeiteten, so dass keinesfalls von einem Zinsmonopol der jüdischen Bevölkerung im Mittelalter gesprochen werden kann. Dass heute der jüdischen Bevölkerung »das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse aufgebürdet« (Adorno/Horkheimer 1944) wird, hängt mit einer Trennung zwischen dem »schaffenden« und »raffenden« Kapital zusammen. Dahinter steht die »widersinnige Differenz« (Bierl 2001) zwischen »einem guten, weil produzierenden, einem bösen, weil zinsheckenden Kapital« (Bierl 2001). Tatsächlich ist »dieses schaffende Kapital immer auch Geldbesitzer und umgekehrt die Banken Miteigentümer an Unternehmen; Finanzkapital und Industriekapital sind untrennbar miteinander verbunden« (Bierl 2001). Die Unterscheidung von »raffendem« und »schaffendem« Kapital wurde bereits von den Nazis verwendet, um »im Juden das Grundübel der Welt« zu sehen und zu rechtfertigen (Pohl 2009). Ein solches Verständnis ist nicht eine Verkürzung von Kapitalismuskritik, es hat mit dieser nichts mehr zu tun. Denn nach dieser Haltung geht es nicht mehr um Produktionsverhältnisse und Klassenunterschiede, sondern nur noch um die falsche Dichotomie von guter und schlechter Kapitalschaffung. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird aufgehoben und ein neuer – der zwischen Produktiv- und Finanzkapital – aufgemacht.

Vom strukturellen Antisemitismus zum Antisemitismus

Und schnell kommt man – dieser Argumentationslogik folgend – zu den Bildern des raffenden Juden, der jüdisch dominierten Finanzoligarchie, der sogenannten imperialistischen Mächte USA und Israel und damit zu einer konstruierten Gemeinsamkeit zwischen Linken und Rechten, die aus unterschiedlichen Motiven scheinbar das gleiche möchten: Die Bekämpfung des für das Elend der Welt verantwortlichen Finanzkapitals einschließlich ihrer Vertreter*innen. Das Problem sind deshalb nicht die Montagsdemonstrationen. Das Problem ist die Haltung dahinter. Aus meinen Darstellungen folgt, dass eine wirkliche Auseinandersetzung um Kapitalismuskritik innerhalb der gesellschaftlichen Linken dringend notwendig ist. Wenn bei Occupy die Gesellschaft zwischen 1 und 99 Prozent aufgeteilt wird und bei Blockupy während der vergangenen Proteste die Banken Schwerpunkt der Kritik bilden, entstehen Elemente des strukturellen Antisemitismus, die rechtsextreme und antisemitische Bündnisse wie die Montags-Querfront vorantreiben (Anmerkung: nicht ohne Grund waren bei der antisemitischen Pro-Palästina Demo in Frankfurt am Main am 12.07.14 drei Gruppen aus dem NoTroika Bündnis von Blockupy dabei).

Was bleibt?

Widerstand gegen Antisemitismus!

Ich habe in meinem Artikel versucht, deutlich zu machen, dass eine Auseinandersetzung um den aktuellen Antisemitismus in seinen verschiedenen Elementen notwendiger denn je ist. Dabei gilt es, die antisemitische Argumentationslogik »man müsse erstmal von Israel und Palästina reden, bevor hier über Antisemitismus gesprochen wird«, genauso wie den Schleier von scheinbarer Israelkritik und fiktiven Tabubrüchen abzulehnen. Widerstand gegen den Antisemitismus ist notwendig!

Der aktuelle Antisemitismus muss Warnsignal für die wirkliche antikapitalistische Linke sein. Sie darf sich in Zukunft nicht mehr nur rhetorisch von Antisemitismus abgrenzen. Ihre Aufgabe ist es, den Antisemitismus als solchen zu entlarven und den neuen israelbezogenen Antisemitismus zu bekämpfen. Schließlich muss in der antikapitalistischen Linken eine tiefgehende kapitalismuskritische Debatte stattfinden, die den Querfront-Bewegungen inhaltlich und praktisch den Kampf ansagt, in dem eine Gegenanalyse zur verkappten Finanzkapital-Kritik erarbeitet und in politischen Bündnissen und Bewegungen eingebracht wird.

Und schließlich: Weder befindet sich Antisemitismus außerhalb der Hochschule, noch diese sich außerhalb der Gesellschaft. Ein Adorno-Platz ohne eine Auseinandersetzung um den Antisemitismus gleicht einer Diskussion ohne Inhalt. Adorno beim Wort nehmen, wie es dieser Artikel einfordert, bedeutet also, sich der Bekämpfung des Antisemitismus heute zu verpflichten. In einer Anlehnung an einen viel zitierten Satz Horkheimers lässt sich abschließend sagen: Wer aber vom Antisemitismus nicht reden will, sollte auch von Adorno schweigen. Dessen sollte sich die Goethe-Universität Frankfurt bewusst sein.

LAURIEN SIMON WÜST

NOTES (ALPHABETISCH):

- Adorno, Theodor W. (1964): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in *Das Argument* 29, Jg.6 1964
- Adorno, Theodor W. (1966): Erziehung nach Auschwitz, in: Theodor W. Adorno: Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse (1997), Suhrkamp
- Adorno, Theodor W. (1959): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Theodor W. Adorno: Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse (1997), Suhrkamp
- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max (1944): Elemente des Antisemitismus. Aus: Theodor W. Adorno/Max Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung* (1988), Fischer-Verlag.
- Anker, Jens/Kraetzer, Ulrich (2014): Wenn Kinder mit zur Anti-Israel-Demo in Berlin kommen, *Morgenpost Berlin*. Online unter: <http://www.morgenpost.de/berlin/article130466273/Wenn-Kinder-mit-zur-Anti-Israel-Demo-in-Berlin-kommen.html> (Abruf am 20. September 2014)

Bauer, Alexandra (2005): »denn Rettung der Aufklärung ist unser Anliegen«. Horkheimer/Adorno über die Elemente des Antisemitismus. In *Sic et Non*, Nr. 1 (PDF)

Bierl, Peter (2001): »Schaffendes« und »raffendes« Kapital. Die Tauschrinde, die Lehre des Silvio Gesell und der Antisemitismus. »Context XXI« Nr. 2/2001

Elsässer, Jürgen (2014): Rede zur Mahnwache in Berlin, Online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=V02h4trq3DU> (Abruf am 20. September 2014)

Heni, Clemens (2008): Sekundärer Antisemitismus. Ein kaum erforschter Teil des Post-Holocaust-Antisemitismus, *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, Jg. 47, Heft 187, 132–142

Horkheimer, Max (1946): Antisemitismus: Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen Forschungsansatzes, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 5, S. 364–372, hier S. 665

Hollstein, Miriam (2014): Antisemitismus-Streit im Hort des Wahnsinns, *Die Welt*. Online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article130725609/Antisemitismus-Streit-im-Hort-des-Wahnsinns.html> (letzter Zugriff am 20. September 2014)

Kahane, Anetta (o.J.): Hintergrund/Analyse/Begrifflichkeiten. Israelbezogener Antisemitismus – ein überladenes Problem. Aus: Amadeu Antonio Stiftung: »Man wird ja Israel wohl noch kritisieren dürfen...?!« Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen. Online unter: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israelfeindschaft.pdf> (letzter Aufruf am 20. September 2014)

Pohl, Rolf (o. J.): Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie, aus: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Oezdogan (HG.) (2009): *Konstellationen des Antisemitismus. Theorie-Forschung-Praxis*, Wiesbaden: VS-Verlag

Riebe, Jan (o.J.): Was ist israelbezogener Antisemitismus? Aus: Amadeu Antonio Stiftung: »Man wird ja Israel wohl noch kritisieren dürfen...?!« Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen. Online unter: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israelfeindschaft.pdf> (letzter Aufruf am 20. September 2014)

Reuters (2014), Erdoğan brüskiert Israel mit Hitlervergleich, *Zeit Online*. Online unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/erdo-an-israel-hitlervergleich> (Aufruf am 31. Juli 2014)

Sharansky, Natan (2004): Antisemitismus in 3-D. Die Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israel und dem sogenannten neuen Antisemitismus, *Jüdisches Leben Online*. Online unter: <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm> (letzter Aufruf am 31. Juli 2014)

Teidelbaum, Lucius (2014): Die neuen Montagsmahnwachen: Eine Querfront für den Frieden? *Jüdisches Leben Online*. Online unter: <http://www.hagalil.com/archiv/2014/07/02/montagsmahnwachen/> (Abruf am 20. September 2014)

Mensa in der Krise!

Liebe Mitesser_innen, Studierende:

Die Lage ist ernst, die Mägen sind leer, das Mensasystem steht kurz vor dem Kollaps. Was wir nun brauchen sind Entschlossenheit, Durchhaltewille und Mut zur Tat um die grassierenden Probleme zu beheben. Die Preissteigerungen in den Einrichtungen des Studentenwerks zwingen uns zur Improvisation, viele von uns sind gezwungen, das Schmieren des Pausenbrots neu zu erlernen, dem Tischnachbarn in der Mensa im Kampf ums nackte Überleben den Nachtschiff zu stibitzen, oder die Mensa durch den falschen Ausgang zu verlassen.

Als serviceorientierte Hochschulgruppe_in ergreifen wir nun die Initiative und nehmen die Herausforderung an: Eure leeren

Mägen gilt es zu füllen, dies ist unser Auftrag!

Für die Basisversorgung und die Entlastung des Portemonnaies dienen Workshops zum Erlernen der gezielten kulinarischen Vorbereitung auf den Unitag. Wie belege ich ein Pausenbrot? Was ist Salat? Gibt es Cornflakes auch in der Dose? Dies sind Fragen, die euch unsere (geplante) Servicehotline gerne beantwortet.

Telefon: 01801788336

(3,9 Cent/Min aus dem dt. Festnetz,
Mobilfunk max. 42 Cent/Min)

Kernpunkt unserer Versorgungsoffensive wird allerdings die Organisation des Hungers, Nahrungssuchende können sich

demnächst über unsere Mealsharing-Plattform (mitessgelegenheit.eu) zwecks Kalorienaufnahme vernetzen. Wer seinen Beilagensalat generell nicht verkonsumiert, oder die »Big Portion« wählt und plötzlich keinen Appetit mehr verspürt, kann sich über unsere Onlineplattform hungrige Kommilitonierende zum Mitessen einladen. Auch können sich bereits vor dem Mensabesuch Essende aus den verschiedensten Fachbereichen gezielt zum Teilen der Gerichte verabreden. Wer sich sein Essen teilt, spart und kann gleichzeitig einen Teil des Hungers an andere weiter geben.

Es ist angerichtet... Bon Appetit!

Bis die neuen Serviceangebote online sind, könnt ihr euch wie bisher via Facebook informieren: LAURA ELSEBACH

Richtig



Mensa in der Krise!

Liebe Mitesser_innen, Studierende:
Die Lage ist ernst, die Mägen sind leer, das Mensasystem steht kurz vor dem Kollaps. Was wir nun brauchen sind Entschlossenheit, Durchhaltewille und Mut zur Tat um die grassierenden Probleme zu beheben. Die Preissteigerungen in den Einrichtungen des Studentenwerks zwingen uns zur Improvisation, viele von uns sind gezwungen, das Schmeieren des Pausenbrots neu zu erlernen, dem Tischnachbarn in der Mensa im Kampf ums nackte Überleben den Nachtsch zu stibitzen, oder die Mensa durch den falschen Ausgang zu verlassen.

Als serviceorientierte Hochschulg룹p_in ergetzen wir nun die Initiative und nehmen die Herausforderung an: Eure leeren

Mägen gilt es zu füllen, dies ist unser Auftrag!
Für die Basisversorgung und die Entlastung des Portemonnaies dienen Wörkshops zum Erlernen der gezielten kulinarischen Vorbereitung auf den Uni-tag. Wie belege ich ein Pausenbrot? Was ist Salat? Dies sind Fragen, die kes auch in der Dose? Gibt es Cornflakes auch unsere (geplante) Servicehotline gerne beantwortet.

Telefon: 0180788336
(3,9 Cent/Min aus dem dt. Festnetz)
Mobilfunk max. 42 Cent/Min)

Kernpunkt unserer Versorgungssoffer-sive wird allerdings die Organisation des Hungers, Nahrungssuchende können sich

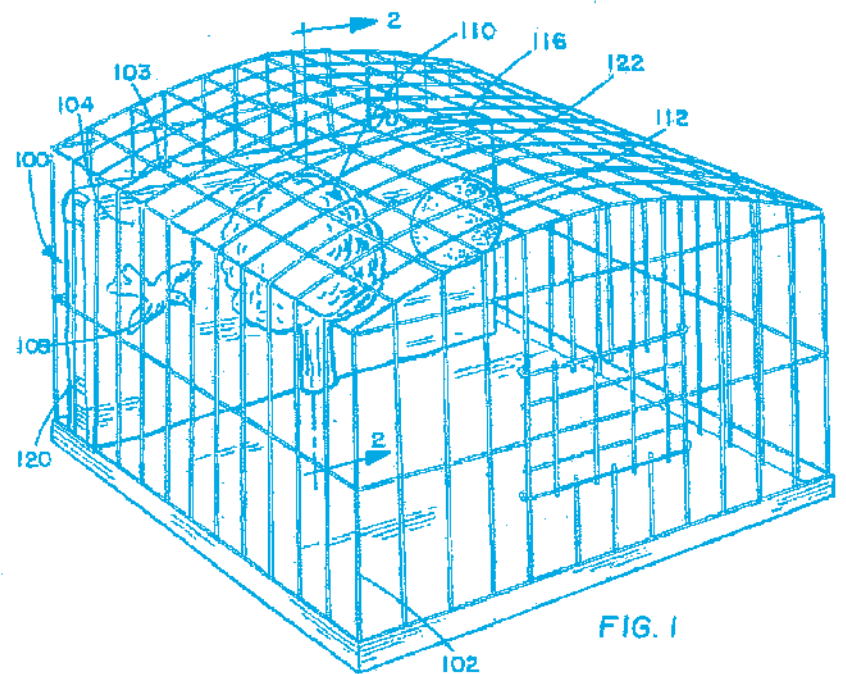
demnächst über unsere Mealsharing-Plattform (mitessgelegtheit.eu) zwecks Kalorienaufnahme vertreten. Wer seinen Belagensalat generell nicht verkostumiert, oder die »Big Portion« wählt und plöztlich keinen Appetit mehr verspürt, kann sich über unsere Onlineplattform hungrige Kommilitonierende zum Mitesser einladen. Auch können sich bereits vor dem Mensabesuch Essende aus den verschiedenen Fachbereichen gezielt zum Teilen der Gerichte verabreden. Wer sich sein Essen teilt, spart und kann gleichzeitig einen Teil des Hungers an andere weiter geben.

Es ist angesichtet... Bon Appetit!
Bis die neuen Serviceangebote online sind, könnt ihr euch wie bisher via Facebook informieren: **LARA ELSEBACH**

Falsch



Tierversuche an der Uni



Im Frühjahr 2014 wurde der Senat der Uni Frankfurt wieder über den jährlichen Bericht der "Tierschutzbeauftragten" über die Tierversuche in den einzelnen Fachbereichen informiert. Bereits im Herbst letzten Jahres wurde in der AStA-Zeitung das Thema aufgegriffen. Hier möchten wir als AStA-Referat für Verkehr und Ökologie uns gerne nochmals dem Thema widmen, um darauf aufmerksam zu machen und ein Stückchen mehr Transparenz in das an der Uni wenig bekannte Themenfeld zu bringen.

Zudem beschäftigen wir uns mit dieser Thematik ausführlich in unserer Veranstaltung über Alternativen zu Tierversuchen am 10. Dezember 2014. Zu dieser möchten wir alle Interessierten sehr herzlich einladen. Sie findet im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum Verhältnis Mensch-Tier des AStA-Referats für Verkehr und Ökologie statt.

Bei der Podiumsdiskussion am 10. Dezember soll nach derzeitiger Planung eine Person aus der Praxis (Ärzte gegen Tierversuche e.V.), eine aus der Politik, eine aus der Philosophie sowie ggf. eine studentische Position vertreten sein. Wir möchten gerne über die ethische Vertretbarkeit von Tierversuchen diskutieren, eine Analyse des momentanen Zustands vornehmen, sowie über Alternativen (ethisch; wissenschaftlich; praktisch) diskutieren.

Der aktuelle Zustand an der Goethe-Universität

Der besagte Tierversuchsbericht zeigt auf, wie viele Tierversuche im Jahr 2013 an der Uni Frankfurt stattgefunden haben und wie viele Versuchstiere dabei verwendet wurden. In den Fachbereichen 14 (Biochemie, Chemie und Pharmazie), 15 (Biowissenschaften) und 16 (Medizin) fanden Tierversuche statt.

2013 wurden insgesamt 31.177 Tiere in 250 Versuchen in Lehre und Forschung verwendet. Dies ist zwar eine leichte Absenkung im

Vergleich zu 2012, doch es kann den Trend eines immensen Anstiegs über die vergangenen Jahre nicht brechen. Des Weiteren muss man sich vor Augen führen, dass 31.177 Tiere für Versuche eine enorm große Zahl ist und das, obwohl Experten immer wieder betonen, dass Tierversuche in der Lehre ersetzbar wären.

Die Fachbereiche 15/16: An dieser Stelle bedarf es einer genauer Betrachtung der Fach- bereiche 15 und 16.

→ Fachbereich 15

Ein hoher Anstieg an Versuchstieren ist im Fachbereich 15 festzustellen. Einer der Gründe liegt an den steigenden Studierendenzahlen für deren Ausbildung mehr Tiere benötigt werden. Hierbei werden hauptsächlich "Verhaltensversuche" an Nagern, Vögeln und Fischen durchgeführt. Auch in der Forschung stieg der Verbrauch von Versuchstieren um 5 %.

→ Fachbereich 16

Laut dem Bericht wird die Hälfte der im Fachbereich 16 verwendeten Tiere nicht für Versuche sondern als Spender von Organen und Zellen für wissenschaftliche Untersuchungen verwendet. Die andere Hälfte dient den Tierversuchen. Die verwendeten Tiere sind zu 94,3 % Mäuse, zu 5,5% Ratten, ansonsten werden Schweine, Kaninchen und ein Krallenfrosch genutzt. Interessant ist, dass Schafe hier nicht aufgezählt werden. Als Referat hatten wir eine Anfrage an den Fachbereich 16 gestellt, was mit den 27, auf dem Campus Niederrad lebenden, Schafen geschieht. In der Anfrage ging es uns um die Züchtungs- und Haltungsbedingungen sowie die medizinische Versorgung. Laut einer der "Tierschutzbeauftragten" der Uni wurden die, aus unserer Sicht niedrigen, rechtlichen Standards eingehalten. Uns wurde mitgeteilt, dass die Arbeitsgruppen

unter gesetzlicher Genehmigung, sowie mit dem Einverständnis des Regierungspräsidium in Darmstadt und der dazugehörigen Ethikkommission, an den Tieren arbeiten. Die Schafe tauchen im aktuellen Bericht nur noch nicht auf, da sie 2013 nur als Weidetiere fungierten. Erst 2015 werden wir erfahren, wie viele von ihnen verwendet wurden.

Des Weiteren liegen uns erschreckende Berichte von Tierschutzaktivist*innen über das Max Planck Institut am Campus Niederrad vor, welches in enger Kooperation mit der Uniklinik arbeitet. Es ist leider sehr schwierig an offizielle Informationen über Tierversuche des Institutes heran zu kommen, da es nicht offiziell zur Universität gehört. Laut unseren Informationen werden dort beispielsweise 3-5 Wochen alte Katzen in sogenannten stereotaktischen Rahmen fixiert, Kanülen in deren Hirnrinde eingeführt und in diesem Zustand wochenlang beobachtet. Nach den vorliegenden Berichten würden im Frankfurter Max Planck Institut ebenfalls Experimente mit Makaken Affen, also hochentwickelten Primaten, durchgeführt. So wurden diese im sogenannten "Primatenstuhl" fixiert, in ihre Schädel Löcher gebohrt und Meßelektroden ins Gehirn eingeführt. Im Wachzustand müssen sie dann Lichtreize auf einem Bildschirm fixieren. Neben den Versuchen selbst sind die Bedingungen für diese hochentwickelten und geselligen Wesen sehr qualvoll. Sie werden lange Zeit von ihrer Gruppe isoliert, leben in kleinen Boxen und können sich während der Experimente überhaupt nicht bewegen. Auch wenn die Informationen nicht offiziell sind, vermuten wir, dass sich einige bewahrheiten, da das Max Planck Institut wegen seiner Vorgehensweisen bei Tierversuchen bereits bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hatte. Wir werden dennoch versuchen, offizielle Informationen vom Max Planck Institut zu erhalten!

Kritik an Tierversuchen

Ein Grundproblem der Tierversuche liegt in der aktuellen Praxis der Forschung bzw. des wissenschaftlichen Arbeitens. Wissenschaftler*innen erhalten mit hohen Publikationsraten und noch größeren Versuchsreihen mehr Popularität. Das einfachste Mittel um beides zu erreichen sind Tierversuche. Da diese sehr einfach und schnell durchzuführen sind, müssen sehr viele Tiere dafür sterben, dass Wissenschaftler*innen schneller Renommée erhalten. Tiefgehendere Reflexion über die ethische Vertretbarkeit oder zumindest über den Mehrwert gerade so großer Versuchsreihen scheint nicht stattzufinden.

Des Weiteren lässt sich stets feststellen, dass Tierversuche in den meisten Fällen nicht auf Menschen übertragbar sind. Es herrschen enorm viele Unterschiede in den Funktionsweisen der Organe und des Stoffwechsels zwischen beiden Lebewesen. So sieht man in Versuchen, dass etwa Penicillin an Hamstern und Meerschweinchen tödlich - bei Menschen hingegen heilend wirkt oder so führt Asbest bei Ratten erst in 300facher höherer Dosis zu Krebs als bei Menschen. Das hat und kann fatale Folgen für Menschen haben. Gleichzeitig behindert das Beharren auf Tierversuchen die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Denn häufig werden Dinge an Tieren getestet, bei nicht gewünschter Wirkung ausgesondert und nicht mehr für Menschen in Betracht gezogen. Insgesamt kann deshalb der Wert für Menschen bisher als gering betrachtet werden.

Besonders in der Lehre wären Tierversuche vermeidbar. So bestehen hochentwickelte Alternativen, die die Verwendung von Tieren umgehen. An dieser Stelle sollten kurz ein paar Alternativen oberflächlich genannt werden. Zu Versuchen mit der Reaktion der Haut, können künstlich hergestellte Häute als Ersatz fungieren, sehr viele Versuche können mit Zellkulturen aus Reagenzgläsern durchgeführt und Antikörper durch Bioreaktoren hergestellt werden. Des Weiteren kann mit einem "Lab-on-a-chip"-System die Aufnahme, Verteilung und Verstoffwechslung bei menschlichen Organen simuliert werden. Zusätzlich bestehen hochentwickelte Computersysteme, die genaue Informationen über Struktur, Wirkung und Giftigkeit von Substanzen im menschlichen Körper darstellen.

Vor allem aber stellt sich die Frage nach der ethischen Vertretbarkeit von Tierversuchen: Es handelt sich um ein Herrschaftsverhältnis, bei welchem sich Menschen wehrlose Tiere aneignen, diese häufig unter Schmerzen für ihre Zwecke verwenden und töten. Inwiefern das ethisch zu vertreten ist, wird derzeit weder rechtlich noch wissenschaftlich ausreichend debattiert. Laut Rechtslage etwa in hessischen Hochschulen sollen zwar Tierversuche in der Lehre wenn möglich nicht durchgeführt werden (§ 17 I HHG), de facto werden sie jedoch in über die Jahre steigender Zahl durchgeführt. Die Berichtspflicht ist äußerst dürr mit einem jährlichen Bericht der Tierschutzbeauftragten an den Senat.

3) Anzahl der Versuchstiere nach Fachbereichen (FB 16 inkl. ZAFES und Klinikum)

Anzahl der Versuchstiere				
	FB 14	FB 15	FB 16 (inkl. Klinikum)	Summe
2000	126	0	4.764	4.890
2001	12	24	5.700	5.736
2002	98	143	10.825	11.066
2003	103	137	6.918	7.158
2004	798	168	11.395	12.361
2005	333	254	13.481	14.068
2006	450	1.151	16.934	18.535
2007	1.321	1.039	16.671	19.031
2008	1.091	1.307	19.701	22.099
2009	1.057	2.523	21.967	25.547
2010	504	2.375	26.748	29.627
2011	1.020	3.059	26.055	30.134
2012	728	4.133	28.989	33.850
2013	1.034	4.376	25.767	31.177

*Zahlen für FB 16, ZAFES und Klinikum siehe Tabelle 4.

2) Anzahl der Tierversuche nach Fachbereichen (FB 16 inkl. ZAFES und Klinikum*)

Anzahl der Tierversuche				
	FB 14	FB 15	FB 16 (inkl. Klinikum)	Summe
2000	15	0	28	43
2001	6	39	49	94
2002	5	215	23	243
2003	4	220	41	265
2004	500	260	23	783
2005	162	301	44	507
2006	21	24	129	174
2007	34	24	138	196
2008	10	21	147	178
2009	10	22	120	152
2010	7	22	214	243
2011	8	23	198	229
2012	6	24	210	240

I:\B+F-Stabstelle\Forschungsangelegenheiten\Tierversuche\Senat\Bericht 2014\Senat_Tierversuche_bis_2013.doc

Forderungen

Wir fordern einen wesentlich ausführlicheren "Tierschutzbericht" und mehr Transparenz gegenüber den Studierenden. Ein erster, minimaler Schritt wäre es zumindest, den Bericht in "Tierversuchsbericht" umzubenennen, da die Begrifflichkeit "Tierschutzbericht" nur die Amoralität dieser Praxis kaschieren möchte. Langfristig sollte die Rechtsgrundlage, wie sie in hessischen Hochschulen derzeit durch §17 HHG gegeben ist, so verändert werden, dass Tierversuche verboten werden. Bis dahin gilt es, zumindest eine stärkere Dokumentationspflicht, Transparenzpflicht sowie größere Hürden bei der Bewilligung von Tierversuchen zu schaffen. Außerdem sollen Gelder zur Verfügung gestellt werden, dass

verstärkt Alternativen zu Tierversuchen erforscht und verwendet werden.

Bei der Änderung der Rechtsgrundlage ist die schwarz-grüne Landesregierung im Zuge der Novellierung des HHG gefragt!

Wenn ihr weitere Informationen zu den Alternativen zu Tierversuchen erhalten wollt, könnt ihr zu unserer Veranstaltung am 10. Dezember auf dem I.G. Farben Campus kommen oder beispielsweise auf der Seite www.aerzte-gegen-tierversuche.de noch mehr erfahren.

Der ganze Bericht ist auf der Asta Seite zu finden

**AUTOR*INNEN: ASTA-REFERAT
FÜR VERKEHR UND ÖKOLOGIE**

Viele Fragen – keine Antworten?

Der hessische Untersuchungsausschuss zum National Sozialistischen Untergrund (NSU) und die Grenzen staatlicher Aufklärung

Der Münchener NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und ihre vier Mitangeklagten Ralf Wohlleben, Andre Eminger, Holger Gerlach und Carsten Schultze läuft noch immer. Neue Erkenntnisse sind jedoch auch nach knapp 150 Verhandlungstagen nicht zu erwarten, sollten die Angeklagten, allen voran Zschäpe, nicht auf einmal beschließen mit ihrem bisherigen Schweigen zu brechen. Auf einer Pressekonferenz des Oberlandesgerichts (OLG) München verkündete ein Sprecher die Aufgabe des Prozesses: »Gegenstand sind die angeklagten Personen und Taten. Ziel kann es nicht sein, mögliche Versäumnisse bei Ermittlungen aufzuklären, dazu gibt es die Untersuchungsausschüsse der Länder und des Bundes.«



Seit Anfang 2012 nahmen im Bundestag und in den Landtagen von Thüringen, Sachsen und Bayern Untersuchungsausschüsse (UA) ihre Arbeit auf, um jene Hintergründe zu beleuchten, die im Münchener Prozess keine Beachtung finden. Wer bisher die Vermutung äußerte, die sog. »Pannen« bei den Ermittlungen gegen den NSU seien nicht einzig und allein dem Behördenwarr und Zuständigkeitsfragen geschuldet, sondern vielmehr auch unter der aktiven Unterstützung und aktivem Wegsehen seitens der Ermittlungsbehörden entstanden, wurde oftmals in eine Ecke mit Verschwörungstheoretikern gesteckt. Der Thüringer UA kam jedoch nun selbst in seinem im August vorgelegten Abschlussbericht, zu dem Schluss, dass es hier nicht mehr vertretbar sei, von »unglücklichen Umständen«, »Pannen« oder »Fehlern« zu sprechen, sondern die Häufung falscher oder nicht getroffener Entscheidungen und die Nichtbeachtung einfacher Standards auch den »Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens« zuließen¹.

Am 01. Juli dieses Jahres hat nun auch im hessischen Landtag ein Untersuchungsausschuss zum NSU seine Arbeit aufgenommen. Maßgebliches Ziel ist die »Klärung« und »Fehleranalyse« bei der Zusammenarbeit der Gerichte, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden zum Mord an Halit Yozgat: Am 06. April 2006 betrat ein Mitglied des NSU ein Internetcafé in Kassel und erschoss gezielt den 21-jährigen Betreiber Halit Yozgat. Die zur Tatzeit anwesenden Besucher des Internetcafés berichteten der Polizei von einem weiteren Besucher, den die Polizei später ausfindig machte. Es handelte sich um Andreas Temme, Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes mit dem Spitznamen »Klein Adolf« und Kontaktperson für mehrere V-Leute in der hessischen Nazi- und Islamistszene. Nach eigenen Angaben war Temme vor Ort, um auf einem Erotik-Chat Portal zu surfen. Die Auswertung seines Handys ergab jedoch, dass Temme sowohl vor, als auch kurz nach dem Besuch des Internetcafés telefonischen Kontakt zu Benjamin Gärtner, einem von ihm geführten V-Mann, hatte. Gärtner wiederum hatte Kontakte zum Thüringer Heimatschutz, indem auch die drei NSU Terroristen aktiv waren und wird auf einer 2012 von BKA und Bundesamt für Verfassungsschutz veröffentlichten Liste als Unterstützer des NSU-Netzwerks erwähnt. Temme gab in späteren Aussagen an, er hätte von dem Mord nichts mitbekommen, sei zur Tatzeit nicht im Internetcafé gewesen, revidierte diese Aussage jedoch später und verstrickte sich vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags in weitere Widersprüche. Zu einer zeitnahen Befragung Temmes zu seiner Anwesenheit bei dem Mord und seinem fast zeitgleichen Kontakt mit einer Kontaktperson des NSU kam es jedenfalls nie: Der Antrag auf Aussagegenehmigung für Temme wurde zuerst vom Chef des hessischen Verfassungsschutzes und später erneut vom damaligen

Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier abgelehnt. Bouffier begründete dieses Zurückhalten eines Zeugen in einem Mordfall mit der »Erschwerung der Arbeit des hessischen Landesamt für Verfassungsschutz« und weigerte sich auch später, hierzu weiter Stellung zu nehmen.

Die Notwendigkeit eines hessischen NSU-Untersuchungsausschusses, in dem sowohl Temme als auch Bouffier geladen werden können, liegt damit auf der Hand. Dennoch war es ein weiter Weg bis zu diesem nun installierten Ausschuss: Die CDU sah solch einen Ausschuss niemals für notwendig an, wie SPD und Grüne plädierten sie für eine »Expertenkommission« des Innenministeriums, in der man sich in kleiner, geheimer Runde dem Thema widmen könne. Erst nach der Landtagswahl drehte dich der Wind in der SPD und sie beschloss gemeinsam mit der Linkspartei den Ausschuss, für dessen Gründung nur 20% der Stimmen im Landtag notwendig waren. Gefolgt wurde dies von einem ersten Parteiegeplänkel, in dem sich Regierung und Opposition gegenseitig vorwarfen, nicht an wahrer Aufklärung, sondern nur an Selbstinszenierung interessiert zu sein.

Doch auch der nun installierte hessische UA schließt die Öffentlichkeit von seiner Arbeit weitestgehend aus: Laut Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sind seine Sitzungen prinzipiell nicht der Öffentlichkeit und der Presse zugänglich, von der Möglichkeit, die Sitzungen öffentlich zugänglich zu machen, wurde bisher nicht Gebrauch gemacht. Damit geht der Untersuchungsausschuss Hessens anders vor, als die des Bundestages oder anderer Landtage: Dort waren für Außenstehende zugängliche Sitzungen üblich, Sitzungen in nicht-öffentlicher Runde die Ausnahme. Ähnlich mager sind daher auch die bisherigen Pressemitteilungen gehalten: In über 3 Monaten Ausschussarbeit wurden nur zwei knappe Pressemitteilungen herausgegeben, die ausschließlich über Formalien und weitere Schritte informieren.

Auch wenn alle Parteien sich zunächst dafür ausgesprochen hatten, in dem Ausschuss gemeinsam zu arbeiten und Parteienstreitigkeiten zu unterlassen, kam es wohl doch zu einigen Unstimmigkeiten: Die LINKE, wurde berichtet, wollte möglichst schnell mit der Vernehmung von ZeugInnen beginnen, während die anderen beteiligten Parteien erst einmal auf die Akten zurückgreifen wollten, die Hessen betreffen, derzeit aber noch bei dem Münchener NSU-Prozess und dem Bundestaguntersuchungsausschuss liegen. Man verständigte sich letztendlich darauf, diese Akten zu sichten und benötigte anzufordern. Außerdem wolle man Obleute der UA von Bundestag und thüringischem Landtag als Zeug*innen laden. Zu der Frage, ob man auch vor habe, Volker Bouffier und den ehemaligen Verfassungsschützer Andreas Temme als Zeugen zu laden, konnte ein Sprecher des Landtags keine konkreten Informationen herausgeben und verwies dabei auf noch ungeklärte Fragen der Organisation.

Was ist also vom hessischen NSU-Untersuchungsausschuss, der sich bisher überwiegend mit Verfahrens- und Organisationsfragen beschäftigt hat, zu erwarten? Während im Abschlussbericht des thüringischen Landtags klare und drastische Worte gefunden wurden, welche Fehler (und vielleicht auch bewusste Manipulationen) es bei den Ermittlungen gegen den NSU gab, fielen die neuen Erkenntnisse, wer, wie und warum diese Fehler begangen hat, eher schwach aus. Dies ist kein Sonderfall sondern für Untersuchungsausschüsse eher die Regel: Solche parlamentarischen Ausschüsse haben zwar laut Gesetz die Möglichkeit, Akten zu sichten, Zeugen zu vernehmen und Beweise zu erheben, dennoch gelten Sie eher als Papiertiger, von denen keinerlei Sanktionen ausgehen. Zudem gibt es einige Beispiele für die Ohnmacht der Ausschüsse gegenüber Lügen und Manipulationen in ihrer Beweisaufnahme: Noch bevor die ersten NSU-UA zusammenkamen, wurden beim Verfassungsschutz in mehreren Wellen den NSU betreffende Unterlagen vernichtet; im NSA-UA bekamen die Mitglieder oftmals geschwärzte Akten vorgelegt, in denen womöglich wichtige Informationen unleserlich gemacht wurden; im NSU-UA des Bundestags verneinte die Berliner Polizei mehrmals die Existenz eines ihrer V-Männer unter den Unterstützern des NSU, obwohl sich dies später als falsch herausstellte; der ehemalige Präsident des thüringischen Verfassungsschutzes hatte erstaunlich oft keine Erinnerung mehr an Vorgänge, für die er in seiner Amtszeit verantwortlich war... All dem standen Mitglieder in Untersuchungsausschüssen machtlos gegenüber.

Was soll also von der Trias der staatlichen Aufklärung des NSU-Komplexes gehalten werden? Das OLG München hat deutlich gemacht, dass es (für ein Gericht selbstverständlich) nur die von der Staatsanwaltschaft zur Anklage gebrachten Personen und Beweise behandelt; Die Untersuchungsausschüsse haben keine rechtliche Handhabe über Zeugenbefragung und Beweisaufnahme hinaus – geschwärzte Akten und offensichtliche Falschaussagen müssen ihre Mitglieder hinnehmen; die Ermittlungsbehörden, Polizei und Verfassungsschutz, deren eigentliche Aufgabe es gewesen wäre, gegen den NSU zu ermitteln, waren so eng mit ihm verzinkt, mit solch einer Häufung an sog. »Pannen«, dass von dieser Seite mit Sicherheit auch kein Informationsgewinn zu erwarten ist.

Der hessische NSU-Untersuchungsausschuss hat mit seiner Arbeit gerade erst begonnen, neue Informationen zum NSU und dem Mord an Halit Yozgat sind von ihm jedoch wohl eher nicht zu erwarten.

YUNUS ÖZAK

Protokolle des Prozesses in München und der Untersuchungsausschüsse sowie Hintergrundinformationen finden sich z.B. auf nsu-watch.info und hessen.nsu-watch.info

¹ <http://www.thueringer-landtag.de/imperia/md/content/landtag/aktuell/2014/drs58080.pdf> S.1582

M 299278



Josef Mengele (Buenos Aires 1956)

Der folgende Text ist das Vorwort des vom AStA unterstützten Buches »Jenseits des hippokratischen Eids: Dr. Mengele und die Goethe-Universität« von Benjamin Ortmeier, welcher der Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität ist.

Vorwort des AStA der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Anlässlich ihres 100-jährigen Jubiläums hat die Goethe-Universität eine umfangreiche Werbekampagne gestartet, zu der neben Veranstaltungen auch Plakate, Fahrräder mit Uni-Logos oder Konzerte zählen. Für uns als AStA der Goethe-Universität stellen die 100 Jahre keineswegs nur Grund zum Feiern dar, ganz zu schweigen davon, dass wir finden, es könne ein Grund für Stolz sein. 100 Jahre Goethe-Universität ist deutlich mehr als 100 Jahre Forschung und Lehre. 100 Jahre Goethe-Universität sind auch 100 Jahre soziale Kämpfe, Vertreibung und Mord.

Das vorliegende Buch über Josef Mengele weist auf einen Teil der Universitätsgeschichte hin, der im offiziellen Bewusstsein der Universität kaum einen Platz findet. Zu groß wäre die Möglichkeit, dass es die Jubelstimmung trüben könnte.

Insbesondere deshalb aber halten wir Projekte wie dieses für notwendig. 100 Jahre Universitätsgeschichte umfassen sowohl die Zeit des Nationalsozialismus, als auch dessen Vor- und Nachgeschichte. 100 Jahre Goethe-Universität heißen demnach eben auch Bücherverbrennung, Vertreibung, Enteignung, »Rassenforschung« und wissenschaftlich-technische Unterstützung des deutschen Nazi-Faschismus. 1933 rief Universitätsrektor Ernst Kriek Studierende der Goethe-Universität zur Bücherverbrennung auf – ein Aufruf, dem Tausende Studierende folgten, indem sie die zuvor im Hauptgebäude der Universität gesammelten Bücher auf dem Römerberg verbrannten.

In dieser Tradition der Frankfurter Universität steht auch Josef Mengele, der hier zur »Rassenforschung« promovierte und dann als Lagerarzt in Auschwitz – wo er für die Selektion und Vergasung verantwortlich war und »medizinische Experimente« an Häftlingen durchführte – zu grausamer Berühmtheit gelangte.

Oder auch sein damaliger Vorgesetzter Otmar Freiherr von Verschuer, der das »Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene« leitete. Verschuer sollte auf Initiative von Teilen der Universität nach der Niederlage Deutschlands gar wieder eingestellt werden – sicher kein Einzelfall. Und dieses nazistische Universitätsinstitut

für »Rassenforschung und Erbbiologie«? Nur eine von Studierenden erstellte und am alten Campus Bockenheim zurückgelassene Tafel erinnert daran, und bis heute wird ein adäquater Ersatz auf dem IG Farben-Campus verweigert.

Dies ist aus unserer Sicht ein weiterer Beleg dafür, dass sich wichtige Teile der Universität einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte während des Nationalsozialismus, gerade da wo es weh tut, nicht stellen wollen.

Dennoch: Nicht nur Kriek, Mengele oder Verschuer tragen die Verantwortung dafür, dass jüdische Studierende, Lehrende und Forschende, wie auch viele Oppositionelle, von dieser Universität ausgeschlossen wurden. Dies war nur möglich, weil Studierende, Lehrende und Mitarbeiter*innen der Universität dies nicht nur mittrugen, sondern aktiv unterstützten.

In diesem Sinne plädieren wir dafür, zu fragen und zu hinterfragen, anstatt zu feiern. Nicht stolz sein, sondern der eigenen Geschichte gedenken und der gebotenen Verantwortung gerecht werden. Letztlich fordern wir von der Universität nur ein, was man von ihr erwarten muss: ernsthafte Wissenschaft zu betreiben und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dazu zählt, auch über dieses 100-jährige Jubiläum hinaus, herauszufinden, was mit den Menschen geschah, die von der Universität vertrieben und ausgeschlossen wurden, was meist lediglich der erste Schritt zu Verfolgung und Ermordung in den Konzentrationslagern der Deutschen war!

Wieso tut sich die Universität so schwer damit, ihrer Geschichte gerecht werden? Wieso werden die erkämpften Orte der Erinnerung und des Eingedenkens an die Ecke eines Parkplatzes verfrachtet und nicht zumindest um einige wenige zentrale Orte auf dem IG Farben-Campus erweitert? Wie wirkte sich der Nationalsozialismus auf die Stellung der Frauen an der Universität aus, und wer forschte im Sinne der Nationalsozialisten zu und für den industriellen Massmord an Millionen von Menschen? Wieso wird im Uni-Report des Jahres 2011 Professor Ballreich, ein Auschwitz-Leugner, für seine Leistungen geehrt? Eine intensivere Auseinandersetzung mit der Geschichte

betrifft nicht bloß die Vergangenheit, sondern ist auch aus aktuellem Anlass immer wieder notwendig.

Als AStA der Goethe-Universität unterstützen wir seit langem Initiativen, die sich kritisch mit der Geschichte auseinandersetzen, ob es jene sind, die vor Jahren das Norbert-Wollheim-Memorial erkämpft haben, jene, die den Umzug kritisch begleiten und sich für eine adäquate Form des Gedenkens einsetzen oder aber jene, die die Geschichte ihrer Institute und Lehrorte erforschen wollen. Längst überfällig und umso begrüßenswerter erscheint uns daher das von Professor Benjamin Ortmeier verfasste Buch »Josef Mengele und die Goethe-Universität«.



Krise als Lebensentwurf

Die Krise der gegenwärtigen Universität manifestiert sich im Allgemeinen durch den zunehmenden Warencharakter von Bildung und im Besonderen in Frankfurt zusätzlich durch die Verdrängung der Geschichte der IG-Farben. Die Studierendenschaft suhlt sich in ihrer Unmündigkeit und verwechselt die Ausbildung in positivistisch orientierten Einzeldisziplinen mit akademischer Bildung. Dies ist nur die Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Krise auf Ebene der Universität. Die Universität dient nur noch der Reproduktion des schlechten Ganzen. Wo an deutschen Hochschulen Technologie und Legitimation für den Krieg nach Außen und die Aufstandsbekämpfung nach Innen produziert wird, ist kein Platz mehr für den kritischen Gedanken – den, der stehen bleibt und sich nicht von der Masse tragen lässt – zugleich nicht zu vergessen, wie die Vernichtungslager befreit wurden und Israel für sein Überleben kämpft. Dort, wo noch die Hoffnung auf das Stehenbleiben gegeben war, sind jetzt Bretter hinter den Scheiben und Zäune vor dem Rasen. Der Schreibtisch wird hinter Glas konserviert, die Gedanken sind steril geworden. Wir halten die leichten Bände und schweren Aphorismen in unseren Lesekreisen hoch, die theoretische Praxis. Die Arme sind schwer geworden und meine Augenlider sind es auch, aber jedes Mal wenn ich nach oben gucke, sehe ich nur geschäftige Menschen und braune Marmorfassaden. Meine Worte können niemanden mehr erschlagen und ich weiß auch nicht, ob dies der Weg der Befreiung wäre.

Wir verstehen uns als antirassistische, feministische und antikapitalistische Gruppe, die jedwede Form von Antisemitismus mit dem Baseballschläger bedenkt.

DIE KRISE DER UNIVERSITÄT IST, DASS SIE ÜBER DEN BUCHSTABEN DER THEORIE, DIE PRODUKTIONSBEDINGUNGEN DES PAPIERS VERGESSEN HABEN. SO WIE SIE UNIVERSITÄT DENKEN – IST KEIN GEDANKE: DENN WO SIE EMPIRISCH VALIDE DIE WIRKLICHKEIT BEGREIFEN, IST IHNEN DIE WIRKLICHKEIT IHRES DENKENS ALS SINNLICHE TÄTIGKEIT ZUGLEICH ENTZOGEN. ABER EBEN DORT, WO SIE DENKEN ALS TÄTIGKEIT BEGREIFEN, KÖNNEN SIE ES NUR, SO LANG SIE STILL BLEIBEN, SICH NICHT BEWEGEN, DEN SEMINARRAUM NICHT VERLASSEN – DER SINNLICHKEIT ENTHOBEN. DIE EINEN VEREWIGEN DIE VERHÄLTNISSE, DIE ANDEREN KÖNNEN DIE VERÄNDERUNG DER VERHÄLTNISSE NUR SO LANG DENKEN, WIE SIE DIE VERHÄLTNISSE NICHT VERÄNDERN. DAS TRETEN GEGEN DIE DREHTÜREN ALS WIDERSTAND ZU BEGREIFEN, IST NICHTS MEHR, ALS DAS AUFBEGEHREN DES NEOLIBERALEN SUBJEKTS, WELCHES VERMISST, DEN TAKT DER DREHTÜREN SELBST AUF EINS UND DREI ZU DIRIEGIEREN. IN EURER KRITIK DER VERWERTBARKEIT DES WISSENS VERKENNT IHR DIE GESELLSCHAFTLICHE WIRKLICHKEIT EURES DENKENS. ERST WENN AUCH IHR EUCH ALS ARBEITER*INNEN BEGREIFT – ALS DIE IHR EUCH BESTÄNDIG PRODUZIERT – ERSCHEINT DER WIDERSPRUCH GENAU DIESES ARBEITSPROZESSES, DEN IHR PERMANENT REPRODUZIERT.

ANTIRASSISMUS, FEMINISMUS UND ANTIKAPITALISMUS ZU BEGREIFEN HEISZT DEM BEGRIFF WIRKLICHKEIT GEBEN SO WIE WIRKLICHKEIT SICH IHREN BEGRIFF GIBT – DARUM IST DEN ANTISEMITISMUS MIT EINEM BASEBALLSCHLÄGER BEDENKEN KEIN DENKEN ALLEIN.

KRITIK

AUS DEN AUGEN VERLOREN
HAST DU DIE KLASSE
AM SCHREIBTISCH.

Die Klasse hat mich
Aus den Augen verloren.
Ich gehe voran.
Sie hinkt nach.

SIEH DIR VON UNTEN AN
WAS DU OBEN GEMACHT HAST.
VERLASS DEN SCHREIBTISCH. –
WAS SIEHST DU?

Nichts Neues.

STEIG AUS DEM AUTO
NIMM DIE SCHAUFEL.
WAS SIEHST DU?

Die Klasse
Hat mich überholt.

DU MUSST SIE EINHOLEN.
GEH SCHNELLER: DU BRAUCHST SIE.
GEH SCHNELLER: DU MUSST IHR VORANGEHN.
SIE BRAUCHT DICH.

(Helmut Müller)

Die Grüne Hochschulgruppe im Senat

Der Senat ist das höchste Gremium der Universität. Hier stellt die Grüne Hochschulgruppe einen Senator (Dirk) mit Stellvertreter (Daniel). Auch hier vertreten wir die Stimme der Studierenden, jedoch stehen hier weniger eigene Projekte als mehr die Kontrolle der Arbeit des Uni-Präsidiums und die Angelegenheiten der gesamten Uni im Fokus.

Hier treten wir ein für eine demokratische Uni ein, in der Studierende, Mittelbau und ProfessorInnen gleichberechtigt mitentscheiden dürfen. Wir kritisieren, wie Fachbereiche unter der Flagge der »Autonomie« gegeneinander ausgespielt werden und haben so einige Male den scheidenden Präsidenten auf seinem Autoritätstrip abgebremst.

Eure Krankheitssymptome in Uni-Akten?

Im aktuellsten Konflikt geht es um den Vorstoß der Uni-Leitung, die **Schweigepflicht** Deiner Ärzte aufzuheben: Über

Prüfungsunfähigkeit soll nicht mehr ein Arzt entscheiden, stattdessen soll dieser die Symptome den Prüfungsämtern offenlegen. Das bedeutet einen massiven Eingriff in die Privatsphäre und den Datenschutz. Wir haben eine weniger strikte Regel vorgeschlagen - und der Senat ist unserem Vorschlag gefolgt. Bis jetzt (Redaktionsschluss) weigert sich der Präsident jedoch diesen Beschluss umzusetzen.

Die Kritische Stimme im Senat macht Druck

Wir nehmen unsere Aufgabe als kritische Stimme im Senat ernst und sind auch bereit Fleißarbeit zu leisten: Während der Studienproteste im Mai haben wir zu einer Senatssitzung **23 Anträge** gestellt, die ganz konkrete Verbesserungen an der Uni vorschlagen. Dabei ging es um so verschiedene Themen von der Einrichtung eines Direktoriums für Kritische Theorie bis hin zur Umbenennung

der Postadresse der Goethe-Universität in Norbert-Wollheim-Platz.

Im Juni konnten wir die Freistellung der Studierenden für die Bildungsstreik-Demo am 25. Juni erreichen sowie eine offizielle Aufforderung des Senats an das Studierendenwerk, die Mensapreiserhöhungen zurückzunehmen.

Abschließend bleibt zu sagen: Wir wollen nicht nur für, sondern vor allem auch mit euch arbeiten. Kommt also gerne zu den offenen Gruppentreffen, schreibt uns eure Kritik via E-Mail oder postet euer Feedback auf Facebook.

In diesem Sinne auf weitere kritische Intervention – im Senat, im StuPa und im AStA!

Selbstdarstellung der Grünen Hochschulgruppe

55

Wer sind wir?

Wir – die Grüne Hochschulgruppe – treten seit 1993 als größte Fraktion mit sozialen, ökologischen, demokratischen und emanzipatorischen Inhalten für alle Studierenden ein. Wir haben nicht nur viele Ideen, sondern nutzen die Erfahrung und Kompetenz von grünen AStA-ReferentInnen und -Vorständen, SenatorInnen, FachschaftlerInnen und unseren VertreterInnen beim Studierendenwerk¹.

Was läuft im Studierendenparlament und was ist unsere Rolle dabei?

Im StuPa stellen wir die größte Fraktion und seit dem 17. Oktober 2014 die StuPa-Präsidentin Alisa. Wir haben uns mit unserem Finanzreferenten Johannes dafür eingesetzt, dass es weiterhin einen solide geführten Haushalt der Studierendenschaft gibt. Mit der AStA-Koalition garantieren wir die Finanzierung des Semestertickets und eurer studentischen Projekte. Außerdem haben wir uns im StuPa für Protest gegen die explodierenden Mensapreise, für den Bildungsstreik 2014 und gegen die Unterfinanzierung und Raumnot an der Uni stark gemacht. An der Eröffnung des selbstverwalteten Café

KOMM am Campus Niederrad konnten wir produktiv mitwirken und freuen uns sehr über die Eröffnung.

Was macht eigentlich dieser AStA gerade?

Der AStA ist ja quasi die Exekutive der Studierendenschaft. Das heißt, dass wir hier die Möglichkeit haben, all die Ideen, mit denen wir viele im Wahlkampf überzeugen konnten, auch praktisch anzugehen.

Top-Themen des Sommers und Herbstes 2014 waren die Bildungsproteste, das »Mieten? Ja wats denn?«-Indoorcamp mit vielen Veranstaltungen zur Wohnraumproblematik, Verhandlung über Erweiterungen des Semestertickets und bessere Studienbedingungen - um nur einige Schwerpunkte zu nennen. Wir haben auch die Norbert-Wollheim-Initiative unterstützt, die einen wichtigen Schritt zum bewussten Umgang mit der Geschichte des IG-Farben-Campus geleistet hat. Nachdem wir letztes Jahr die Zivilklausel an der Uni durchsetzen konnten, halten wir das Thema Antimilitarismus mit eigenen Veranstaltungen weiter in der Diskussion.

Grüne Referate des AStAs

In fast allen Referaten sitzen grüne ReferentInnen. Zum Beispiel im **Referat für Verkehr und Ökologie**: Hier wurde das

Call-a-Bike-Projekt realisiert, und hier arbeiten wir an einer Ausweitung des Semestertickets nach Mannheim und Aschaffenburg.

Im WS 2014/2015 findet eine Veranstaltungsreihe zum Verhältnis Mensch-Tier statt. Als GHSG wollen wir künftig mehr Veranstaltungen zu den Themen Ökologie und Konsum anbieten, auch außerhalb des AStAs.

Mensa und Wohnraum

Die Kosten für Essen und Wohnen sind im letzten Jahr stark angestiegen. Als Grüne Hochschulgruppe antworten wir auf mehreren Ebenen: Bei der Wohnraumproblematik haben wir nicht nur Druck auf die Landespolitik gemacht, sondern sind mit der »Mieten, ja wats denn?«-Woche selbst medienwirksam aktiv geworden. Praktisch, dass wir mit Daniel auch einen Vertreter im Verwaltungsrat des Studierendenwerks haben. Auch bei der Mensa waren wir aktiv: Wir haben nicht nur mit dem Studierendenwerk gesprochen, sondern auch an der »Mensa für alle«-Aktionen mitgewirkt, d.h. für Studis kostenlos veganes containertes Essen ausgegeben, um unserer Forderung nach mehr veganem und für alle erschwingliches Essen Ausdruck zu verleihen. Diese Aktionen waren in jeder Hinsicht ein Erfolg, nicht zuletzt aufgrund eures Feedbacks und der spannenden Anregungen, die wir durch euch bekommen haben.

¹ Es heißt offiziell »Studentenwerk«, aber wir fordern die gender-neutrale Umbenennung in »Studierendenwerk«.

Kontakte & Adressen

AStA — Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main
<http://www.asta-frankfurt.de>
Studierendenhaus, Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-23181,
Fax: 069 7020-39
Mail: info@asta.uni-frankfurt.de

Sekretariat
info@asta.uni-frankfurt.de
Regine Nicoleit
(Studierendenhaus: Raum B2)
Telefon: 069 798-23181,
Fax: 069 7020-39
Mo., Die., Do. und Fr.
9:30 – 13:00 Uhr
Mo., Die., Do. 13:30 – 15:00 Uhr

AStA-Sozialberatung
soziales@asta.uni-frankfurt.de
Do 16:00 Uhr – 18:00 Uhr
Campus Bockenheim,
Studierendenhaus: Raum B7
Do 14:00 Uhr – 16:00 Uhr
IG-Farben Campus, Raum 7 im ‚Verbindungshaus‘ (»random white house«) zwischen Präsidium und Casino

AStA-Rechts- und BAFöG-Hilfe
Campus Bockenheim, Studierendenhaus: Raum B7
Montag: 10:15 Uhr – 11:00 Uhr
Dienstag: 16:00 – 16:45 Uhr
Donnerstag: 17:45 Uhr – 8:30 Uhr
Freitag: 15:30 Uhr – 16:15 Uhr
IG-Farben Campus, AStA-Kiosk (Trinkhalle) Mittwoch: 9:15 Uhr – 10:00 Uhr Studienbedingungen
studienbedingungen@asta.uni-frankfurt.de
Termine auf Anfrage

AStA-Projekt- / Kulturförderungsberatung
Campus Bockenheim,
Studierendenhaus: Raum B4,
Montag: 16:00 Uhr – 17:00 Uhr

Autonomes Ausländer_innenreferat
www.auslaenderinnenreferat.info

Autonomes FrauenLesben-Referat
www.aflr.blogspot.de

Autonomes Schwulenreferat
www.frankfurter-schwule.de

Autonomes Behindertenreferat
ibs@em.uni-frankfurt.de

AStA-Vorstand
Daniel Katzenmaier, Myrella Dorn
vorstand@asta.uni-frankfurt.de

SONSTIGE

Studien-Service-Point
Grüneburgplatz 1, PEG-Gebäude, Erdgeschoss, Montag bis Freitag: 9 – 17 Uhr
Telefon: 069 798-3838
ssc@uni-frankfurt.de
Studentenwerk Frankfurt am Main
Bockenheimer Landstr. 133, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-2301
www.studentenwerkfrankfurt.de

AK Recht Uni Frankfurt am Main
c/o AStA Uni Frankfurt am Main
Mertonstr. 26–28, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-28095
akrechtunifrankfurt@yahoo.de
www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com
Dienstag: 21.00 Uhr – 22.30 Uhr
EA begleitend zu den Protestaktionen

Studentische Initiativen und Cafés

Pupille e.V. - Kino in der Uni
Programm: www.pupille.org
Jeweils um 20:30 Uhr, Eintritt 2,50

Campus Bockenheim,
Festsaal über dem KoZ

IG-Farben-Campus
Campus Trinkhalle am IG Farben (AStA-Kiosk)
Café Anna Blume (IG 0.155)
Philo-Café (IG 2.451)
Fachschaftscafé Jura & WiWi (RuW 1.127)
TuCa (PEG 1.G 208)

Campus Bockenheim
Café KOZ (Studierendenhaus)

FH-Campus
Café Profitratte Gleimstraße 2
Café Kurzschluss
Kleiststraße 5 (Rotes Haus)
Neues Café Friedberger Landstraße (Gebäude 1)

AUTONOME ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz – zur Zeit ohne Wohnsitz –
www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!»
im ehemaligen Polizeigefängnis
»Klapperfeld«
Klapperfeldstraße 5,
60313 Frankfurt,
www.faitesvotrejeu.tk
Zur Geschichte des ehem.
Gefängnisses: www.klapperfeld.de

Café ExZess
Leipziger Straße 91,
60487 Frankfurt,
www.cafe-exzess.tk

AU
In der Au 14–16,
60489 Frankfurt,
www.au-frankfurt.org